

# Beteiligungsbericht

2013



## Vogelsbergkreis

## IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisausschuss des Vogelsbergkreises  
Goldhelg 20  
36341 Lauterbach  
Telefon 06641 / 977-0

Ansprechpartner: Landrat Manfred Görig

Redaktion: Dr. Eckhard Köhler-Hälbig, Hannelore Greb  
Amt für Wirtschaftsförderung und Revision

Druck: Vogelsbergkreis

Stand: 31. Dezember 2012

# Vorwort



Der Vogelsbergkreis hat zu Beginn des Jahres 2007 den ersten Beteiligungsbericht nach Änderung der Hessischen Gemeindeordnung im Jahr 2005 erstellt. Entsprechend der gesetzlichen Verpflichtung zur jährlich aktualisierten Vorlage legen wir mit dem achten Beteiligungsbericht gegenüber den politischen Gremien und der Bevölkerung Rechenschaft über die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Beteiligungen zum Stichtag 31.12.2012 ab. Der Bericht geht dabei wiederum deutlich über den gesetzlich vorgegebenen Umfang hinaus. Es sind alle Beteiligungen aufgenommen und abgebildet worden.

Der politische Steuerungsanspruch gründet letztlich auf umfassenden und zeitnahen Informationsfluss.

Leider lagen bis zum 15.11.2013 die Eröffnungsbilanz 2009 sowie die Jahresabschlüsse 2009 bis 2012 des Wasserverbandes Nidda, die Jahresabschlüsse 2010 bis 2012 des Wasserverbandes Schwalm und die Jahresabschlüsse 2011 und 2012 des Naturparks Hoher Vogelsberg nicht vor. Um die Vorlage des Beteiligungsberichtes nicht weiter zu verzögern, sind teilweise die Zahlen aus den Vorjahren aufgeführt.

Es wird sichergestellt, dass der Beteiligungsbericht 2013 noch in diesem Jahr fertig gestellt und den Kreisgremien zur Beratung vorgelegt wird.

Ich hoffe, dass auch dieser Beteiligungsbericht großes Interesse findet und als Informationsgrundlage in Sachen Beteiligungen des Kreises genutzt wird.

Der Beteiligungsbericht 2013 wird den Mitgliedern der politischen Gremien des Kreises (auch aus Kostengründen) per email und auf Wunsch auf CD-Rom zur Verfügung gestellt. Wie bisher ist er als PDF-Datei im Internet abrufbar unter [www.vogelsbergkreis.de](http://www.vogelsbergkreis.de) → Sicherheit, Recht, Planung → Beteiligungsberichte.

Für etwaige Rückfragen oder weitergehende Erläuterungen stehen in der Kreisverwaltung Herr Dr. Köhler-Hälbig, Tel.: 06641/977-271 oder Frau Greb, Tel.: 06641/977-270 zur Verfügung. Bei Frau Greb sind ggf. gewünschte Druckversionen bestellbar.

A handwritten signature in black ink that reads "Manfred Görig". The signature is written in a cursive, slightly stylized script.

Manfred Görig  
Landrat

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Herrn Landrat Görig

Seite

<b>1. Allgemeines</b> (Grundsätzliche Informationen)	1
1.1 Kommunalrechtliche Voraussetzung einer Beteiligung	1
1.2 Beteiligungsbegriff	4
1.3 Rechts- und Organisationsformen	5
1.4 Beteiligungscontrolling	7
1.5 Erklärungen zur Rechnungslegung	8
<b>Übersicht über die Beteiligungen des Vogelsbergkreises</b>	10
<b>Verkehr und Versorgung</b>	
➤ Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	13
➤ Wasserverband Nidda	33
➤ Wasserverband Schwalm	36
➤ Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe	43
➤ Gas- und Wasserversorgung Osthessen (GWV) GmbH	58
<b>Entsorgung</b>	
➤ Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis	69

**Soziale Angelegenheiten und Gesundheit**

- NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH 83
- Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH 93

**Freizeit, Sport, Erholung, Natur**

- Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg 107

**Kultur, Bildung, Ausbildung**

- Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V. 117
- Verein Geopark Vulkanregion Vogelsberg e.V. 121

**Wirtschaftsförderung, Tourismus, Kreditinstitute**

- Vogelsberg Consult - Gesellschaft für Regionalentwicklung und  
Wirtschaftsförderung mbH 123
- Region Vogelsberg Touristik GmbH 132
- Sparkasse Oberhessen 146

**Sonstige Beteiligungen und Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden 172**

Urheberrechte



# 1. Allgemeines (Grundsätzliche Informationen)

## 1.1 Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Das Grundgesetz sichert im Artikel 28 Abs. 2 den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht zu, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln. Diese verfassungsrechtlich normierte Garantie der **kommunalen Selbstverwaltung** räumt den Kommunen eigenständige Hoheitsrechte in den Bereichen Personal, Finanzen und Vermögen sowie Organisation ein. Damit haben die Kommunen das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung der Aufgaben sicherstellen wollen.

Mit dem Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 31. Januar 2005 hat der hessische Landtag wichtige Neuregelungen im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung beschlossen.

Wesentlich verändert wurden insbesondere die §§ 121/122 HGO.

Weil mit der Novellierung die Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen enger gezogen werden, sind beide Paragraphen nachfolgend aufgeführt:

### § 121 Wirtschaftliche Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn

1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Mit dem Gesetz zur Änderung der HGO vom 16.12.2011 wurde der § 121 HGO reformiert und um den Abs. 1a ergänzt. Die neue Regelung öffnet den Bereich der erneuerbaren Energien für die Kommunen. Bei Beteiligung privater Dritter, einem kommunalen Anteil unter 50 %, der wirtschaftlichen Beteiligung der Einwohner, interkommunaler Zusammenarbeit kann sich die Kommune zukünftig auch im Bereich erneuerbare Energien engagieren.

Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten

1. zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
3. zur Deckung des Eigenbedarfs.

Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

- (3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.
- (4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.
- (5) Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn
  1. bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und
  2. die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.
- (6) Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten.  
Vor der Befassung in der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist.  
Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.
- (7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.
- (8) Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist. Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass

1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,
2. die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und
3. eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.

Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.

- (9) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.  
Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.

## **§ 122 Beteiligung an Gesellschaften**

- (1) Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn
1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,
  2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,
  3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,
  4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

- (2) Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft.

Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

- (3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.

- (4) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einer Gesellschaft, so hat sie darauf hinzuwirken, dass
1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
    - a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
    - b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
  2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen § 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.
- (5) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.
- (6) Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

Nach § 123a HGO besteht nunmehr seitens der Kommune die Verpflichtung jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen vorzulegen zur Unterrichtung der Gemeindevertretung/ des Kreistages und der Öffentlichkeit.

Entgegen den in § 123a Abs. 2 HGO definierten Mindestanforderungen an den Beteiligungsbericht hat der Vogelsbergkreis sich entschlossen, ein bewusst weiten Beteiligungsbegriff zu wählen und einen umfassenden Überblick über alle Beteiligungen zu erarbeiten und vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht wird dem Kreisausschuss vorgelegt, in öffentlicher Sitzung des Kreistages erörtert und öffentlich ausgelegt.

## 1.2 Beteiligungsbegriff

Der rechtliche Beteiligungsbegriff nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften definiert diesen als *„Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen“*.

Die Hessische Gemeindeordnung (HGO) spricht im § 121 von „Beteiligungen an Unternehmen“. In § 126 HGO sind allerdings bereits Formulierungen zu finden, die den Begriff auf „Beteiligungen an anderen privatwirtschaftlichen Vereinigungen“ ausweitet.

Eine Beschränkung des Beteiligungsbegriffes auf „Unternehmen“ als Grundlage für diesen Bereich hätte u.E. die tatsächliche Dimension des möglichen Steuerungs- und Handlungseinflusses des Kreises nur unzureichend dokumentiert.

In diesem Bericht haben wir deshalb den Beteiligungsbegriff bewusst weit gefasst. Wir haben alle maßgeblichen Unternehmen, Eigenbetriebe, Verbände und Vereine aufgenommen,

die außerhalb des Kreishaushaltes eine eigene Buchführung haben und an denen der Kreis beteiligt ist, ohne dass dies zugleich eine abschließende Aussage zur kreispolitischen Verantwortung oder Einflussnahme zulässt. Das wäre zumeist nur sehr schwierig und im Einzelfall zu beschreiben.

Währenddessen einzelne Beteiligungen durch Gewinnausschüttungen oder Defizitausgleich auf den ersten Blick erkennbar finanzielle Auswirkungen auf den Kreishaushalt haben, basieren andere Beteiligungen mehr auf einer gesellschaftspolitischen Einflussnahme als auf einem vordergründigen tatsächlichen (betriebs-)wirtschaftlichen Nutzen.

Wir wollen mit unserer weit gefassten Darstellung einen ersten umfassenden Überblick über das Spektrum der Beteiligungen des Vogelsbergkreises ermöglichen.

Dieser Bericht richtet sich in erster Linie an die Zielgruppe der Parlamentarier/innen. Wir haben ihn daher bewusst nicht nach Betriebsformen (GmbH, AG, Eigenbetriebe, etc.), sondern nach Politikfeldern gegliedert.

Wir hoffen, hiermit einen besseren Zugang zu ermöglichen.

### 1.3 Rechts- und Organisationsformen

Die Rechtsordnung stellt den Unternehmungen eine große Anzahl von Rechtsformen (Unternehmensformen) zur Verfügung und überlässt es in der Regel den Eigentümern oder Gründern, die Entscheidung für eine bestimmte Rechtsform nach betriebswirtschaftlichen, steuerlichen oder anderen Gesichtspunkten zu treffen.

Durch den in § 122 HGO geregelten weitgehenden Ausschluss der öffentlichen Hand als **Vollhafter** reduzieren sich die Möglichkeiten auf die Rechts- und Organisationsformen Eigenbetrieb, GmbH, AG, rechtlich selbständige Anstalt, Zweckverband (ZV), Genossenschaft, eingetragener Verein (e.V.).

#### Eigenbetrieb:

Der Eigenbetrieb ist ein wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Grundlage Eigenbetriebsgesetz). Hinsichtlich seiner Organisation und Wirtschaftsführung ist dieses Unternehmen verselbstständigt, d.h. von der übrigen Kreisverwaltung getrennt. Organe des Eigenbetriebs sind Betriebsleitung und Betriebskommission. Finanzwirtschaftlich ist es aus dem Gesamtvermögen des Kreises heraus genommen. Der Kreistag entscheidet über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Ihm obliegt vor allem die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 5 Eigenbetriebsgesetz).

#### Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH):

Die GmbH gehört zur Gruppe der Kapitalgesellschaften. Sie ist eine juristische Person mit einem Stammkapital, das der Summe der Stammeinlagen der Mitglieder (Gesellschafter)

entspricht. Die Gesellschafter haften nicht mit ihrem Gesamtvermögen, sondern nur in Höhe ihres Stammkapitalanteils. Es besteht somit eine auf das Geschäft „beschränkte Haftung“. Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Bildung eines Aufsichtsrates ist fakultativ, bei Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung wegen § 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO jedoch die Regel.

Im Zuge sog. Outsourcingprozesse (Ausgliederung kommunaler Aufgaben aus der Kernverwaltung) kommt diese Rechtsform im kommunalen Beteiligungsbereich mittlerweile häufig vor, u.a. auch deswegen, weil das GmbH-Recht den Gesellschaftern große Gestaltungsspielräume eröffnet (z.B. Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages).

### Aktiengesellschaft (AG):

Die AG ist eine Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, die ein in Aktien (Anteilscheine) zerlegtes Grundkapital aufweist. Gesellschafter (Aktionär) wird man durch Erwerb eines Aktienstückes (Mitgliedschaftsurkunde). Aktionäre sind also an einem Teil des Grundkapitals beteiligt, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Organe der AG sind der Vorstand, der Aufsichtsrat (als Repräsentanten der Anteilseigner) und die Hauptversammlung.

Seit dem Inkrafttreten des Bilanzrichtliniengesetzes bestehen keine Unterschiede mehr in den Rechnungslegungs-, Prüfungs- und Publizitätsvorschriften für Kapitalgesellschaften (GmbH, AG). Dies führt u.a. dazu, dass die AG (im Vergleich zur GmbH) sich wachsender „Beliebtheit“ auch bei Betrieben mittlerer Größenordnung erfreut.

### Rechtlich selbstständige Anstalt:

Die rechtlich selbstständige Anstalt kann von Kommunen nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes gebildet werden. Auf kommunaler Ebene hervorzuheben sind Sparkassen, für die neben dem Kreditwesengesetz eine Reihe von Sonderbestimmungen gelten. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt, und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft (Landrat) ist. Die kommunale Gebietskörperschaft haftete in der Vergangenheit als Gewährträger unbeschränkt für alle Verbindlichkeiten der ihr zugehörigen Sparkasse (§ 3 Sparkassengesetz). Dementsprechend wurde die Selbstständigkeit des Vorstandes durch den Verwaltungsrat und die Aufsicht bzw. Einflussnahme des Gewährträgers eingeschränkt.

Durch die von der EU-Kommission ausgelösten Veränderungen (Brüsseler Verständigung über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für Landesbanken und Sparkassen vom 17. Juli 2001) wurde der Vogelsbergkreis von seiner Gewährträgerhaftung befreit; die Sparkasse haftet zukünftig für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen, der Vogelsbergkreis wird sukzessive aus seiner Gewährträgerhaftung entlassen.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.12.2002 die Änderung der Satzung beschlossen (KT VIII/145). Sie ist gemäß § 5 Abs. 3 der Hess. Landkreisordnung am 29.12.2002 in Kraft getreten.

### Zweckverband:

Der Zweckverband ist ein Zusammenschluss von *Gemeinden* und *Gemeindeverbänden*, der der *gemeinsamen Wahrnehmung einzelner/bestimmter kommunaler Aufgaben* dient. Er ist eine *Körperschaft öffentlichen Rechts* und verwaltet seine *Angelegenheit* in eigener Verantwortung auf der Basis des *Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit*. Organe sind der *Verbandsvorstand* und die *Verbandsversammlung*.

### Wasser- und Bodenverbände:

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche *Körperschaften des öffentlichen Rechts* auf *spezialgesetzlicher Grundlage*. Im *Gegensatz* zu den Zweckverbänden, bei denen nur *Gebietskörperschaften* Mitglieder sind, können bei den Wasser- und Bodenverbänden auch *natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts* dazu gehören.

### Genossenschaft:

Die *Genossenschaft* ist eine *Gesellschaft*, welche die *Förderung des Erwerbs* oder der *Wirtschaft ihrer Mitglieder* mittels *gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs* bezweckt. Im *Statut der Genossenschaft* wird geregelt, ob und in welcher *Höhe* *Genossen* im *Insolvenzfall* zur *Leistung von Nachschüssen* verpflichtet sind. Charakteristisch für die *Genossenschaft* ist, dass sie *keinen eigenen wirtschaftlichen Zweck* verfolgt, sondern den *sonstigen Wirtschaftsbetrieb* ihrer *Mitglieder* unmittelbar fördern will.

### Eingetragener Verein (e.V.):

Der *Verein* ist ein auf *Dauer angelegter freiwilliger Zusammenschluss* von *mindestens sieben Personen* zur *Erreichung eines gemeinsamen Zweckes*. Organe sind der *Vorstand* und die *Mitgliederversammlung*. Die *Rechtsfähigkeit* wird durch *Eintragung in das Vereinsregister* beim *zuständigen Amtsgericht* erlangt.

## **1.4 Beteiligungscontrolling**

Vor allem ausgelöst durch die *Finanzprobleme der öffentlichen Hand* war die *allgemeine Diskussion* über mehr als ein *Jahrzehnt* auf die *Privatisierung öffentlicher Aufgaben* fokussiert. Im Zuge der *Verwaltungsmodernisierung* war ein *Trend zur Ausgliederung öffentlicher Aufgaben* in *selbstständige Betriebs- und Rechtsformen* zu verzeichnen, um *öffentliche Aufgaben* *effektiver und effizienter wahrzunehmen*. Darüber hinaus gab und gibt es eine *lang anhaltende Diskussion*, welche *Aufgaben „öffentlichen Charakter“* haben, welche *„freiwilliger Art“* sind und aus welchen *Bereichen* sich der *Staat zurückziehen* und sie dem *freien Spiel von Angebot und Nachfrage* überlassen sollte. Spätestens mit den *weltwirtschaftlichen finanziellen Verwerfungen* der *letzten Jahre* ist eine *Zurückbesinnung* bei den *Bereichen öffentlicher Daseinsvorsorge* feststellbar, die *Rückführung* z.B. von *Wasser, Energie* in den *kommunalen öffentlichen Sektor* ist z.T. im *vollen Gang*. Ob dies nur *kurzfristig* als *Auswirkung der Finanzkrisen* oder *langfristiger Trend* ist, bleibt *abzuwarten*.

Auch der Vogelsbergkreis hat zahlreiche Beteiligungen, z.T. historisch gewachsen als Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge (Wasser, Energie, Krankenhaus) oder z.T. jüngerem Datums auf der Basis gewollter Einflussnahme in wichtigen Feldern (Touristik, Regionalentwicklung).

Aufgrund seiner Eigentümerstellung und der erheblichen finanziellen Auswirkungen auf den Kreishaushalt ergibt sich für den Vogelsbergkreis die Notwendigkeit zur Steuerung und Kontrolle seiner Beteiligungen sowie der kritischen Reflexion, welche Einzelbeteiligungen dauerhaft als „quasi öffentliche Aufgabe“ anzusehen sind.

Gemäß § 121(7) HGO haben die Gemeinden (der Kreis) mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Aufgaben des § 121(1) HGO erfüllt.

Mit der vom Kreisausschuss am 02.10.2008 beschlossenen „Beteiligungsrichtlinie“ wurden die organisatorischen Voraussetzungen für ein Beteiligungscontrolling geschaffen. Das Beteiligungscontrolling besteht neben der „Politikberatung“ insbesondere in der interdisziplinären Zusammenarbeit beteiligungsrelevanter Querschnittsämter (Hauptamt, Amt für Finanzen, Amt für Wirtschaftsförderung und Revision).

Eine Bündelungsfunktion und damit die Zuständigkeiten für

- Grundsatzfragen der Beteiligungspolitik,
- finanz- und haushaltswirtschaftliche Querschnittsaufgaben,
- Grundsatzangelegenheiten im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Gesellschafterrechten (Beratungsfunktion),
- Grundsatzfragen der Organisation und Struktur der Beteiligungen,
- Beratung und Unterstützung der Fachämter bei der Verwaltung von Beteiligungen

sind im Amt für Wirtschaftsförderung und Revision konzentriert.

## 1.5 Erklärungen zur Rechnungslegung

Die Zweckverbände, Gesellschaften, etc., an denen der Vogelsbergkreis Beteiligungen hat, erstellen ihren **Jahresabschluss** unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches. Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden.

Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

### Bilanz:

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. **Aktiva** sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter („Wofür wurden die Mittel verwendet?“), **Passiva** sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert. Auf der Aktivseite - Mittelverwendung - befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen. Das **Anlagevermögen** stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude, Fuhrpark usw.

Zum **Umlaufvermögen** zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden wie z.B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben etc.

Auf der Passivseite - Mittelherkunft - werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten dargestellt. Unter der Position **Eigenkapital** sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z.B. das eingebrachte Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter einer Unternehmung oder der Jahresgewinn oder -verlust des Vorjahres. **Rückstellungen** sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z.B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem eigentlichen Begriff der **Verbindlichkeiten** werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt sind, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen, aus Lieferung und Leistungen etc.

#### Gewinn- und Verlustrechnung (GuV):

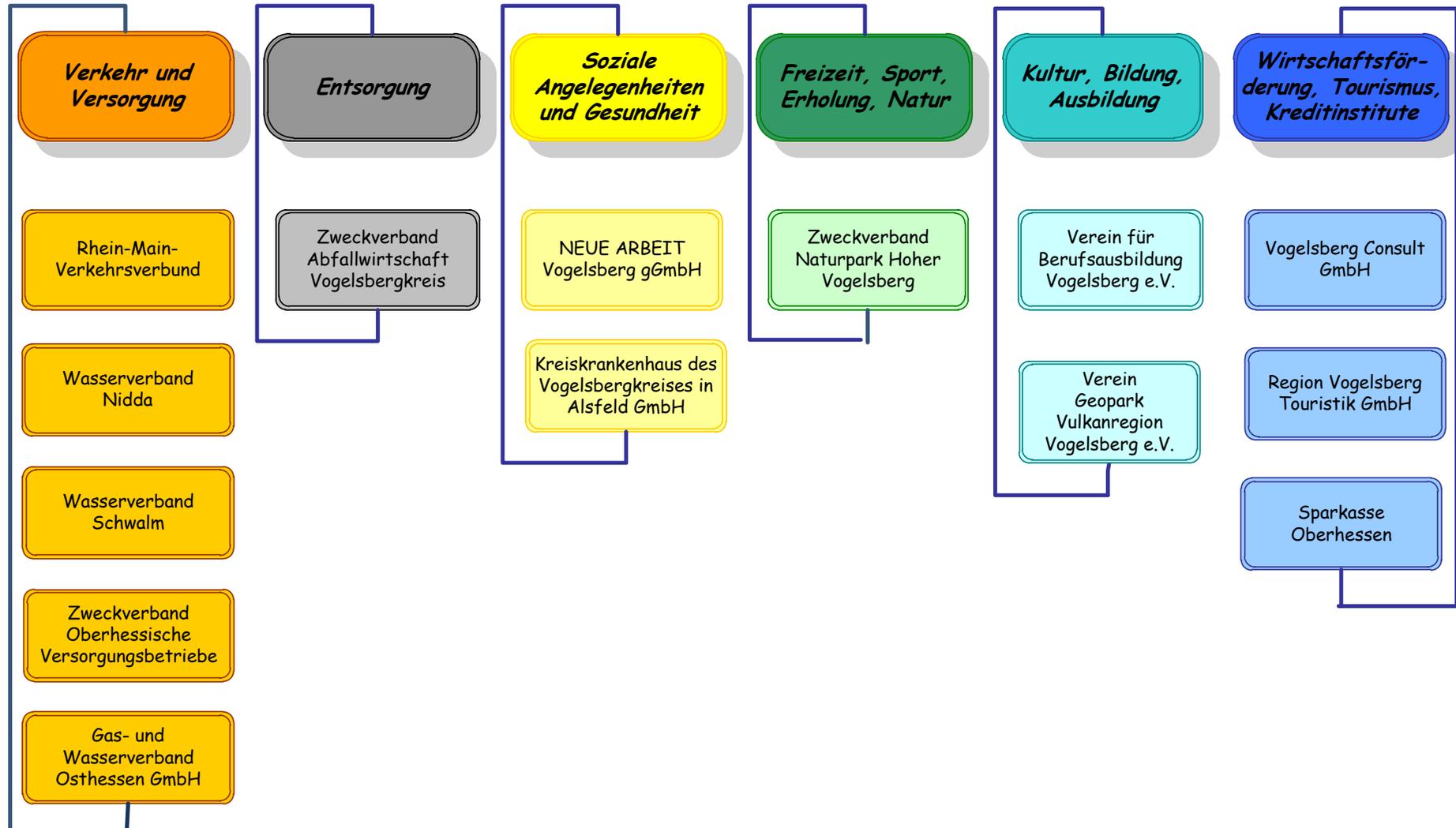
Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge, die aus der Buchführung gewonnen werden, und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögensnachweis - besonders der Schuldennachweis - im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV - auch Erfolgsrechnung genannt - dar.

Die Darstellung der GuV erfolgt im vorliegenden Beteiligungsbericht reduziert auf wesentliche Positionen.

Das **Betriebsergebnis** liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im **Finanzergebnis** sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst. Das **gewöhnliche Geschäftsergebnis** ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das **außerordentliche Ergebnis** den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen

zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i.d.R. ungewöhnlich hoch sind, wie z.B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das **Jahresergebnis** - Jahresüberschuss oder -fehlbetrag - ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

# Beteiligungen des Vogelsbergkreises



<b>Einrichtung</b>	<b>Straße</b>	<b>PLZ / Ort</b>	<b>Telefon / Fax</b>	<b>Mail / Homepage</b>	<b>Anrede</b>	<b>Vorname</b>	<b>Nachname</b>
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	Alte Bleiche 5	65719 Hofheim am Taunus	06192 294-0 06192 294-900	<a href="mailto:rmv@rmv.de">rmv@rmv.de</a> <a href="http://www.rmv.de">www.rmv.de</a>	Herr	Klaus Peter	Güttler
Wasserverband Nidda	Leonhardstr. 7	61169 Friedberg	06031 83 7100 06031 83-7104	<a href="mailto:wv-nidda@wetteraukreis.de">wv-nidda@wetteraukreis.de</a>	Herr	Stefan	Gottbehüt
Wasserverband Schwalm	Parkstr. 6	34576 Homberg / Efze	05681 775-205 05681 775-207	<a href="mailto:info@wasserverband-schwalm.de">info@wasserverband-schwalm.de</a> <a href="http://www.wasserverband-schwalm.de">www.wasserverband-schwalm.de</a>	Herr	Peter	Kugler
Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe	Hanauer Str. 9-13	61169 Friedberg	06031 82-0 06031 82-1306	<a href="mailto:info@zov.de">info@zov.de</a> <a href="http://www.zov.de">www.zov.de</a>	Herr	Rainer	Schwarz
Gas- und Wasserversorgung Osthessen (GWV) GmbH	Rangstr. 10	36043 Fulda	0661 299-0 0661 299-119	<a href="mailto:post@gwv-fulda.de">post@gwv-fulda.de</a> <a href="http://www.gwv-osthessen.de">www.gwv-osthessen.de</a>	Herr	Dipl. Soz. Oec. Martin	Heun
Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis	Eselswörth 23	36341 Lauterbach	06641 9671-0 06641 9671-20	<a href="mailto:info@zav-online.de">info@zav-online.de</a> <a href="http://www.zav-online.de">www.zav-online.de</a>	Herr	Dr. Hansjörg	Fuchs
NEUE ARBEIT Vogelsberg GmbH	Altenburger Str. 40	36304 Alsfeld	06631 9641-0 06631 9641-41	<a href="mailto:info@neue-arbeit-vb.de">info@neue-arbeit-vb.de</a> <a href="http://www.neue-arbeit-vb.de">www.neue-arbeit-vb.de</a>	Herr	Hans-Ulrich	Merle
Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH	Schwabenröder Str. 81	36304 Alsfeld	06631 98-0 06631 98-1118	<a href="mailto:info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de">info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de</a> <a href="http://www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de">www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de</a>	Herr	Bodo	Assmus

<b>Einrichtung</b>	<b>Straße</b>	<b>PLZ / Ort</b>	<b>Telefon / Fax</b>	<b>Mail/Homepage</b>	<b>Anrede</b>	<b>Vorname</b>	<b>Nachname</b>
Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg	Karl-Weber-Str. 2	63679 Schotten	06044 2631 06044 987465	<a href="mailto:naturparkvogelsberg@t-online.de">naturparkvogelsberg@t-online.de</a> <a href="http://www.natpa.de">www.natpa.de</a>	Herr	Rudolf	Frischmuth
Verein Berufsausbildung- Vogelsberg e.V.	Goldhelg 20	36341 Lauterbach	06641 977-331 06641 977-5317	<a href="mailto:vfb@vogelsbergkreis.de">vfb@vogelsbergkreis.de</a>	Herr	Erich	Bloch
Verein Geopark Vulkan- region Vogelsberg e.V.	Goldhelg 20	36341 Lauterbach	06641 977-265 06641 977-5265	<a href="mailto:geopark@vogelsbergkreis.de">geopark@vogelsbergkreis.de</a> <a href="http://www.geopark-vogelsberg.de">www.geopark-vogelsberg.de</a>	Herr	Hartmut	Greb
Vogelsberg Consult GmbH	Am Schlossberg 32	36304 Alsfeld	06631 9616-0 06631 96 16-16	<a href="mailto:info@vogelsberg-consult.de">info@vogelsberg-consult.de</a> <a href="http://www.vogelsberg-consult.de">www.vogelsberg-consult.de</a>	Herr	Thomas	Schaumberg
Region Vogelsberg Touris- tik GmbH	Vogelsbergstr. 137a	63679 Schotten	06044 964848 06044 964849	<a href="mailto:info@vogelsberg-touristik.de">info@vogelsberg-touristik.de</a> <a href="http://www.vogelsberg-touristik.de">www.vogelsberg-touristik.de</a>	Frau	Uta	Nebe
Sparkasse Oberhessen	Kaiserstr. 155	61169 Friedberg	06031 86-0 06031 86-128	<a href="mailto:info@sparkasse-oberhessen.de">info@sparkasse-oberhessen.de</a> <a href="http://www.sparkasse-oberhessen.de">www.sparkasse-oberhessen.de</a>	Herr	Günter	Sedlak

## Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH

Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim am Taunus  
Tel.: 06192 / 294-0 - Fax: 06192 / 294-900  
E-Mail: [rmv@rmv.de](mailto:rmv@rmv.de)  
Internet: [www.rmv.de](http://www.rmv.de)



Rhein-Main-Verkehrsverbund

### Unternehmenszweck

#### Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie die Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet folgende Aufgaben wahr:

- regionalisierter, regionaler Schienenpersonennahverkehr (SPNV),
- regionaler Buspersonennahverkehr (BPNV),
- Verkehrsplanung, Verkehrskonzeption und technische Standards,
- Rahmenplanung für Produkte,
- Verbundtarif und Beförderungsbedingungen,
- Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation,
- Vertriebssystem,
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen,
- integriertes Plandatensystem.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

öffentlicher Personennahverkehr

### Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

*Beteiligung seit:* 1994

*Anteile in %:* 3,704 %

*§ 121 (2) 1 Wirtschaftliche Betätigung:*

öffentlicher Personennahverkehr

## Organe des Unternehmens

### Aufsichtsrat:

Petra Roth - Vorsitzende (bis 27.06.2012)	Christel Fleischmann
André Kawai - stellv. Vorsitzender	Bernd Woide
Steffen Saebisch	Anita Schneider
Prof. Dr. Luise Hölscher	Gerald Kummer
Brigitte Lindscheid	Ulrich Krebs
Birgit Simon (bis 22.03.2012)	Wolfgang Schuster
Horst Schneider (23.03. - 21.11.2012)	
Peter Schneider (ab 21.11.2012)	
Sigrid Möricke	Manfred Michel
Michael Korwisi	Michael Cyriax
Gerhard Möller	Dr. Karsten McGovern
Gisela Weigel-Greilich	Dietrich Kübler
Axel Weiss-Thiel	Claudia Jäger
Egon Vaupel	Burkhard Albers
Patrick Burghardt (ab 01.01.2012)	<b>Rudolf Marx</b> (bis 31.05.2012) <b>Manfred Görig</b> (ab 01.06.2012)
Wolfram Dette	Joachim Arnold

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit 15. Juni 1999 eine Aufwandsentschädigung von € 51,13 pro Person und Sitzung. Im Geschäftsjahr 2012 fielen dafür Aufwendungen in Höhe von insgesamt T€ 2,8 an.

### Beirat:

Dr. Thomas Kortenhaus	Doris Weiland	Doris Weiland
Peter Pfragner	Michael Budig	Bruno Gunkel
Dr. Klaus Vornhusen	Patrick Hübschen	Armin Klein
Ernst Kleinwächter	Volker Lampmann	Christian Sommer
Veit Salzmann	Astrid Tschann	Arne Behrends
Dajana Kratzer-Rudolf	Jörg Gerhard	Kira Lampe
Andreas Freund	Horst Freund	Dirk Plate
Dr. Alexander Theiss	Norbert Witzel	Volker Rahm
Dr. Christoph Gelking	Manfred Sickmann	Birgit Hartmann
Brigitte Holdinghausen	Michael Takatsch	Heinz-Konrad Debus
Rita Krüsemann	Nils Quante	Peter Krämer
Wilfried Staub	Klaus Gürsch	Andreas Maatz
Peter Bickel	Karl-Heinz Betz	Thomas Brunke
Bernhard Gässl	Reinhold Bickelhaupt	Berthold R. Gall - Vorsitz
Karl-Heinz Holub	Matthias Altenhein	

*Geschäftsführung:* Professor Knut Ringat (Sprecher der Geschäftsführung)  
Klaus-Peter Güttler (Jurist)

### Rechtliche und wirtschaftliche Daten

*Rechtsform:* GmbH  
*Gründungsdatum:* 30.06.1994  
*Gesellschaftsvertrag:* 04.07.1991, geändert am 30.06.1994  
*Handelsregister:* Frankfurt, HRB 34128  
*Stammkapital:* 690.244,04 €  
*Beteiligungen:* Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft GmbH (rms ), 100 %  
 Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma), 100 %  
 ivm GmbH Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain (ivm), 12,45 %  
 RTW Planungsgesellschaft mbH, 33,33 %  
 VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG, Köln, 11,561 %

### *Gesellschafter:*

Land Hessen	Stadt Marburg	Landkreis Limburg-Weilburg
Stadt Darmstadt	Stadt Rüsselsheim	Main-Kinzig-Kreis
Stadt Frankfurt am Main	Stadt Wetzlar	Main-Taunus-Kreis
Stadt Offenbach am Main	Landkreis Darmstadt-Dieburg	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Stadt Wiesbaden	Landkreis Fulda	Odenwaldkreis
Stadt Bad Homburg v.d.H.	Landkreis Gießen	Landkreis Offenbach
Stadt Fulda	Landkreis Groß-Gerau	Rheingau-Taunus-Kreis
Stadt Gießen	Hochtaunuskreis	<b>Vogelsbergkreis</b>
Stadt Hanau	Lahn-Dill-Kreis	Wetteraukreis

### *Stammeinlagen:*

Die Geschäftsanteile werden mit jeweils 25.564,59 € je Gesellschafter zum Bilanzstichtag gehalten.

**Bilanz des Unternehmens**

Aktiva			
		31.12.2012	Vorjahr
		EUR	EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>			
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>			
1. Entgeltlich erworbene Software		6.298.605,00	2.315.966,00
2. Geleistete Anzahlungen		974.248,40	5.391.079,60
		<b>7.272.853,40</b>	<b>7.707.045,60</b>
<b>II. Sachanlagen</b>			
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung		560.736,00	799.734,00
2. Geleistete Anzahlungen		0,00	12.323,34
		<b>560.736,00</b>	<b>812.057,34</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		899.313,08	899.313,08
2. Beteiligungen		110.001,00	115.000,00
		<b>1.009.314,08</b>	<b>1.014.313,08</b>
		<b>8.842.903,48</b>	<b>9.533.416,02</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
<b>I. Vorräte</b>			
Waren		88.818,70	88.818,70
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		665.041,04	0,00
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		1.248.766,13	1.216.095,41
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		60.559,09	82.764,44
4. Sonstige Vermögensgegenstände		19.349.183,50	20.659.469,67
		<b>21.323.549,76</b>	<b>21.958.329,52</b>
<b>III. Wertpapiere</b>			
Sonstige Wertpapiere		709.000,00	709.000,00
<b>IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</b>		564.274,36	250.757,06
		<b>22.685.642,82</b>	<b>23.006.905,28</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		132.334,24	160.060,69
		<b>31.660.880,54</b>	<b>32.700.381,99</b>



## Gewinn- und Verlustrechnung

	2012	2012	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
1. Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger		2.704.417,56	3.013.636,98
2. Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen		31.412.162,03	36.577.215,03
<b>3. Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen</b>		<b>34.116.579,59</b>	<b>39.590.852,01</b>
4. Erträge aus Projektzuwendungen		3.564.197,14	3.579.385,62
5. Sonstige betriebliche Erträge		1.368.719,26	1.274.025,35
6. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen		3.080.402,11	1.585.006,25
7. Materialaufwand			
Aufwendungen für bezogene Leistungen		-21.969.224,94	-25.767.317,46
8. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-7.680.569,06		-7.576.762,76
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-1.739.808,02		-1.482.600,45
		-9.420.377,08	-9.059.363,21
9. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-3.080.402,11	-1.585.006,25
10. Zuführung zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen		-2.389.889,57	-3.591.682,92
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-5.648.969,43	-6.179.327,99
12. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		1.201.784,22	1.095.046,90
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		128.242,21	89.457,75
14. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-571.657,00	-651.577,65
<b>15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>		<b>379.404,40</b>	<b>379.498,40</b>
16. Außerordentliche Aufwendungen/ Außerordentliches Ergebnis		-376.727,40	-376.727,40
17. Sonstige Steuern		-2.677,00	-2.771,00
<b>18. Jahresüberschuss</b>		<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

## Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:	<u>2011</u>	<u>2012</u>
(Jahresdurchschnitt)	136	124
davon Teilzeitkräfte	21	21

## Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresüberschuss 0,00 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	keine

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

### *Begründung:*

Aufgabenwahrnehmung öffentlicher Personennahverkehr

### **Auszug aus dem Lagebericht**

#### *Lage der Gesellschaft:*

##### 1. Geschäftstätigkeit

Grundlage der Geschäftstätigkeit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV GmbH) ist der Gesellschaftsvertrag mit dem Gesellschaftszweck der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung zur Organisation und Koordination des öffentlichen Personennahverkehrs und das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG), welches die grundlegenden Aufgaben der hessischen Verbände festschreibt. Eine starke Zusammenarbeit mit den kommunalen ÖPNV-Aufgabenträgern sowie die Unterstützung durch das Land Hessen sollen den öffentlichen Auftrag der Daseinsvorsorge gewährleisten.

Dabei wird angestrebt mittel- bis langfristig einen qualitativ besseren ÖPNV zu entwickeln, der vorrangig auf die Wünsche des Kunden ausgerichtet ist. Es gilt hierbei die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten, eine Verbesserung der Pünktlichkeit sowie den Abbau von Zugangsbarrieren zum ÖPNV voranzubringen. Ebenso wird die Integration ergänzender Mobilitätsdienste weiterverfolgt.

Die RMV GmbH beteiligt sich u.a. mit anderen Partnern an der hessischen Mobilitätsinitiative für die Entwicklung integrierter Mobilitätsdienstleistungen am Projekt HOLM (House of Logistic and Mobility). Zur Erreichung einer höheren Marktreichweite sind Mobilitätspakete mit Verkehrsunternehmen, Taxi, CarSharing, insbesondere auch im ländlichen Raum, als potentielle Entwicklung anzusehen.

Darüber hinaus ist die RMV GmbH bestrebt, für seine Kunden mittelfristig ein System für elektronisches Fahrgeldmanagement der höchsten Komfortstufe „Einsteigen und Losfahren“ (Be-In/Be-Out-Systems) aufzubauen und einzuführen. Neben der Erweiterung des RMV-HandyTickets um BahnCard-ermäßigte Einzelfahrkarten werden die Integration von RMV-Übergangstarifen und die Fahrplanauskunft weiter vorangetrieben. Ebenso sollen weitere Fahrkarten als eTicket angeboten werden.

Die Finanzierung der RMV GmbH für Regiekosten sowie für bezogene Leistungen insbesondere für Untersuchungen (gemäß Wirtschaftsplan) erfolgt nach Abzug von eigenen Erträgen durch Zuwendungen des Landes Hessen und aus der Umlage der Komplementärfinanzierung der kommunalen Gesellschafter. Die hierfür mit dem Land Hessen geschlossene Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014 ist die Grundlage zur Finanzierung der RMV GmbH. Während die Finanzierung der Regiekosten und Untersuchungen direkt der RMV GmbH zuzurechnen sind, werden die verbleibenden Finanzierungsmittel von der RMV GmbH treuhänderisch abgewickelt und als Treuhandvermögen gesondert erfasst.

## 2. Entwicklung der Beteiligungen im Geschäftsjahr 2012

### 2.1 Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms)

Die RMV GmbH ist alleinige Gesellschafterin der Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms). Die rms ist in der Entwicklung von Informations- und Vertriebssystemen, Datenmanagement, Verkehrs- und Marktforschung sowie Kundenkommunikation tätig.

Die rms hat auch 2012 durch gezielte Entwicklung neuer Themen bereits erfolgreich Aufträge akquiriert.

Im innovativen Vertrieb konnten weitere Marktanteile gewonnen werden, ebenso in der konzeptionellen Marktforschung. Die Akquisition von F+E-Projekten erhält einen zunehmenden Stellenwert.

Die Umsatzerlöse der rms sind im Geschäftsjahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 49% von TEUR 9.617 auf TEUR 14.359 gestiegen.

Der Umsatz mit Dritten konnte gegenüber 2011 abermals leicht gesteigert werden.

Das Erlösvolumen konnte um rund 12% gesteigert und die Kundenbasis dabei weiter verbreitert werden. In den letzten 5 Jahren konnten die Erlöse damit um 30% gesteigert werden.

In 2012 konnte das F+E-Projekt NAMO beim BMBF unter Vertrag gebracht werden, andere große F+E-Vorhaben bei den Bundesministerien BMWi und BMVBS befinden sich weiterhin in Akquisition.

Die rms begleitet den RMV bei der Einführung des ((eTicket RheinMain. Zu den konzeptionellen Aufgaben der Weiterentwicklung kommen seit der Einführung auch zunehmend operative Aufgaben zur Unterstützung des Betriebs.

Die Betriebsleistung hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 791 (- 8%) auf TEUR 8.817 reduziert, im Wesentlichen durch den Abbau von Beständen an unfertigen Leistungen (TEUR 5.542). Das Betriebsergebnis des Geschäftsjahres beträgt TEUR 260 (i.Vj. TEUR 116) und der Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die RMV GmbH TEUR 263 (i.Vj. TEUR 157).

Die rms ist von der Finanzierung durch die RMV GmbH abhängig. Dabei war die Zahlungsfähigkeit der rms im Geschäftsjahr jederzeit gewährleistet.

### 2.2 Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Die RMV GmbH hält alle Anteile an der Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma). Wie in den Vorjahren ist die fahma für die Beschaffung und Vorhaltung von Fahrzeugen des Schienenpersonennahverkehrs und die Bereitstellung dieser Fahrzeuge an Eisenbahnverkehrsunternehmen zuständig.

Weiterhin stellt die fahma den Qualitäts- und Werterhalt der Fahrzeuge geeignet sicher. Alle Fahrzeuge sind langfristig an die VIAS GmbH (Odenwaldbahn) und die HESSISCHE LANDESBahn GmbH -HLB (Taunusbahn) vermietet.

Die Geschäftsführung der fahma wurde bis zum 01.02.2012 durch Herrn Volker Sparmann wahrgenommen. Herr Sparmann schied gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 05.12.2011 zum 01.02.2012 als Geschäftsführer der fahma aus. Herr Professor Knut Ringat wurde zum 01.01.2012 als Geschäftsführer bestellt. Ein separater Geschäftsführervertrag besteht nicht.

Im Geschäftsjahr 2012 erzielte die fahma Umsatzerlöse aus Leasingleistungen in Höhe von TEUR 6.862 (i. Vj. TEUR 6.891). Dem gegenüber standen Abschreibungen für das Geschäftsjahr von TEUR 3.220 sowie Zinsaufwendungen aus der Finanzierung der Fahrzeuge in Höhe von TEUR 2.480. Das Jahresergebnis der fahma beträgt TEUR 957 (i. Vj. TEUR 938). Es wird gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die RMV GmbH abgeführt.

Die fahma wird ab 2013 damit beginnen, die wirtschaftlichen Überlassungsverträge für die Zeit nach 2015 neu ausschreiben. Zudem können weitere Reparaturen und Instandhaltungen anfallen, die vertraglich nicht abgesichert sind.

### 2.3 RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW)

Zum Stichtag hält die RMV GmbH an der RTW 33,33% der Anteile. Wesentliche Aufgabe der RTW ist es, bis zum 31.12.2015 mit der Entwurfs- und Genehmigungsplanung für die Regionaltangente West und der Abklärung der Fördermodalitäten mit dem Zuwendungsgeber, die Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger zu schaffen. Des Weiteren ist die RTW beauftragt, mit potentiellen neuen Gesellschaftern auf Grundlage des Entwurfs eines erweiterten Gesellschaftsvertrags „Neue Gesellschafter“ (Beschlussfassung von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung am 13.12.2012) Gespräche über den Beitritt vorzubereiten.

Der Gesellschaftsvertrag der RTW wurde gemäß Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung und notarieller Beurkundung am 13.12.2012 bis zum 31.12.2015 verlängert.

Die Aufgaben der RTW werden durch Umlagen finanziert. Der Gesellschaftsvertrag sieht eine umlagebezogene Finanzierung seitens der Gebietskörperschaften vor, wobei das Land Hessen sich mit TEUR 3.000 an der Finanzierung der RTW beteiligt. Das Gesamtbudget der RTW für die Zeit bis zum 31.12.2012 beträgt TEUR 5.780.

Die RTW schließt das Geschäftsjahr 2012 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis in Höhe von EUR 0,00 ab.

Die Bilanzsumme verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 429 auf TEUR 280. Weiterhin ist die Geschäftsführung beauftragt, mit potentiellen neuen Gesellschaftern auf Grundlage des Entwurfs eines erweiterten Gesellschaftsvertrags „Neue Gesellschafter“ (Beschlussfassung von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung am 13.12.2012) Gespräche über den Beitritt vorzubereiten.

Die RTW trägt kein finanzielles Risiko, da sie die Förderung der Zusammenarbeit zwischen dem Land Hessen und den einzelnen Landkreisen und Städten in der Region Frankfurt RheinMain auf dem Gebiet des Verkehrswesens zum Ziel hat. Sie nimmt keine unternehmerische Tätigkeit im engeren Sinne wahr. Durch Fehlen der unternehmerischen Eigenschaft und der damit nicht vorhandenen Risiken ergeben sich auch keine nennenswerten wirtschaftlichen Entwicklungschancen für die Gesellschaft, die über den gegebenen Budgetrahmen hinausgehen.

### 2.4 ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain) (ivm)

Mit Wirkung zum 19.01.2012 erwarb die RMV GmbH vom Land Hessen 12,45 % des Stammkapitals an der ivm zu einem Anschaffungspreis von 1 EUR.

Durch die Beteiligung an der ivm können intermodale verkehrsträgerübergreifende Mobilitätsangebote stärker ausgestaltet werden. Die Arbeiten zur Vernetzung des Öffentlichen

Verkehrs (ÖV) und des Individualverkehrs (IV) im Sinne von Wegekettten in Kombination, werden unter dem Begriff „kcm = Kompetenzcenter Mobilität“ gebündelt.

Dabei überträgt die RMV GmbH Aufgaben im Mobilitätsmanagement auf die ivm und stellt die notwendigen finanziellen Mittel bereit. Die RMV GmbH wurde im Rahmen ihrer finanziellen Verpflichtung mit dem Land Rheinland-Pfalz sowie der Stadt Mainz gleich gestellt. Daher beteiligt sich die RMV GmbH nur an der Projektfinanzierung. Die Höhe der Mittel bestimmt die RMV GmbH selbst.

Die Betriebsaufwendungen der ivm sind um TEUR 480 auf TEUR 1.995 (i. Vj. TEUR 2.475) gesunken. Ursächlich hierfür sind die gegenüber 2011 verminderten verfügbaren Projektbudgets, die zu gesunkenen Erträgen im Rahmen der Projektförderung führten. Die Aufwendungen der Gesellschaft wurden durch Zuschüsse der kommunalen Aufgabenträger und des Landes Hessen ausgeglichen, so dass die Gesellschaft ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielte.

### 2.5 VDV-Kernapplikations GmbH & Co. Kommanditgesellschaft (VDV KG)

Die RMV GmbH hielt als Kommanditistin im Geschäftsjahr einen Kommanditanteil von TEUR 100 (11,27% an den Kapitaleinlagen, i. Vj. 11,56%) an der VDV KG. Die Gesellschaft ist zuständig für die Umsetzung und Vermarktung der VDV-Kernapplikation, welche die Interoperabilität des elektronischen Fahrgeldmanagement sicherstellt.

Nach den Projektstarts in 2011 im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB), Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) und Hamburger Verkehrsverbund (HVV) begann im Geschäftsjahr in diesen Verbänden der Roll-Out des ((eTicket Deutschland, wodurch die Zahl der im Feld befindlichen Chipkarten signifikant anstieg. Bis Ende 2012 wurden insgesamt mehr als 8 Millionen Chipkarten ausgegeben.

Im Jahr 2012 haben über 100 Verkehrsunternehmen/Verkehrsverbände (VU/VV) die Teilnahmeverträge für ((eTicket Deutschland unterzeichnet. Insgesamt haben bis Ende des Geschäftsjahres 160 VU/VV die ((eTicket-Teilnahmeverträge mit der VDV-KA KG abgeschlossen.

Die Umsatzerlöse der VDV KG erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr im Geschäftsjahr 2012 um TEUR 111 auf TEUR 1.691. Der Jahresfehlbetrag reduzierte sich um TEUR -71 auf TEUR -3.

### 2.5 beka GmbH (vormals: Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH)

Im Geschäftsjahr verkaufte die RMV GmbH ihre Anteile an der beka, an der sie 0,65% am Stammkapital hielt.

## 3. Geschäftsverlauf der RMV GmbH in 2012

Neben der konsumtiven Förderung sieht die Finanzierungsvereinbarung die Umsetzung strategischer Projekte vor.

Schwerpunkte des Geschäftsverlaufs in 2012 waren die Fortsetzung von Marketingmaßnahmen bzw. -instrumentarien, die Konzeption und Modellierung eines nutzerfinanzierten

Tarifs sowie das Elektronische Fahrgeldmanagement. Weitere Maßnahmen betrafen den Abbau von Zugangsbarrieren für Kunden und Entwicklung der Kundenbindung.

Die weiteren Aufgaben des Geschäftsjahres 2012 lagen wiederum zum einen in den originären Aufgaben wie

- Erstellung des neuen Fahrplanes 2013
- Fahrkarten- u. Vertriebsinfrastrukturstandards
- Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen sowie Qualitätserfassung und -bewertung im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und im Buspersonennahverkehr (BPNV)
- RMV-Hotline und Kundenkommunikation

sowie zum anderen im strategischen Bereich wie

- Mobilitäts- u. verkehrsplanerische Untersuchungen
- Fortschreibung des Regionalen Nahverkehrsplanes
- Investitionsmaßnahmen
- Tarifstrukturreform
- Elektronisches Fahrgeldmanagement (EFM).

### 3.1 Ertragslage

Die Betriebsaufwendungen der RMV GmbH sind im Geschäftsjahr 2012 im Vergleich zu 2011 um TEUR 5.169 auf TEUR 39.431 gesunken (i. Vj. TEUR 44.600). Im Wesentlichen betraf dies den Rückgang für Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 3.798 sowie die Zuführungen zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen um TEUR 1.202.

Im Geschäftsjahr wurden die Zuwendungen des Landes Hessen für die Förderung der Verkehrsverbände reduziert. In Folge reduzierte die RMV GmbH insbesondere die bezogenen Aufwendungen für Projekte. Insgesamt betrugen die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung sowie die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger TEUR 34.117 (i. Vj. TEUR 39.591). Hinzu kamen sonstige Erträge insbesondere aus Projektzuwendungen von TEUR 4.933 (i. Vj. TEUR 4.853). Somit belief sich das Betriebsergebnis der RMV GmbH auf TEUR - 381 (i. Vj. TEUR -156).

Das Beteiligungsergebnis von insgesamt TEUR 1.202 (i. Vj. 1.095) betrifft die Erträge aus den Gewinnabführungen der fahma (nach vororganschaflichem Verlustausgleich) sowie der rms.

Das Zinsergebnis ist negativ in Höhe von TEUR -444 (i. Vj. TEUR -562) und ist im Wesentlichen bestimmt durch Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen. Wie in den Vorjahren wird ein außerordentlicher Aufwand in Höhe von TEUR 377 aus der ratierlichen Zuführung zur Pensionsrückstellung aus der Umstellung der Bewertungsmethoden bei der Erstanwendung des BilMoG ausgewiesen.

Das Jahresergebnis ist wie in den Vorjahren systembedingt ausgeglichen.

### 3.2 Vermögenslage

Die Zugänge zum Anlagevermögen betragen im Geschäftsjahr TEUR 2.397. Sie entfallen im Wesentlichen auf erworbene Softwareprogramme. Dabei wurde insbesondere das verbundweite Hintergrundsystem (vHGS) in Betrieb genommen.

Die Bilanzsumme verminderte sich zum Stichtag um TEUR 1.039 auf TEUR 31.661. In Höhe von TEUR 690 ist dies auf die Reduzierung des Anlagevermögens zurückzuführen. Der korrespondierende Sonderposten auf der Passivseite der Bilanz verminderte sich entsprechend.

Darüber hinaus führten gesunkene Umsatzsteuerforderungen und Forderungen an den Treuhandbereich um insgesamt TEUR 1.168 zu einem Rückgang der Bilanzsumme. Auf der Passivseite der Bilanz erhöhten sich die sonstigen Rückstellungen um TEUR 1.838, dagegen nahmen die Verbindlichkeiten insgesamt um TEUR 2.815 ab.

Die Vermögensstruktur hat sich zum Vorjahr geringfügig verändert. Das Anlagevermögen beträgt 27,9 % (i. Vj. 29,2 %) der Bilanzsumme. Entsprechend entfallen 72,1 % (i. Vj. 70,8 %) auf das Umlaufvermögen und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Die Finanzierung des Anlagevermögens durch langfristiges Kapital ist jederzeit sichergestellt, da in Höhe des Anlagevermögens ein entsprechender Sonderposten für Zuschüsse gebildet wurde.

### 3.3 Finanzlage

Die flüssigen Mittel erhöhten sich im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr um TEUR 313 auf TEUR 564. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 2.707 (i. Vj. TEUR 3.538). Er wurde verwendet für Mittelabflüsse für den Erwerb immaterieller Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von TEUR 2.394 (i. Vj. TEUR 3.627).

Die nicht verbrauchten Mittel des Landes Hessen aus der Finanzierungsvereinbarung sind an den Treuhandbereich transferiert und zum Stichtag als Forderungen gegen den Treuhandbereich in den Sonstigen Vermögensgegenständen bilanziert. In Folge musste im Treuhandbereich der genehmigte Kreditrahmen nicht ausgeschöpft werden, da die Mittel des Regiebereiches zur Verfügung standen.

Die Zahlungsfähigkeit der RMV GmbH war im Geschäftsjahr 2012 jederzeit gewährleistet.

### 3.4 Personal- und Sozialbereich

Im Personalbereich des Geschäftsjahres waren 5 Zugänge und 6 Abgänge zu verzeichnen. Die Zugänge erfolgten zur Wiederbesetzung freigewordener Stellen durch Kündigung von Arbeitnehmern bzw. als Vertretung der in Elternzeit befindlichen Mitarbeiter sowie ausgelaufene Zeitverträge. Im Geschäftsjahr konnten wieder 2 Auszubildende eingestellt werden. Die Mitarbeiteranzahl beläuft sich auf durchschnittlich 124 Personen (i. Vj. 130).

## 4. Ausblick

### 4.1 ÖPNV-Gesetz

Das grundlegende Regelwerk für die Aufgaben der hessischen Verkehrsverbünde ist das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG), das bis 31.12.2012

befristet war. Die RMV GmbH hat sich in enger Zusammenarbeit mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen in die Arbeiten zur Novellierung des Gesetzes eingebracht. Das novellierte Gesetz ist zum 01.01.2013 in Kraft getreten. Bei der derzeit in Arbeit befindlichen Aufstellung des Regionalen Nahverkehrsplanes werden die neuen gesetzlichen Vorschriften bereits angewendet. Der neue Terminus lautet nun „verbundweiter Nahverkehrsplan“. Die Busleistungen werden neu unterschieden in Verbundbusverkehr, regionaler Busnahverkehr und lokaler Verkehr. Neu ist auch, dass die verbundweiten Nahverkehrspläne der Zustimmung des zuständigen Ministeriums bedürfen.

Eine weitere wesentliche Neuerung im Gesetz ist die stärkere Betonung verbundweiter Standards im Interesse der Fahrgäste, um sich überall im ÖPNV-System gut zurechtfinden zu können. Zur Umsetzung ist beabsichtigt, bestehende Standards zu überprüfen und neue Standards zu entwickeln. Dies soll in enger Abstimmung mit den Nahverkehrsorganisationen mit dem Ziel geschehen, einzelne Beschlussvorlagen für den Aufsichtsrat zu erarbeiten.

Das neue ÖPNV-Gesetz hält an der bewährten Möglichkeit fest, die Zuwendungen des Landes in mehrjährigen Budgets mit den Verkehrsverbänden zu vereinbaren. Das zuständige Ministerium bereitet solche Finanzierungsvereinbarungen für die Budgetperiode 2015 bis 2019 vor und hat die Verbundgeschäftsführer zu ersten Gesprächen eingeladen. Im Gesetz ist neu verankert, dass die Zuwendungen des Landes unter anderem die vollständigen Fördermittel nach dem Regionalisierungsgesetz des Bundes umfassen. Da diese Regionalisierungsmittel ab 2015 jedoch einer Revision unterliegen, steht derzeit nicht fest, wie sich die Mittel entwickeln werden. Es ist eher von einer geringen Dynamisierung oder auch von einer Stagnation auszugehen. Die Mittel der zweiten großen Finanzierungssäule sind die Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Auch hier ist derzeit mit einer Stagnation zu rechnen. Angesichts dieser Entwicklung einerseits und der Kostenentwicklung andererseits wird in allen Aufgabenbereichen des Verbundes nach Synergien gesucht, um die Wirtschaftlichkeit des ÖPNV zu verbessern. Dies ist eine allgegenwärtige Aufgabe, der sich bei jedwedem Handeln gestellt werden muss. Sie wird prägend sein für die gegenwärtigen und zukünftigen Arbeiten im Verbund.

#### 4.2 Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014

Maßgeblich für die positive verkehrliche Entwicklung seit Verbundstart ist u.a. das finanzielle Engagement des Landes Hessen, wodurch die Ausweitung und Verbesserung des ÖPNV-Angebotes, insbesondere in den ländlichen Regionen, sowie die Neustrukturierung des SPNV möglich wurde. Für die Zukunft sind allerdings auch Wege zu finden, um diese Entwicklung weiter fortzusetzen bzw. halten zu können. Die sich ständig verschlechternde Finanzsituation in den öffentlichen Haushalten sowie die Kostensteigerung bei der Erstellung der Leistung führen zu diesen negativen finanziellen Auswirkungen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es bedeutsame Kostenkomponenten gibt, deren Entwicklung vollständig außerhalb der Einflussmöglichkeiten des RMV liegen, wie Energiepreise oder die Infrastrukturkosten im SPNV.

Die in der Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode 2009 bis 2014 vereinbarte vollständige Durchleitung der Regionalisierungsmittel an die Hessischen Verbände ist ein wesentliches Element zur Finanzierbarkeit des ÖPNV in Hessen. Dies gilt gleichermaßen für die Finanzierbarkeit des regionalen wie auch des lokalen Verkehrs.

Bereits mit dem Jahr 2000 wurde die Finanzierung zur Erreichung einer größeren Flexibilität und zum effizienteren Mitteleinsatz im Rahmen einer einheitlichen pauschalen Mittelzuweisung des Landes an die Verkehrsverbände neu strukturiert. Somit wurde auch für die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH die Förderung der ÖPNV-Maßnahmen mit Blick auf das ÖPNV-Gesetz auf eine vereinfachte und vereinheitlichte Basis gestellt. Grundlage bleiben die bewährten Finanzierungsinstrumente des Verbundes.

Folgende Grundsätze bilden die Basis der derzeit gültigen pauschalierten Landesmittelzuweisung:

- Die Auszahlung erfolgt jeweils in zwölf gleichen Raten.
- Die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH erhält den Betrag zu einer flexibilisierten Anwendung im Rahmen der Förderinstrumentarien mit einer zielorientierten Verwendung entsprechend den gesetzlichen Regelungen.

Die Eckpunkte der Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2010 bis 2014 sind:

### 1. Finanzierungsbedarf

Preissteigerungen und auftretende Effekte aus Ausschreibungen weiterer Verkehrsdienstleistungen insbesondere im SPNV stellen Risiken für den Finanzierungsbedarf da. Aus diesem Grund wurde der Mittelmehrbedarf in der Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014 berücksichtigt.

Für wichtige Investitionsvorhaben und Leistungserweiterungen liegen Gremienbeschlüsse und/oder Verträge vor. Bereits getätigte Investitionen in Streckenertüchtigungen und Fahrzeuge in der Vergangenheit bzw. geplante, zwingend erforderliche infrastrukturelle Maßnahmen erfordern die Bestellung zusätzlicher betrieblicher Leistungen, um „Investitionsruinen“ zu vermeiden. Damit verbundene generelle Steigerungen des betrieblichen Aufwandes und der Infrastrukturkosten in Gegenwart und Zukunft sind auch hier mit zu berücksichtigen.

Über den Bestand und die als zwingend notwendig erachteten Vorhaben hinaus ergeben sich aus der Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode 2009 bis 2014 heraus weitere Maßnahmen, die mit zusätzlichem Mittelbedarf für den dann aufzunehmenden Betrieb verbunden sind.

Aus diesen Anforderungen heraus ergab sich aus den Verhandlungen mit dem Land ein Ergebnis von ca. 2,5 Mrd. EUR über die Laufzeit der Finanzierungsvereinbarung.

### 2. Laufzeit

Im Hinblick auf eine Vielzahl von wichtigen vertraglichen Verpflichtungen ist eine längerfristige Planungssicherheit für die Gesamtheit der Aufgabenträger zwingend erforderlich. Als Konsequenz daraus erfolgte eine Vereinbarung über eine Laufzeit von fünf Jahren (2010 bis 2014).

### 3. Zielwerte

Das Anreizsystem zur Finanzierungsvereinbarung mit den vereinbarten Zielwerten und Kriterien wie Marktreichweite, Leistungen für den Kunden, Effizienz und Wettbewerb wurde insgesamt als erfolgreich bewertet. Wie in der Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 wird neben dem Fixum jährlich ein definierter Betrag in Höhe von 10 Mio. Euro der Landesförderung dem Zielsystem als flexibler Betrag zugeordnet. Die Ziele wurden gegenüber

der Vereinbarung 2005 bis 2009 lediglich methodisch geringfügig angepasst. Der Anteil, der dem Zielwertsystem entspricht, sind etwa 2% des vorgeschlagenen Gesamtbudgets. Intention des Landes Hessen ist es, eine zielorientierte Förderung beizubehalten. Durch die Vereinbarung der Ziel(wert)vorgaben soll das Budget für eine an den Mobilitätsbedürfnissen des Kunden ausgerichteten Verkehrsbedienung im ÖPNV mit entsprechendem Service sorgen. Die Umsetzung der mit dem Land vereinbarten Ziele liegt weitestgehend bei den Verbänden.

#### 4. Schwerpunktprojekte

Mit der RMV GmbH wurden seitens des Landes Hessen inhaltliche Schwerpunkte zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV-Gesamtsystems definiert, die in Zukunftsprojekten mit dem Land in der Finanzierungsvereinbarung fixiert wurden.

#### 4.3 Regionaler Nahverkehrsplan 2010 bis 2019

Mit Beschluss vom 7. Juli 2009 hat der Aufsichtsrat der RMV GmbH die Geschäftsführung beauftragt, den Regionalen Nahverkehrsplan (RNVP) für den Zeitraum 2010 bis 2019 fortzuschreiben. Basierend auf dieser Entscheidung wird der RNVP von den Geschäftsbereichen der RMV GmbH unter Federführung des Geschäftsbereiches Verkehrs- und Mobilitätsplanung in Zusammenarbeit mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO) und Vertretern des Landes Hessen erarbeitet.

Zentraler Bestandteil der Zusammenarbeit mit den LNOs waren auch im Jahr 2012 die Sitzungen des Lenkungskreises sowie der Arbeitskreise „Ballungsraum“, „Region“ und „Verzahnung/Integration“. In diesen Gremien wurden die jeweils aktuellen Erkenntnisse vorgestellt, diskutiert und abgestimmt. Insgesamt tagten die genannten Gremien 2012 sechs Mal.

Im Jahr 2012 wurden mit dem Hessischen ÖPNV-Gesetz und dem Personenbeförderungsgesetz zwei Gesetze geändert, die unmittelbar Einfluss auf den Regionalen Nahverkehrsplan haben. Das Gesetzgebungsverfahren wurde seitens der RMV GmbH begleitet und die neue Rechtslage in den RNVP eingearbeitet.

Im Jahr 2012 wurden - teilweise mit Unterstützung von Gutachtern - insbesondere folgende Themen bearbeitet:

- ✓ Angebotskonzept (Liniennetz und Rahmenfahrplan) für den Schienenpersonennahverkehr (Zielkonzept 2019 und Ausblick)
- ✓ Maßnahmenplan für den Schienenpersonennahverkehr (Großprojekte, weitere Projekte zur Netzentwicklung, Stationsmaßnahmen)
- ✓ Darstellung des Leistungsangebots und der Maßnahmen bezogen auf die verschiedenen Teilräume des RMV in Form von Steckbriefen
- ✓ Überprüfung des regionalen Busangebots und Einordnung der Linien in die Kategorien Verbundbus, Regionalbus und Lokalbus
- ✓ Erarbeitung eines Maßnahmenplans für die Lokalisierung geeigneter Buslinien sowie für die Optimierung des Angebots einschließlich erste Umsetzungsschritte
- ✓ Abschätzung der verkehrlichen und finanziellen Wirkung der Maßnahmen
- ✓ Zusammenstellung von Richtlinien und Empfehlungen für flexible Bedienungsweisen
- ✓ Weiterentwicklung des STEP-Programms zum Stationsrahmenplan

Außerdem wurde im Geschäftsjahr das formale Anhörungsverfahren gemäß § 14 Abs.7 Hessisches ÖPNV-Gesetz vorbereitet, um den offiziellen Start des Verfahrens Anfang 2013 zu ermöglichen. Hierzu gehörte u. a. auch eine kontinuierliche Abstimmung mit den zuständigen Genehmigungsbehörden.

## 5. Europaweite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und BPNV

### 5.1 Wettbewerbliche Vergaben im SPNV

Der Verkehrsmarkt im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) befindet sich im Berichtsjahr weiterhin in der wettbewerblichen Übergangsphase, d.h. es sind noch nicht sämtliche Verkehrsdienstleistungen (SPNV-Teilnetze) aus den Altverträgen mit der Deutschen Bahn AG (aus 2003) bzw. der Hessischen Landesbahn GmbH (aus 2003) wettbewerblich vergeben worden. Die wettbewerbliche Vergabe sämtlicher Teilnetze wird voraussichtlich bis Ende 2019 abgeschlossen sein.

Der Umfang der im Wettbewerb bereits vergebenen bzw. wiederholt vergebenen SPNV-Teilnetze ist dem jährlichen Gesamtbericht der RMV GmbH (aktuell Gesamtbericht 2011) zu entnehmen, zu dem der RMV nach Artikel 7 Absatz 2 EU-VO 1370/2007 verpflichtet ist. Darin sind nachrichtlich die außerhalb des Berichtszeitraumes des Gesamtberichtes 2011 zusätzlich durchgeführten wettbewerblichen Vergabeverfahren unter Ziffer F.1 enthalten.

Gemäß dem RMV-SPNV-Vergabekalender war in 2012 die Vergabe der Teilnetze „Main-Spessart (RE)“ bzw. „Dieselnetze Südwest“ und „Eifel-Westerwald-Sieg-Netz (EWS)“ zu beginnen, durchzuführen bzw. abzuschließen. Die Ausschreibungsgewinner für die Teilnetze sind:

- |   |                                      |
|---|--------------------------------------|
| ❖ „Dieselnetz Südwest (Los 2)“          | die Regentalbahn AG - Die Länderbahn |
| ❖ „Eifel-Westerwald-Sieg (EWS) (Los 1)“ | die DB Regio AG Region Südwest       |
| ❖ „Eifel-Westerwald-Sieg (EWS) (Los 2)“ | die Hessische Landesbahn GmbH        |
| ❖ „Main-Spessart (RE)“                  | die DB Regio AG Region Bayern        |

### 5.2 Wettbewerbliche Vergaben im BPNV

Der Verkehrsmarkt im Buspersonennahverkehr (BPNV) befindet sich in der Wettbewerbsphase, d.h. sämtliche Verkehrsdienstleistungen im regionalen Buspersonennahverkehr wurden seit Ende 2009 bereits mindestens einmal nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben.

Der Umfang der im Wettbewerb bereits vergebenen bzw. wiederholt vergebenen BPNV-Linienbündel ist dem jährlichen Gesamtbericht der RMV GmbH zu entnehmen, zu dem der RMV nach Artikel 7 Absatz 2 EU-VO 1370/2007 verpflichtet ist. Darin sind nachrichtlich die außerhalb des Berichtszeitraumes zusätzlich durchgeführten eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren wie auch den diesen folgenden wettbewerblichen Vergabeverfahren unter Ziffer F.2 und F.3 enthalten.

Gemäß dem RMV-BPNV-Vergabekalender waren im Berichtszeitraum in Abstimmung mit den zuständigen Genehmigungsbehörden die eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren für die Linienbündel

- ❖ „LDD Darmstadt-Odenwald“ und „LDD Bergstraße“
- ❖ „LMR Nordost“ und „LMR-West“
- ❖ „VBK Alsfeld-Nordost“
- ❖ „LOF-West“ und „LOF-Mitte“

durchzuführen. Dieses ist bis auf das Linienbündel „LDD Bergstraße“ erfolgt. Eigenwirtschaftliche Genehmigungsanträge wurden nicht gestellt. Der Verkehrsvertrag für das lokal/regional gemischte Linienbündel „Bergstraße“ soll in Verhandlungen mit dem Altbetreiber unter der Federführung der Darmstadt-Dieburger Nahverkehrsorganisation (DADINA) verlängert werden.

Die den eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren für die Linienbündel „LMR-Nordwest“ und „VBK-Lauterbach 2“ (durchgeführt in 2011) folgenden wettbewerblichen Vergabeverfahren wurden im Berichtsjahr durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen. Ausschreibungsgewinner für die Linienbündel

- ❖ „LMR-Nordwest“ ist die ALV Oberhessen GmbH & Co.KG als Zusammenschluss mittelständischer Verkehrsunternehmen in einer eigenständigen Gesellschaft und für
- ❖ „VBK-Lauterbach 2“ ist der Reisedienst Frieda Gass als mittelständisches Verkehrsunternehmen.

Näheres kann dem RMV-BPNV-Vergabekalender wie auch dem jährlichen Gesamtbericht nach Artikel 7 Absatz 2 EU-VO 1370/2007 jeweils unter [www.rmv.de](http://www.rmv.de) entnommen werden.

### 5.3 Teilnetzverschiebungen /Direktvergaben

Bezugnehmend auf die im Vorjahr angekündigten Teilnetzverschiebungen kann nunmehr berichtet werden, dass die entsprechenden Vertragsanpassungen - nach Auslaufen der einjährigen Frist nach Artikel 7 Absatz 2 EU-VO 1370 - im Dezember 2012 vollzogen wurden.

## 6. Marketing

### 6.1 Aufbau Kompetenzcenter Marktforschung

Im Geschäftsjahr wurde die Zusammenarbeit von RMV GmbH und rms im Bereich der Marktforschung gestärkt. Zur Realisierung von Synergieeffekten im Sinne einer Bündelung der entsprechenden Kompetenzen wurde das Kompetenzcenter Marktforschung eingerichtet. Neben einer Steigerung der Leistungsfähigkeit und der Nutzung von Effizienzvorteilen ist der Ausbau des Wissensmanagements eine zentrale Zielsetzung - von Einzeldaten zu vernetzen Informationen. Auf dieser Basis erfolgte eine noch stärker zielgerichtete Beratung der Geschäftsbereiche durch die Marktforschung.

### 6.2 Werbung und Marktauftritt

Der Abbau von Zugangsbarrieren auf Grund mangelnder oder unklarer Information sowie die Marketingkommunikation der Angebote des RMV waren Aufgabenschwerpunkte der Projekte im Bereich Werbung und Marktauftritt.

Dabei war die Marketingkommunikation zur Einführung der 65-plus-Jahreskarte von zentraler Bedeutung für die Schaffung von Aufmerksamkeit und Bekanntheit für das Ende

2012 gestartete Angebot des RMV. Ebenso wurde die Einführung des eTicket RheinMain kommunikativ begleitet durch Kundeninformation, durch Veranstaltungen sowie eine Anzeigenkampagne.

In Vorbereitung auf den Tarifwechsel wurden im Geschäftsjahr die Kundeninformationen zu Fahrkarten, Produkten, und Tarifen sowie Aushangfahrpläne und Fahrplanmedien aktualisiert.

Ziel der Vermarktungsaktivitäten des RMV war im Geschäftsjahr, den unterdurchschnittlichen Marktanteil des ÖPNV im Bereich von Fahrten zu Freizeitzwecken zu erhöhen. Hierzu wurden zahlreiche Maßnahmen umgesetzt. Neben Informationsständen auf öffentlichen Veranstaltungen, meist in Zusammenarbeit mit lokalen Partnern, wurden mehrere Broschüren zum Freizeitverkehr im RMV nachgedruckt bzw. neu erstellt, wie z.B. zur HellertalBahn (Blickfang Natur), zur DreiländerBahn (Erlebnis Dreiländereck) und zur RheingauLinie (Weinwanderbroschüre). Die bekannte Reihe RMV XtraTour wurde fortgesetzt, die Ausgabe „Weihnachtsmärkte“ war 2012 erstmals elektronisch über die RMV App verfügbar.

### 6.3 Vertriebsentwicklung im RMV

Auch im Geschäftsjahr hat die RMV GmbH in Zusammenarbeit mit den lokalen Nahverkehrsgesellschaften (LNO) sowie den Verkehrsunternehmen (VU) ihre Aktivitäten zur Effizienzsteigerung im Vertrieb fortgesetzt. Wesentliche Aspekte waren die Einführung eines Elektronischen Fahrgeldmanagements (EFM) mit den Bausteinen chipkartenbasierter Vertrieb von Zeitkarten, handybasierte Fahrtenerfassung mit nachträglicher Abrechnung auf der Grundlage des Systems der DB AG (Touch&Travel) sowie der Vertrieb von Fahrkarten für Gelegenheitskunden über mobile Endgeräte. Das RMV-HandyTicket hat sich dabei als zukunftsweisender Baustein des Vertriebs etabliert. Die Zahl angemeldeter Kunden stieg von knapp 34.000 Ende 2011 auf ca. 70.000 Ende Dezember 2012 an. Der monatliche über den Kanal HandyTicket generierte Umsatz wuchs von rund TEUR 200 im Dezember 2011 auf über TEUR 370 im Dezember 2012 an. Diese überdurchschnittlich hohen Zuwachsraten bestätigen die Gesamtstrategie der RMV GmbH für die Nutzung mobiler Endgeräte.

Ergänzend wurden die Funktionalitäten der Online-Dienste des RMV („meinRMV“ und „RMV-TicketShop“) ausgebaut, damit diese auch für die eTicket RheinMain-Kunden nutzbar sind. Dazu wurde eine Schnittstelle zwischen den Online-Diensten und dem verbundweiten Hintergrundsystem des RMV (vHGS) geschaffen. Der eTicket RheinMain-Kunde kann über die Online-Dienste elektronische Fahrkarten kaufen und Verwaltungsfunktionen zur Chipkarte nutzen. Darunter fallen vor allem die Ersatzkartenbestellung bei Verlust oder Diebstahl und die Anpassung von Daten bei einer Adress- oder Bankverbindungsänderung. Die Nutzung der VDV-Kernapplikation ermöglicht eine gemeinsame Vertriebsplattform auf der Basis standardisierter Abläufe und technischer Schnittstellen. Diese Vertriebsplattform integriert die ÖPNV-Partner im Verbund und sichert die getätigten Investitionen in Verkaufsinfrastruktur und Hintergrundsysteme. Darüber hinaus ermöglicht die Nutzung von elektronischen Kundenmedien und die Verwendung des VDV-Sicherheitsverfahren die Reduzierung von Betrug, Fälschungen und Manipulationen und trägt somit nachhaltig zur Einnahmensicherung bei. Nicht zuletzt ist auf den Aspekt einer deutschlandweiten Interoperabilität als wesentliches Nutzenkriterium für den Kunden hinzuweisen.

Im Rahmen des Projektes „Einführung EFM“ waren im Wirtschaftsplan 2012 rd. TEUR 6.300 eingestellt worden. Diese Mittel sind für die Beschaffung der zugehörigen Infrastruktur (Chipkarten und Software u. ä.) und den Betrieb des verbundweiten Hintergrundsystems verwandt worden.

Die Mittel für die Kontrollgeräte aus dem Budget C4-Projekt EFM des Jahres 2010 (ca. TEUR 5.500 ) sind durch Verträge über die Bezuschussung bzw. Beistellung mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO) in 2010, 2011 und 2012 gebunden worden. Jedoch erfolgte durch diverse Verzögerungen, beispielsweise bei der Erstellung der Mengengerüste und bei den Abstimmungsprozessen mit den lokalen Partnern in 15 Landkreisen und elf Städten kein Mittelabfluss in 2010 und nur zum Teil in 2011. Ein Großteil des tatsächlichen Einbaus der Kontrollinfrastruktur fand 2012 statt. Vor allem durch Lieferengpässe bei den Geräteherstellern konnte der Prozess jedoch auch 2012 nicht komplett abgeschlossen werden.

In enger Zusammenarbeit mit Partnern in der Region wurden darüber hinaus die ersten Anwendungen der Chipkarte als Mobilitätskarte realisiert. Die Inhaber des eTickets können mit der Chipkarte seit Mitte 2012 die Angebote des CarSharing-Anbieters stadtmobil Rhein-Main und von eMobil Offenbach zu vergünstigten Konditionen nutzen.

Zur Verbesserung der Kundenbindung und Förderung der Online-Vertriebswege wurde das Bonusprogramm RMVsmiles realisiert. Alle RMV-Kunden, die sich auf rmv.de registrieren lassen, erhalten mit jeder im RMV-TicketShop oder als RMV-Handy-Ticket erworbenen Fahrkarte Bonuspunkte (Smiles). Diese können gegen Rabatt-Gutscheine von Anbietern aus dem gesamten Verbundgebiet eingetauscht werden.

#### Sicherheit

Personaleinsatz ist eine wichtige Säule zur Verbesserung des Sicherheitsempfindens der Fahrgäste. In den Abendstunden wird jeder der 100 S-Bahn-Züge ab 21:00 Uhr von Sicherheitskräften begleitet. Darüber hinaus hat der RMV in 2012 zusätzliches Sicherheitspersonal im S-Bahnsystem Rhein-Main eingesetzt.

#### House of Logistics & Mobility (HOLM)

Die RMV GmbH ist Mitglied der Gründungsinitiative HOLM e. V. Der Verein (kurz: HOLM e. V.) wurde 2009 gegründet, mit dem Ziel das House of Logistics & Mobility (HOLM) vorzubereiten. Zweck des HOLM ist die weitere Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft zur Stärkung des Logistik- und Mobilitätsstandortes Hessen. Durch eine Vernetzung der Akteure auf einer neutralen Plattform werden ein branchen- und disziplinenübergreifender Austausch, eine interdisziplinäre Projektarbeit, anwendungsorientierte Forschung sowie Aus- und Weiterbildung im Bereich Mobilität und Logistik ermöglicht.

Die Leistungen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sind dabei integraler Bestandteil eines Gesamtmobilitätsangebotes. Dieses soll mehr noch als bisher den Bedürfnissen des inter- bzw. multimodalen Kunden entsprechen. In einer Kooperation mit dem HOLM verfügen die Akteure am Mobilitätsmarkt über eine neutrale in Wissenschaft und Wirtschaft vernetzte Institution, die eine allgemeine Akzeptanz für eine Moderations- und Koordinationsrolle besitzt. In der Kooperation mit HOLM sieht die RMV GmbH die Basis einer strategischen Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft, der Wissenschaft und

den Gebietskörperschaften Land Hessen, Landkreisen und Städten zur Stärkung des ÖPNV in einem Integrierten Verkehrsmarkt.

## 7. Voraussichtliche Entwicklung (Wirtschaftsplan)

Die Wirtschaftspläne der RMV GmbH für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 haben folgende wesentlichen Eckdaten:

### Finanzplan

Mittelherkunft	2013 TEUR	2012 TEUR	Veränderung in %
Komplementärmittel	3.041	3.027	0,46
Landeszuwendung	21.164	20.218	4,68
<b>Mittelverwendung</b>			
Regie	12.098	11.343	6,66
Kernaufgaben + Strategische Projekte	9.423	9.189	2,55
Investitionen	1.540	1.590	-3,14
USt	1.145	1.123	1,96

nachrichtliche Maßnahmen *	2013 TEUR	2012 TEUR	Veränderung in %
C / D / SV-Projekte	15.790	17.119	7,76

\* werden außerhalb des RMV Wirtschaftsplanes finanziert

Der Budgetansatz verhält sich - gemessen an den Aufgaben - als gerade noch ausreichend. Die Wirtschaftspläne schließen systembedingt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Gegenwärtig sind für die RMV GmbH keine Risiken für den Fortbestand erkennbar.

## 8. Sonstige Angaben

Die Aufsichtsgremien der RMV GmbH - Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung - tagten turnusmäßig. Die entsprechenden Beschlussfassungen zum Leistungsangebot, zum Jahresabschluss und zur zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel mit der Einnahmenaufteilung/Abrechnung (EAV/ABR) sowie zum Tarif erfolgten mit den erforderlichen Mehrheiten.

## Wasserverband Nidda

Leonhardstr. 7, 61169 Friedberg/H.

Tel.: 06031 / 83-7100 - Fax: 06031 / 83-7104

E-Mail: [info@wasserverband-nidda.de](mailto:info@wasserverband-nidda.de)

Internet: [www.wasserverband-nidda.de](http://www.wasserverband-nidda.de)



### Unternehmenszweck

Verbandszweck:

Aufgabe ist es, entsprechend den Vorgaben des Hessischen Wassergesetzes in seiner jeweils gültigen Fassung folgende Gewässer auszubauen und einschließlich ihrer Uferstrandstreifen, soweit sie im Eigentum des Verbandes oder einer Gemeinde stehen, zu unterhalten, insbesondere unter Beachtung des Hochwasserschutzes den naturnahen Gewässerzustand zu erhalten oder wieder herzustellen (Renaturierung).

- Die Nidda (ca. 75 km) von der oberen Bebauungsgrenze Schotten - Rudingshain bis zum Eschersheimer Wehr im Stadtgebiet Frankfurt/Main. In der Ortslage Rudingshain ist der Graswiesenbach / Streitbach (ca. 1 km) ebenfalls in der Unterhaltung des Wasserverbandes.
- Den Flutgraben (ca. 4 km) in Nidda. Die Ulfa (ca. 5 km) von der Eselsbrücke bei Ulfa bis zur Mündung in Unter Schmitten in die Nidda
- Die Wetter (ca. 54 km) von der Gemarkungsgrenze Lich - Ober-Bessingen /Laubach - Münster bis zur Mündung in die Nidda in Niddatal - Assenheim
- Den Eichelbach ab 01.01.2012 (ca. 18 km) von der unteren Bebauungsgrenze Schotten (OT Breungeshain) bis zur Mündung in Eichelsdorf in die Nidda.

Weitere Hauptaufgaben sind das Erstellen, Betreiben und Unterhalten von Talsperren und Hochwasserrückhalteanlagen. Ebenso sind wir für die Errichtung und Unterhaltung von Bauwerken in und an den Gewässern zuständig. Die schließt vorhandene Bauwerke ein, sofern es nicht Aufgabe von Triebwerksbesitzern oder von sonstigen Verpflichteten ist. Als Talsperre betreiben wir die Niddatalsperre in Schotten-Rainrod. Unsere Hochwasserrückhaltebecken stehen in Lich, Nidda-Ulfa und Nidda-Eichelsdorf. In unserer Talsperre und den Hochwasserrückhaltebecken stellen wir einen Speicherraum für über 11 Mio. cbm Wasser zum Schutz von Hab und Gut der Bevölkerung des Verbandsgebietes bereit.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung

### Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

*Beteiligung seit:* 1966

*Anteile in %:* 5,55 %

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung

## Organe des Unternehmens

### Verbandsvorstand:

Oswin Veith - Vorsitzender (bis 06/2012) Joachim Arnold - Vorsitzender (ab 07/2012) (Bardo Bayer)	Herbert Unger (Manfred Wetz)	Dr. Bernhard Hertel (Kurt Meisinger)
Siegfried Fricke - stellv. Vors. (Andrea Kaup)	Peter Ziebarth (Michael Keller)	Cäcilia Reichert-Dietzel (Helmut Krailing)
Werner Kristeller (Dr. Holger Krier)	Guido Rahn (Adolf Koch)	Bernd Klein (Barbara Kröger)
Armin Häuser (bis 06/2012) Andreas Friedrich (ab 07/2012) (Michael Merle)	Hans-Peter Seum (Reimund Becker)	S. Schaab-Madeisky (Heide Förschner)
Dr. Thomas Stöhr (Jörg Frank)	<b>Ulrich Madeisky</b> <b>(Uwe Mayer)</b>	

### Verbandsversammlung:

Elke Högy (Manfred Paul)	Manfred Schütz (Karl Heinrich Schmidt)	Dieter Eisenberg (Oliver Seuss)
<b>Kurt Stiehler</b> <b>(Otto Heinrich Winter)</b>	Hans-Peter Lang (Ralf Eichelmann)	Christian Dietzel (Roswitha Petzold)
Hubertus Ellerhusen (Rudolf Henrich)	Reinhard Henrich Huth (Herbert Wellenberg)	Theo Pauly (Pia Rolly)
Ernst Appel (Michael Rockstroh)	Otmar Stein (Jürgen Hintz)	Alfons Götz (Heinz Arnold)
Manfred Gründer (Jürgen Patscha)	Hans Jürgen Zeiß (Manfred Müller)	Reiner Dern (Josefine Lischka)
Albrecht Kliem (Christian Brück)	Hans Gotthard Lorch (Thomas Repp)	Barbara Steffani-Velden (Michael Mohles)

*Geschäftsführer:* Stefan Gottbehüt

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

*Rechtsform:* Körperschaft des öffentlichen Rechts  
*Gründungsdatum:* 24.05.1961  
*Verbandssatzung :* 29.11.1999, zuletzt geändert durch Beschluss der  
 Verbandsversammlung vom 18.01.2011 mit Wirkung zum  
 01.01.2012  
*Beteiligungen:* keine

*Mitglieder und Anteile: (je 5,55 %)*

Landkreis Gießen	Gemeinde Florstadt	Stadt Nidda
<b>Vogelsbergkreis</b>	Stadt Frankfurt am Main	Stadt Niddatal
Wetteraukreis	Stadt Friedberg (Hessen)	Gemeinde Ranstadt
Stadt Bad Nauheim	Stadt Karben	Gemeinde Rockenberg
Stadt Bad Vilbel	Stadt Lich	Stadt Schotten
Stadt Butzbach	Stadt Münzenberg	Gemeinde Wöllstadt

*Hauswirtschaftliche Eckdaten:*

Die Eröffnungsbilanz 2009 sowie die Abschlüsse 2010, 2011 und 2012 lagen zum Abschluss des Beteiligungsberichtes noch nicht vor.

**Ausgewählte Kennzahlen**

*Anzahl der Mitarbeiter:*

Beim Wasserverband NIDDA sind insgesamt sechs Personen hauptamtlich angestellt. Es wird mit dem Nachbarverband NIDDER-SEEMENBACH eine Geschäftsstelle betrieben und Personal und Sachmittel gemeinsam und wirtschaftlich eingesetzt. Im Büro der Geschäftsstelle in der Leonhardstraße 7 in Friedberg sind der Geschäftsführer und zwei Verbandsingenieure tätig. Drei Arbeiter führen ihren Dienst an der Niddatalsperre in Schotten-Rainrod aus.

Gegen Entschädigung werden der Verbandsvorsteher, die beiden Verbandskassenverwalterinnen und ein Stauwärter beschäftigt.

**Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises**

*Grundzüge des Geschäftsverlaufs:*

*Ertragslage des Unternehmens:* ausgeglichener Haushalt

*Kreditaufnahmen:* keine

*Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:* keine

*Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:* keine

**Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

*Begründung:*

Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz

## Wasserverband Schwalm

Parkstr. 6, 34576 Homberg (Efze)

Tel.: 05681 / 775-206 - Fax: 05681 / 775-207

E-Mail: info@wasserverband-schwalm.de

Internet: www.wasserverband-schwalm.de



### Unternehmenszweck

Verbandszweck:

Der Verband hat zur Aufgabe, im Gebiet seiner Mitgliedsgemeinden (Verbandsgebiet)

1. im Sinne des regionalen und überregionalen Hochwasserschutzes den Abfluss der Verbandsgewässer zu regeln und dazu die notwendigen Anlagen zu bauen, zu unterhalten und zu betreiben.  
Hierzu zählen drei Hochwasserrückhaltebecken (Treysa-Ziegenhain, Heidelberg und Antrifftalsperre) mit einem Stauvolumen von insgesamt 16,8 Mio. Kubikmeter sowie 10 Pegelstationen, 5 Niederschlagsstationen und zahlreichen Nebenanlagen (Stauklappen und Pumpwerke).
2. Gewässerunterhaltung der Verbandsgewässer mit einer Länge von insgesamt 221 km: Schwalm, Antreff (Antrift), Grenff, Steina, Grenzebach, Wiera, Eifa, Berfa, Efze, Gilsa, Urff, Klingelbach (Homberg-Mardorf), Katterbach, Leimbach, Olmes, Ransbach, Baumbach, Ittersbach, Schlierbach, Ascheröderbach ab einem Niederschlagsgebiet von 5 km<sup>2</sup>.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung

### Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

*Beteiligung seit:* 1962 (Gründungsjahr)

*Anteil:* 2,0499 %

### § 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung

## Organe des Unternehmens

### Verbandsversammlung:

- Winfried Becker - Vorsitzender  
 Günter Jung - stellv. Vorsitzender  
 Mitglieder - die von den jeweiligen Mitgliedern gewählten Vertreter sind  
 entsprechend dem Beitrag stimmberechtigt

### Verbandsvorstand:

- |                                    |   |
|------------------------------------|---|
| Winfried Becker - Vorsitzender     | Klemens Olbrich - Stellvertreter                      |
| Günter Jung - stellv. Vorsitzender | <b>Rudolf Marx</b> - Stellvertreter (bis 09.06.2012)  |
| Johannes Averdung - Mitglied       | <b>Manfred Görig</b> - Stellvertreter (ab 10.06.2012) |
| Ralf Becker- Mitglied              | Michael Köhler - Stellvertreter                       |
| Günter Schlemmer - Mitglied        | Andreas Schultheis - Stellvertreter                   |
| Bernd Heßler - Mitglied            | Volker Steinmetz - Stellvertreter                     |
| Dr. Gerhard Näser - Mitglied       | Kai Knöpper - Stellvertreter                          |
| Heinrich Vesper - Mitglied         | Jürgen Kaufmann - Stellvertreter                      |

*Betriebsleitung:* Dipl.-Ing. Peter Kugler

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

*Rechtsform:* Körperschaft des öffentlichen Rechts  
*Gründungsdatum:* 1962  
*Verbandssatzung:* 15.03.1996, zuletzt geändert 18.01.2010

### Mitglieder und Anteile:

Kreis/Stadt/Gemeinde	%	Kreis/Stadt/Gemeinde	%
Gemeinde Antrifftal	1,8466	Stadt Borken (Hessen)	10,8447
Gemeinde Bad Zwesten	5,5299	Stadt Felsberg	2,7377
Gemeinde Jesberg	2,0798	Stadt Homberg (Efze)	6,2752
Gemeinde Knüllwald	2,3751	Stadt Kirtorf	0,6821
Gemeinde Neuental	6,7255	Stadt Neukirchen	3,0788
Gemeinde Schrecksbach	3,8577	Stadt Schwalmstadt	14,6568
Gemeinde Wabern	9,0203	Stadt Schwarzenborn	0,2517
Gemeinde Willingshausen	5,9335	Schwalm-Eder-Kreis	13,3045
Stadt Alsfeld	8,7502	<b>Vogelsbergkreis</b>	<b>2,0499</b>

---

<i>Beiträge</i>	<u>2012 / €</u>	<u>2011 / €</u>
der Landkreise von insgesamt	109.463,00	0,00
der Verbandsgemeinden von insgesamt	260.000,00	0,00

Die im Beitragsbuch festgesetzten Beiträge wurden vollständig und in der richtigen Höhe erhoben.

*Hauswirtschaftliche Eckdaten:*

Zum Abschluss des Beteiligungsberichtes lagen die geprüften Jahresabschlüsse der Haushaltsjahre 2010 bis 2012 noch nicht vor.



Position	Bezeichnung	Ergebnis 2009	Ergebnis 2008
5	6	7	8
<b>Passiva</b>			
<b>1</b>	<b>Eigenkapital</b>	<b>2.082.509,54</b>	<b>2.491.558,49</b>
1.1	Netto-Position	802.990,92	1.197.578,45
1.2	Rücklagen und Sonderrücklagen	1.279.518,62	1.207.909,72
1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	1.279.518,62	1.207.909,72
1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0,00	0,00
1.2.3	Zw eckgebundene Rücklagen	0,00	0,00
1.2.4	Sonderrücklagen	0,00	0,00
1.2.4.1	Stiftungskapital	0,00	0,00
1.2.4.2	Sonstige Sonderrücklagen	0,00	0,00
1.3	Ergebnisverwendung	0,00	86.070,32
1.3.1	Ergebnisvortrag	0,00	0,00
1.3.1.1	Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00	0,00
1.3.1.2	außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00	0,00
1.3.2	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0,00	86.070,32
1.3.2.1	Ordentlicher Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	86.070,32
1.3.2.2	Außerordentlicher Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
<b>2</b>	<b>Sonderposten</b>	<b>7.158.583,20</b>	<b>7.303.476,97</b>
2.1	Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	7.158.583,20	7.303.476,97
		0,00	0,00
2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	7.158.583,20	7.303.476,97
2.1.2	Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich	0,00	0,00
2.1.3	Investitionsbeiträge	0,00	0,00
2.2	Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
<b>3</b>	<b>Rückstellungen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00
3.2	Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	0,00	0,00
3.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	0,00	0,00
3.4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00
3.5	Sonstige Rückstellungen	0,00	0,00
<b>4</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>161.164,89</b>	<b>177.902,77</b>
4.1	Anleihen	0,00	0,00
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme	144.357,74	168.255,10
4.2.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	144.357,74	168.255,10
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	25.083,35	23.897,36
4.2.2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	0,00	0,00
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	0,00	0,00
4.2.3	Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	0,00	0,00
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	0,00	0,00
4.3	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
4.4	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	9.418,84	0,00
4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.405,75	6.159,75
4.6	Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	0,00	0,00
4.7	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	0,00	0,00
4.8	Sonstige Verbindlichkeiten	3.982,56	3.487,92
<b>5</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00</b>	<b>127,82</b>
	<b>Summe Passiva</b>	<b>9.402.257,63</b>	<b>9.973.066,05</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung

 Gesamtergebnisrechnung  
 -Euro-

Position	Konten	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2008	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2009	Ergebnis des Haushaltsjahres 2009	Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5./ .Sp. 6)
1	2	3	4	5	6	7
1	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-10.278,88	-7.800,00	-11.533,36	3.733,36
2	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte				
3	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-106.698,77	-106.500,00	-105.243,00	-1.257,00
4	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen				
5	55	Steuern steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen				
6	547	Erträge aus Transferleistungen				
7	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-511.790,00	-354.550,00	-312.354,56	-42.195,44
8	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, Zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-525.454,00	-525.500,00	-581.676,74	56.176,74
9	53	Sonstige ordentliche Erträge	-3.408,15		-1.143,07	1.143,07
<b>10</b>		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Positionen 1 - 9)</b>	<b>-1.157.629,80</b>	<b>-994.350,00</b>	<b>-1.011.950,73</b>	<b>17.600,73</b>
11	62,63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	264.262,47	271.100,00	248.039,56	23.060,44
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	17.534,45	12.700,00	18.014,42	-5.314,42
13	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	181.094,86	198.850,00	118.805,27	80.044,73
14	66	Abschreibungen	627.716,40	613.800,00	624.787,80	-10.987,80
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	23.167,23	47.000,00	23.918,48	23.081,52
16	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen				
17	72	Transferaufwendungen				
18	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.615,95	2.800,00	2.597,16	202,84
<b>19</b>		<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen (Positionen 11 - 18)</b>	<b>1.116.391,36</b>	<b>1.146.250,00</b>	<b>1.036.162,69</b>	<b>110.087,31</b>
<b>20</b>		<b>Verwaltungsergebnis (Positionen 10 .J. Position 19)</b>	<b>-41.238,44</b>	<b>151.900,00</b>	<b>24.211,96</b>	<b>127.688,04</b>
21	56,57	Finanzerträge	-53.392,50	-25.050,00	-17.059,70	-7.990,30
22	77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.560,62	7.450,00	7.309,16	140,84
<b>23</b>		<b>Finanzergebnis (Position 21 - Position 22)</b>	<b>-44.831,88</b>	<b>-17.600,00</b>	<b>-9.750,54</b>	<b>-7.849,46</b>
<b>24</b>		<b>Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 + Pos. 23)</b>	<b>-86.070,32</b>	<b>134.300,00</b>	<b>14.461,42</b>	<b>119.838,58</b>
25	59	Außerordentliche Erträge				
26	79	Außerordentliche Aufwendungen				
<b>27</b>		<b>Außerordentliches Ergebnis (Position 25 .J. Position 26)</b>				
<b>28</b>		<b>Jahresergebnis (Position 24 und Position 27)</b>	<b>-86.070,32</b>	<b>134.300,00</b>	<b>14.461,42</b>	<b>119.838,58</b>

## **Ausgewählte Kennzahlen**

*Anzahl der Mitarbeiter:* 5 (Jahresdurchschnitt)

## **Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises**

*Grundzüge des Geschäftsverlaufs:*

*Ertragslage des Unternehmens:* Jahresfehlbetrag (2009) 14.461,42 €

*Kreditaufnahmen:* Der Höchstbetrag der Kassenkredite gem. § 4 der Haushaltssatzung in Höhe von 100.000 € wurde nicht in Anspruch genommen.

*Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:*

*Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:*

## **Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

*Begründung:*

Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz

## Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV)

Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg  
Tel.: 06031 / 82-0 - Fax: 06031 / 82-1306  
E-Mail: info@zov.de  
Internet: www.zov.de



### Unternehmenszweck

Versorgung der Bevölkerung des Verbandsgebietes und benachbarter Gebiete mit Energie und Wasser und Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs; Förderung gemeinnütziger Bestrebungen des oberhessischen Raums.

### Die Geschäftsfelder des ZOV

Der ZOV hat sich zum Ziel gesetzt, Aufgaben der Wasserversorgung sowie der Abwasserbeseitigung aus kommunaler Hand zu übernehmen. Hierzu wurde ein gleichermaßen anspruchsvolles wie verantwortungsvolles Contracting-Modell entwickelt.

Sehr umfangreich sind die Bemühungen des ZOV auch auf dem Gebiet des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Durch eine Bündelung von Interessen und Maßnahmen ist es gelungen, den Bus- und Schienenverkehr in der Region weitgehend zu optimieren; zum Nutzen der Bürger und Kunden, die auch in Zukunft vom Angebot eines umfangreichen und bezahlbaren Nahverkehrsangebotes profitieren sollen. Die administrative Betreuung auf dem Sektor der öffentlichen Nahverkehrsplanung wird im Verbandsgebiet durch den ZOV gewährleistet. Es werden verkehrspolitische Grundsatzentscheidungen vorbereitet und wichtige Weichenstellungen für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorgenommen. Die praktische Durchführung des öffentlichen Nahverkehrs wird durch die Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO) organisiert.

Nach wie vor steht die Umsetzung des regionalen Nahverkehrskonzeptes dabei in der Trägerschaft der OVVG (Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH).

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Ver- und Entsorgung

### Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

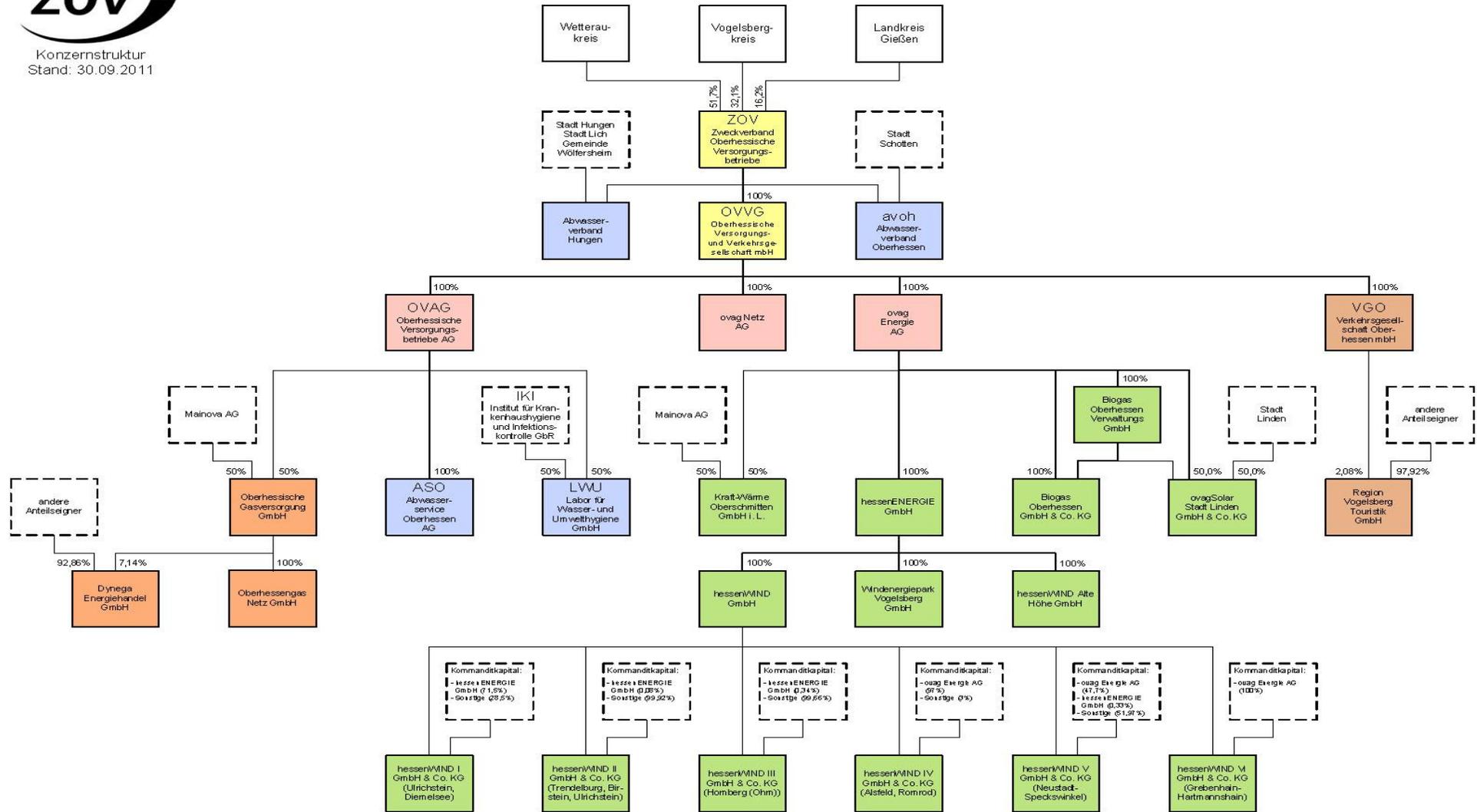
*Beteiligung seit:* 1972

*Anteile in %:* 32,1 %

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:* Ver- und Entsorgung



Konzernstruktur  
Stand: 30.09.2011



## Verbandsgebiet und Mitglieder

Im ZOV, ein er öffentlich-rechtlichen Körperschaft mit Sitz in Friedberg (Hessen), haben sich die nachfolgend genannten Mitglieder zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zusammengeschlossen:

### Landkreis Gießen



### Vogelsbergkreis



### Wetteraukreis



Die Vermögens- und Stimmanteile verteilen sich wie folgt:

Landkreis	Vermögensanteile	Stimmenverteilung
Landkreis Gießen	16,2 %	8 Stimmen
Vogelsbergkreis	32,1 %	16 Stimmen
Wetteraukreis	51,7 %	20 Stimmen
<b>Gesamt</b>	<b>100,0 %</b>	<b>44 Stimmen</b>

### *Verbandsvorstand:*

Joachim Arnold

**Eva Goldbach**

**Hans-Jürgen Herbst**

Ottmar Lich

Silvia Lübbers

**Rudolf Marx** (bis 01.06.2012)

**Manfred Görig** (ab 01.06.2012)

Walter Pöllmann

**Hans-Jürgen Schäfer**

**Dr. Christiane Schmahl**

Anita Schneider

Karl-Heinz Schneider - **Verbandsvors.**

Claus Spandau - **stellv. Vorsitzender**

Sitzungsgelder

29.590,00 €

Fahrtkostenerstattung

6.736,67 €

*Verbandsversammlung:*

Landkreis Gießen	Vogelsbergkreis	Wetteraukreis
Heike Habermann	<b>Swen Bastian</b>	Rosa Maria Bey - Vorsitzende
Elke Högy	<b>Lothar Bott</b>	Lisa Gnadl
Matthias Körner	<b>Manfred Dickert</b>	Gerd Gries
Dr. Ulrich Lenz	<b>Johannes-Georg Gückel</b>	Christine Jäger
Karl-Heinz Schäfer	<b>Dr. Hans Heuser</b>	Alexander Kartmann
Günther Semmler	<b>Elisabeth Hillebrand</b>	Michael Keller
Dr. Sven Simon	<b>Gerhard Immel</b>	Adolf Ludwig
Alexander Wright	<b>Margret Jöckel</b>	Stefan Lux
	<b>Friedel Kopp</b>	Rainer Michel
	<b>Ulrich Künz</b>	Brigitta Nell-Düvel
	<b>Rudolf Marek</b>	Wolfgang Patzak
	<b>Uwe Meyer</b>	Kristina Paulenz
	<b>Dr. Udo Ornik - stellv. Vorsitzender</b>	Guido Rahn
	<b>Dietmar Schnell</b>	Beate Roth
	<b>Matthias Weitzel</b>	Karl-Peter Schäfer
	<b>Kurt Wiegel</b>	Oliver von Massow
		Gerhard Weber
		Christian Weiße
		Almut Wilser
		Bernd Witzel

Für Vergütungen an Mitglieder der Verbandsversammlung wurden gezahlt	77.230,00 €
Für Verdienstausfallentschädigungen sind entstanden	2.655,00 €
Fahrtkostenerstattungen wurden insgesamt geleistet in Höhe von	18.163,85 €
Den Fraktionen im ZOV wurden insgesamt Haushaltsmittel gewährt von	4.707,87 €

*Ausschüsse der Verbandsversammlung:*

Die Verbandsversammlung hat zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur fachlichen Unterstützung ihrer Parlamentsarbeit folgende Ausschüsse gebildet:

<b>Hauptausschuss</b>	<b>Verkehrsausschuss</b>	<b>Umweltausschuss</b>
Kristina Paulenz - Vorsitzende	Karl-Peter Schäfer - Vorsitzender	<b>Dr. Udo Ornik - Vorsitzender</b>
<b>Lothar Bott - stellv. Vorsitzender</b>	<b>Sven Bastian - stellv. Vorsitzender</b>	Dr. Sven Simon - stellv. Vorsitzender
<b>Manfred Dickert</b>	<b>Manfred Dickert</b>	<b>Manfred Dickert</b>
Gerd Gries	<b>Dr. Hans Heuser</b>	<b>Elisabeth Hillebrand</b>
<b>Hans Georg Gückel</b>	<b>Gerhard Immel</b>	Elke Högy
Alexander Kartmann	Christine Jäger	<b>Margret Jöckel</b>
Dr. Ulrich Lenz	Michael Keller	Adolf Ludwig
Stefan Lux	Matthias Körner	Oliver von Massow
<b>Uwe Meyer</b>	Rainer Michel	Rainer Michel
Brigitta Nell-Düvel	Guido Rahn	Bernd Witzel
Karl-Heinz Schäfer	Günther Semmler	<b>Kurt Wiegel</b>
<b>Matthias Weitzel</b>	Alexander Wright	Almut Wilser

*Geschäftsführung:* Rainer Schwarz, Dipl.-Finanzwirt  
Rolf Gnadl, Dipl.-Verwaltungswirt

Die beiden Geschäftsführer des ZOV üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

**Rechtliche und wirtschaftliche Daten**

*Rechtsform:* Zweckverband  
*Gründungsdatum:* 1972  
*Satzung:* 16.12.1994 (letzte Änderung vom 31.08.2012)  
*Stammkapital:* 133.911.686,55 €  
*Beteiligungen:* Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG), Friedberg/Hessen 100 %

## Bilanz des Unternehmens



Anlage 1

## Bilanz zum 31. Dezember 2012

	Anhang	31.12.2012	31.12.2011
		EUR	EUR
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	1		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltliche erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		588.784,00	621.048,00
II. Sachanlagen			
1. Technische Anlagen und Maschinen		31.428.108,00	32.005.697,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		9.030,00	11.660,00
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		6.032.808,16	3.912.300,55
		<b>37.469.946,16</b>	<b>35.929.657,55</b>
III. Finanzanlagen			
Anteile an verbundenen Unternehmen	2	133.418.531,87	133.418.531,87
		<b>171.477.262,03</b>	<b>169.969.237,42</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		767.986,96	795.898,35
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		979.865,59	0,00
3. Forderungen gegen Verbandsmitglieder		1.143.753,68	246.000,00
4. Sonstige Vermögensgegenstände		3.058.135,09	4.389.568,35
		<b>5.949.741,32</b>	<b>5.431.466,70</b>
II. Guthaben bei Kreditinstituten		1.762.040,12	450.589,62
		<b>7.711.781,44</b>	<b>5.882.056,32</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		15.559,83	17.594,67
		<b>179.204.603,30</b>	<b>175.868.888,41</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	4		
I. Stammkapital		133.911.686,55	133.911.686,55
II. Zweckgebundene Rücklagen		1.663.385,16	1.940.096,49
III. Bilanzgewinn			
Gewinnvortrag (Vj. Verlustvortrag)		1.372.463,70	-809.117,58
Entnahme aus zweckgebundenen Rücklagen		459.106,33	524.943,22
Einstellung in zweckgebundene Rücklagen		-182.395,00	-212.491,96
Vorabausschüttung		-530.599,73	-2.292.978,29
Jahresüberschuss		915.987,42	4.162.108,31
		<b>2.034.562,72</b>	<b>1.372.463,70</b>
		<b>137.609.634,43</b>	<b>137.224.246,74</b>
<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse</b>	5	5.751.833,00	5.934.228,00
<b>C. Empfangene Ertragszuschüsse</b>	6	4.841.052,00	4.809.244,00
<b>D. Rückstellungen</b>	7		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		35.668,97	37.743,40
2. Sonstige Rückstellungen		3.726.990,12	4.805.342,42
		<b>3.762.659,09</b>	<b>4.843.085,82</b>
<b>E. Verbindlichkeiten</b>	8		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		17.944.341,82	9.900.396,56
2. Erhaltene Anzahlungen		14.145,82	280,36
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1.198.579,04	486.895,29
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		206.583,52	238.172,08
5. Sonstige Verbindlichkeiten		7.875.774,58	12.432.339,56
		<b>27.239.424,78</b>	<b>23.058.083,85</b>
		<b>179.204.603,30</b>	<b>175.868.888,41</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung



Anlage 2

**Gewinn- und Verlustrechnung**  
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	Anhang	Berichtsjahr		Vorjahr
		EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	9		19.529.476,98	17.542.983,15
2. Sonstige betriebliche Erträge	10		602.996,72	693.250,42
			20.132.473,70	18.236.233,57
3. Materialaufwand	11			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		84.502,41		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		19.263.229,35	19.347.731,76	18.420.683,40
4. Personalaufwand	12			
a) Entgelte		269.116,46		
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		62.038,00	331.154,46	315.251,78
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	13		921.108,57	920.283,77
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	14		483.443,99	363.606,19
			-950.965,08	-1.783.591,57
7. Erträge aus Beteiligungen	15		2.811.816,15	6.889.526,60
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16		26.096,63	16.276,69
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17		970.788,28	960.029,41
<b>10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>			916.159,42	4.162.182,31
11. Sonstige Steuern			172,00	74,00
<b>12. Jahresüberschuss</b>			915.987,42	4.162.108,31
13. Gewinnvortrag (Vj. Verlustvortrag)			1.372.463,70	-809.117,58
14. Entnahme aus zweckgebundenen Rücklagen			459.106,33	524.943,22
15. Einstellung in zweckgebundene Rücklagen			-182.395,00	-212.491,96
16. Vorabauschüttung	18		-530.599,73	-2.292.978,29
17. Bilanzgewinn			2.034.562,72	1.372.463,70

## Ausgewählte Kennzahlen

*Anzahl der Mitarbeiter:* 4 (durchschnittlich) + 2 Teilzeitkräfte

## Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresüberschuss 915.987,42 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	Dividende: 20.777,77 € *)

\*) Im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 der ovag Netz AG blieben Rückstellungen in Höhe von TEUR 3.743 unberücksichtigt. Hieraus resultiert eine Rückzahlungsverpflichtung/Ausgleichszahlung des Vogelsbergkreises an den ZOV in Höhe von 598.781,39 € zum 31.12.2013 für den geänderten Jahresabschluss ZOV zum 31.12.2011.

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

*Begründung:*

Ver- und Entsorgung

## Auszug aus dem Lagebericht

*Lage der Gesellschaft:*

Seit dem 1. Januar 2004 sind auf die Wirtschaftsführung des Zweckverbandes Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) die Vorschriften über Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden. Damit ist der ZOV nach § 26 EigBGes verpflichtet, einen Lagebericht aufzustellen.

## Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

In einem schwierigen Umfeld hat sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2012 als äußerst robust erwiesen und legte preisbereinigt um 0,7 % (kalenderbereinigt sogar 0,9 %, da auf Grund der Lage der Weihnachtsfeiertage drei Arbeitstage weniger) zu, wobei sich die Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte jedoch deutlich abkühlte. Während in den Dienstleistungsbereichen die preisbereinigte Bruttowertschöpfung gegenüber 2011 zum Teil kräftig zulegen, rutschten das produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe um 0,8 % sowie das Baugewerbe um 1,7 % ins Minus. In Summe stieg die preisbereinigte Bruttowertschöp-

fung aller Wirtschaftsbereiche um 0,7 %.

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts steht einer Steigerung des inländischen Konsums (+ 0,8 % bei den privaten und + 1,0 % bei den staatlichen Konsumausgaben) ein Rückgang der Investitionen gegenüber, welche erstmals seit der Wirtschaftskrise 2009 keinen positiven Beitrag zum BIP-Wachstum liefern konnten. So gingen beispielsweise die Bau-um 1,1 % und die Ausrüstungsinvestitionen um 4,4 % zurück.

Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte 2012 mit 41,6 Mio. ein neues Rekordniveau. Dies waren 422.000 oder 1,0 % mehr als im Vorjahr. Die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes BIP je Erwerbstätigen, ging 2012 jedoch um 0,3 % zurück. Die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde nahm dagegen um 0,4 % zu, weil das Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen weniger stark gestiegen ist als das BIP.

Die Staatshaushalte waren im Jahr 2012 weiter auf Konsolidierungskurs. Der Staatssektor (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen) beendete das Berichtsjahr nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsüberschuss in Höhe von 2,2 Milliarden Euro. Der Bund konnte somit sein Defizit im Vergleich zum Vorjahr noch einmal deutlich reduzieren und für 2012 erstmals seit 2007 wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen.

In den drei IHK-Landkreisen Vogelsberg, Gießen und Wetterau haben sich die Arbeitslosenzahlen im Vergleich zu 2011 kaum geändert. Die Arbeitslosenquote betrug Ende 2012 im Landkreis Gießen 6,7 %, im Wetteraukreis 4,9 % sowie im Vogelsbergkreis 4,6 %.

In einer Unternehmensumfrage zu den möglichen Risiken der konjunkturellen Entwicklung wurden die hohen Energie- und Rohstoffpreise als größtes Risiko genannt. 54,6 % der Unternehmen identifizierten dieses Risiko als größte Unsicherheit für die Zukunft.

## **Unternehmensentwicklung**

Nachfolgend ist die Entwicklung der Sparten im ZOV kurz dargestellt:

### **Verwaltung:**

Die Verwaltung des ZOV umfasst die Koordination der Verbandsorgane, die allgemeine Verwaltung sowie die Vermögensverwaltung. Bestimmende Größe für das Jahresergebnis des Verbandes war auch im Jahr 2012 die in der Sparte Vermögensverwaltung vereinnahmte Ausschüttung der Oberhessischen Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OWG) von rund 2,8 Mio. €.

### **Verkehr:**

Der Bereich Verkehr führt die ihm durch die EU-Verordnung 1370/07 und das Hessische ÖPNV-Gesetz zugeordneten Aufgaben durch. ZOV-Verkehr ist demnach zuständige Behörde für die Begründung von gemeinwirtschaftlichen Pflichten für den lokalen Linienverkehr im Verbandsgebiet sowie die Gewährung von ausschließlichen Rechten und/oder finanziellen Ausgleichsleistungen für die Erfüllung dieser Pflichten. In 2012 hat der ZOV als Aufgabenträger keine gemeinwirtschaftlichen Ausschreibungen für auslaufende Konzessionen vorgenommen. Das konzernerneigene Dienstleistungsunternehmen VGO ist bis Ende 2018 mit der Durchführung und Finanzierung des lokalen Busverkehrs im Verbandsgebiet beauftragt. Gemäß aktueller verbindlicher Auskunft scheint die Einbeziehung der Erträge und

Aufwendungen der VGO in den ertragsteuerlichen Querverbund der OWG unproblematisch.

Die Ergebnisse der verbundweiten Fahrgast- und Verkehrserhebung des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) 2010 wurden erstmalig für die Einnahmeverteilung für das Jahr 2011 zur Anwendung gebracht. Gegenüber der letzten Erhebung hat eine erhebliche Verlagerung in der Einnahmezuscheidung vom lokalen Verkehr zum Regionalverkehr stattgefunden. Die RMV GmbH hat aufgrund der Unvorhersehbarkeit der Ergebnisse den von Verlusten betroffenen lokalen Nahverkehrsorganisationen einmalig eine finanzielle Unterstützung gewährt ("Abfederung"), so auch dem ZOV. Die Risiken aus dem für 2012 zu erwartenden Einnahmeverteilungsverfahren wurden über entsprechende Abgrenzungen abgedeckt, welche teilweise an die VGO weiterbelastet werden konnten.

### **Frischwasser und Abwasser**

Gemeinde Hirzenhain:

Seit dem 1. Juli 2004 ist der ZOV für die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung in der Gemeinde Hirzenhain zuständig. Nach der Anpassung zum 1. Januar 2010 betrug die Abwassergebühr 6,00 € je cbm Frischwasserverbrauch, die Frischwassergebühr 2,40 € je cbm. In 2012 wurde die Sanierung der Leitungen in der Ortsdurchfahrt von Glashütten begonnen, die Maßnahme wird im Jahr 2013 beendet.

Stadt Nidda:

Zum 1. Juli 2005 hat der ZOV die Abwasserbeseitigung der Stadt Nidda im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung bzw. per Kauf- und Übertragungsvertrag übernommen. Die Benutzungsgebühren für den Bereich Abwasserbeseitigung Nidda beträgt unverändert 4,20 € pro cbm Frischwasserverbrauch. In 2012 war der Schwerpunkt der Arbeiten die Sanierung der Kanäle in der "Abelstraße" und im "Pflanzgarten" in der Kernstadt Nidda. In 2013 werden diese Arbeiten fortgesetzt und neben kleineren Maßnahmen der Kanal in der "Liebigstraße" in Bad Salzhausen erneuert.

### **Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZOV im Berichtsjahr ist als ausgeglichen zu bezeichnen. Das Jahresergebnis des ZOV wird wesentlich durch das Ergebnis der Sparte ZOV-Verkehr sowie die Ausschüttung der OWG geprägt.

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,3 Mio. € auf 179,2 Mio. €. Der Bestand an Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen erhöhte sich von 36,6 Mio. € um 1,5 Mio. € auf 38,1 Mio. €. Der Ausweis der Finanzanlagen betrifft ausschließlich die Beteiligung an der OWG und beträgt unverändert 133,4 Mio. €.

Die Entwicklung der Anlagen im Bau in 2012 zeigt die folgende Tabelle (Werte in €):

Maßnahme	Stand 1.1.2012	Zugang	Umbuchung in fertige Anlagen	Stand 31.12.2012
Ulfa, Abtrennung Außengebiets- wasser (RW)	1.020.498,22	8.699,78	0,00	1.029.198,00
Unter Schmittten, Am Hinterhof- Kanal	625.282,32	28.568,34	0,00	653.850,66
Ober Lais, Glashütter Str. -RÜ1	19.969,68	294.221,76	0,00	314.191,44
Fauerbach, Deckmannsgasse -Kanal	7.711,21	1.348,33	0,00	9.059,54
Fauerbach, Mittelgasse -Kanal	3.865,88	1.935,51	0,00	5.801,39
Fauerbach, Wenzelsgasse -Kanal	3.681,39	3.831,14	0,00	7.512,53
Ulfa, Hinterstr., Ernstgasse -MW- Kanal	944.017,72	8.227,36	0,00	952.245,08
Unter Schmittten, Am Hinterhof- RÜ17	87.688,00	260,97	0,00	87.948,97
Glashütten, Ortsdurchfahrt -Kanal	735.793,61	478.576,03	0,00	1.214.369,64
Glashütten, Ortsdurchfahrt - Wasserlgt.	95.133,56	236.720,63	0,00	331.854,19
Ulfa, Zimmerstraße - Mischwasserkanal	234.883,01	391,45	0,00	235.274,46
Nidda, Abelstraße/Pflanzgarten - Kanal	64.079 ,16	801.060 ,12	0,00	865.139,28
Nidda, Abelstraße/Pflanzgarten - E-Technik RÜ	0,00	96.589,50	0,00	96.589,50
Unter Schmittten, Am Hinterhof- Kanal	7.308,49	0,00	0,00	7.308,49
Nidda, Neubau Drosselschacht Johanniterheim	5.771,50	0,00	0,00	5.771,50
Merkenfritz, Liebfrauenstr. - Wasserleitg.	463,10	0,00	0,00	463,10
Hirzenhain, Höhenstraße, Pumpsta- tion	0,00	40.752,69	0,00	40.752,69
Nidda, Hochwasserschutzmaßnah- men	0,00	1.043,87	0,00	1.043,87
Bad Salzhausen, Liebigstrasse	0,00	1.261,34	0,00	1.261,34
Merkenfritz, Kanal Mühlstrasse	0,00	9.062,32	0,00	9.062,32
Merkenfritz, Wasserleitg. Mühl- strasse	0,00	548,25	0,00	548,25
Harb, Inlinersanirung	0,00	130.140,00	0,00	130.140,00
Hausanschlüsse - Wasser	799,47	0,00	799,47	0,00
Hausanschlüsse - Kanal	55.354,23	33.421,92	55.354,23	33.421,92
	3.912.300,55	2.176.661,31	56.153,70	6.032.808,16

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Mio. € auf 5,9 Mio. €. Der Bestand an flüssigen Mitteln stieg im Vergleich zum Vorjahr von 451 T€ auf 1.762 T€ an.

Das Eigenkapital des ZOV erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 385 T€ auf 137.609 T€. Die für Investitionen in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung gewährten Zuschüsse und Beiträge hatten zum Bilanzstichtag noch einen Restbuchwert von 10.592 T€ (Vorjahr 10.743 T€), wobei der Zuführung von 161 T€ eine zeitanteilige Auflösung von 311 T€ in 2012 gegenüber stand. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betreffen ausschließlich den Anteil am ZVK-Sanierungsgeld. Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Rückstellungen für ausstehende Rechnungen betreffend erbrachte Verkehrsleistungen (3.688 T€, Vorjahr 4.777 T€) sowie Aufwendungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (20 T€, Vorjahr 17 T€). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 8.044 T€ auf 17.944 T€ erhöht, während die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 712 T€ auf 1.198 T€ anstiegen. Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen in erster Linie die nicht auf den ZOV übertragenen Darlehen (7.870 T€, Vorjahr 12.039 T€), für die die Übernahme der Zins- und Tilgungsleistungen durch den ZOV mit den ursprünglichen Darlehensnehmern, der Stadt Nidda bzw. in einem Fall der Gemeinde Hirzenhain, vereinbart wurde.

Zusammenfassende Darstellung		2012	2011
Bilanzsumme	Mio. €	179,20	175,87
Anlagevermögen	Mio. €	171,48	169,97
Umlaufvermögen inkl. ARAP	Mio. €	7,71	5,90
Eigenkapital	Mio. €	137,61	137,22
Deckungsgrad des Anlagevermögens	%	80,25	80,73
Eigenkapitalquote (Grad der finanziellen Unabhängigkeit)	%	76,79	78,03

Die Entwicklung der Umsatzerlöse im Ver- und Entsorgungsgebiet der Gemeinde Hirzenhain sowie im Entsorgungsgebiet der Stadt Nidda ist innerhalb der Parameter wie Witterung und Veränderung der Einwohnerzahlen anzusiedeln.

Umsatzerlöse	2012		2011
	Menge cbm		Erlöse T€
ZOV-Verkehr	-	14.920	12.900
Wasserversorgung Hirzenhain	112,918	297	310
Abwasserbeseitigung Hirzenhain	112.609	769	766
Abwasserbeseitigung Nidda	718.881	3.542	3.567
<b>Summe</b>		<b>19.528</b>	<b>17.543</b>

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren vor allem aus der erfolgswirksamen Auflösung der Zuschüsse und Anschlussbeiträge für Wasser- und Abwasseranlagen und den Avalprovisionen für übernommene Bürgschaften.

Im Materialaufwand von 19,3 Mio. € sind neben den Aufwendungen für die vom ZOV bestellten Verkehrsleistungen (16,1 Mio. €) die Aufwendungen für die Instandhaltung der Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen sowie die Aufwendungen der Sparte "Allgemeine Verwaltung" erfasst.

Der Personalaufwand umfasst die Aufwendungen für die Mitarbeiter der Sparten ZOV-Verkehr, allgemeine Verwaltung sowie Wasser/Abwasser und betrug im Berichtsjahr 331 T€.

Die Abschreibungen betreffen die planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und der Verkehrssparte und betragen 921 T€. Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 483 T€ sind im Wesentlichen Verwaltungsaufwendungen des ZOV und Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder der Gremien des ZOV ausgewiesen.

Erträge aus Beteiligungen betreffen nur die Ausschüttung der OWG in Höhe von 2.812 T€. Der ausgewiesene Bilanzgewinn soll vorbehaltlich eines noch ausstehenden Beschlusses der Verbandsversammlung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die zweckgebundenen Rücklagen verringerten sich per Saldo um 277 T€.

### **Personal**

In 2012 waren im Bereich ZOV-Verkehr zwei Mitarbeiter, im Bereich Wasser/Abwasser Allgemein ein Mitarbeiter und im Bereich Abwasser Nidda ein weiterer Mitarbeiter und zwei geringfügig Beschäftigte tätig.

### **Nachtragsbericht**

Nach Ende des Geschäftsjahres haben sich keine Vorgänge von Bedeutung für das Wirtschaftsjahr 2012 ereignet.

### **Risiko- und Chancenbericht**

Der ZOV ist in Folge seiner Tätigkeit neben dem zunehmenden Wettbewerb, den schwer kalkulierbaren politischen Motiven und dem sich beständig ändernden Rechtsrahmen einer Vielzahl weiterer Risiken ausgesetzt und daher in das Risikomanagementsystem der OWG integriert.

Risiken werden systematisch erfasst und in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Für den ZOV spezifische Risiken aus der technischen Geschäftstätigkeit werden durch individuelle Prozesse berücksichtigt, sind jedoch nicht Teil des Risikomanagementsystems und dementsprechend nicht umfassend dokumentiert. Den Fortbestand des Unternehmens gefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Im Bereich Verkehr können für die Wahrnehmung neu hinzugekommener Aufgaben und Zuständigkeiten künftig die dafür erforderlichen Personal- und Sachaufwendungen steigen. Die Betriebszweige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind durch den jeweils in der Satzung festgeschriebenen Anschluss- und Benutzungszwang derzeit keinen direkten Marktrisiken ausgesetzt.

In allen Betriebszweigen entstehen Risiken durch den Einsatz von Technik und Personal sowie in Folge höhere Gewalt, wie z.B. Wettereinflüsse. Diesen wird begegnet durch die permanente Aus- und Weiterbildung des Personals sowie hohe Sicherheitsstandards und permanente Prüf-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten. In wirtschaftlich sinnvollem

Rahmen werden die Betriebsrisiken durch Versicherungen begrenzt. Durch den Betrieb der IT zur Unterstützung der Geschäftsprozesse entstehen weitere Risiken. Diesen wird durch betriebsinterne Sicherheitsmaßnahmen und den Einsatz aktueller Software sowie durch entsprechende Schulungen des Personals entgegengewirkt. Wegen des Kapitaleinsatzes und der langfristigen Kapitalbindung sind Investitionsprojekte mit Chancen und Risiken verbunden. Vorbereitung und Umsetzung solcher Projekte folgen daher einem internen Genehmigungsprozess.

### ***Ausblick:***

#### **Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung**

In seinen Geschäftsfeldern ist der ZOV speziellen Risiken und Chancen ausgesetzt: Vorgaben des Gesetzgebers zur Kontrolle und Sanierung der Kanalnetze im Rahmen der EKVO bedeuten auch über die derzeit laufenden Maßnahmen hinaus für die Zukunft erheblichen Mittelbedarf für die Sanierung.

In den Bereichen Wasser und Abwasser ergibt sich nach den beiden erfolgreich verlaufenen Projekten Hirzenhain und Nidda die Möglichkeit, mit weiteren Kommunen in aussichtsreiche Gespräche zu treten und diese Bereiche in Zukunft stärker auszubauen.

Vor dem Hintergrund nach wie vor knapper kommunaler Finanzen sind die Kooperationsangebote des ZOV für die Sparten Wasser, Abwasser und Verkehr für Kommunen sicher interessant.

Nach der Etablierung des ZOV als Partner der Kommunen wird hier die Möglichkeit zum Wachstum in neue dienstleistungsorientierte Geschäftsfelder gesehen.

Mit den Novellierungen des Personenbeförderungsgesetzes auf nationaler Ebene und des Hessischen ÖPNV-Gesetzes auf Landesebene zum 1. Januar 2013 werden tendenziell die Rechte der Aufgabenträger gestärkt (z.B. stärkere Verbindlichkeit des Nahverkehrsplans). Bedeutende neue rechtliche Risiken sind nicht zu erkennen, Fragen einer dauerhaft nachhaltigen Finanzierung des ÖPNV bleiben indes offen.

#### **Prognosebericht**

Die Entwicklung der von den Kommunen auf den ZOV übertragenen Aufgabengebiete bestätigt bisher die Zielsetzung des ZOV-Modells, durch Bildung von größeren Einheiten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung effizient anbieten zu können.

Im Bereich der Gemeinde Hirzenhain und der Stadt Nidda werden auch in den kommenden Jahren zahlreiche Baumaßnahmen umgesetzt. Neben den anstehenden Sanierungsarbeiten zur Erfüllung der Vorgaben der EKVO werden in Absprache mit den Partnerkommunen Baugebiete erschlossen und Anlagen ausgetauscht.

Im Jahr 2013 wird der Schwerpunkt der Arbeiten in den Bereichen Wasser und Abwasser in der Fortsetzung der Sanierung der Leitungen mit Schwerpunkten in der Mühlstrasse in Hirzenhain sowie der Liebigstrasse in Bad Salzhausen liegen.

Im Wirtschaftsplan 2013 des ZOV sind über alle Sparten Investitionen von insgesamt 1,4 Mio. € veranschlagt.

Für folgende Investitionen sind im Jahr 2013 geplant (Werte in €):

Merkenfritz, vordere Mühlstrasse Wasserleitung	110.000	In
Merkenfritz, vordere Mühlstrasse Kanal	230.000	
Hirzenhain, Befahrungskonzept Eigenkontrollverordnung	5.000	
Borsdorf, Teilausbau und Erschließung Gewerbegebiet Nidda West	120.000	
Harb, Erneuerung Mischwasserkanal Breslauer Straße	25.000	
Nidda, Erneuerung Mischwasserkanal Burgring	20.000	
Bad Salzhausen, Erneuerung Kanal Liebigstrasse	705.000	
Inlinersanierung, verschiedene Stadtteile	200.000	

den Sparten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sollen auch in den Folgejahren entsprechend der Kalkulation der Benutzungsgebühren nach dem Kostendeckungsprinzip ausgeglichene Ergebnisse erzielt werden.

Voraussichtlich zum Jahreswechsel 2012/13 wird der ZOV, sofern bis dahin keine Liniengenehmigungen auf eigenwirtschaftlicher Basis erfolgen, Ausschreibungen für die Vergabe von fünf lokalen Linienbündeln durchführen. Aufgrund der derzeitigen Marktlage ist im Einzelfall mit deutlichen Kostensteigerungen zu rechnen. Für die folgende Ausschreibungsrunde im lokalen Busnahverkehr (Betriebsstart Ende 2014) erfolgen seit Jahresbeginn 2012 vorbereitende Arbeiten. Dies gilt auch für die Fortschreibung des Nahverkehrsplans (2014 bis 2018), der erstmalig in Kooperation mit dem benachbarten Aufgabenträger Stadt Gießen (gesamtplanerischer Ansatz) erfolgen soll.

Für 2013 und 2014 werden weitgehend stabile Umsatzerlöse und Ergebnisse erwartet.

Angesichts der in der Vergangenheit geführten politischen Diskussionen um Themen wie den Fortbestand des steuerlichen Querverbunds, die Ausschreibung von Verkehrsleistungen und zunehmenden Dirigismus im Energiesektor ergeben sich für die Zukunft des ZOV nach wie vor zahlreiche offene Fragen. Abhängig von den Ergebnissen der aktuellen Diskussionen und deren Umsetzung können wesentliche Auswirkungen auf das Ergebnis des ZOV und die Ausschüttung an die Anteilseigner entstehen.

## Gas- und Wasserversorgung Osthessen GmbH

Rangstr. 10, 36043 Fulda

Tel.: 0661 / 299-0 - Fax: 0661 / 299-119

E-Mail: [post@gwv-fulda.de](mailto:post@gwv-fulda.de)

Internet: [www.gwv-osthessen.de](http://www.gwv-osthessen.de)



### Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung kommunaler, industrieller und privater Kunden im osthessischen Raum, insbesondere im Gebiet des Landkreises Fulda, des Vogelsbergkreises und des Main-Kinzig-Kreises, mit Ausnahme der Stadt Fulda und der Gemeinden westlich der Gemeinde Steinau, mit Gas, Wasser sowie die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung der hierfür erforderlichen Anlagen. Das Unternehmen kann auch Gasgeräte vertreiben sowie Gas jeder Art kaufen und verkaufen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, ihn fördern oder wirtschaftlich berühren. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben, pachten oder verpachten sowie Interessengemeinschafts- und Unternehmensverträge schließen.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Versorgung der Region mit Gas/Wasser

### Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

*Beteiligung seit:* 11/1966

*Anteile in %:* 6,20 %

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Versorgung der Region mit Gas/Wasser

### Organe des Unternehmens

*Aufsichtsrat:*

Dr. rer. pol. Wolfgang Dippel - Vorsitzender

Dipl.-Ing. Günter Bury - stellv. Vorsitzender  
Erich Pipa

Bernd Woide

**Rudolf Marx** (bis 09.06.2012)

**Manfred Görig** (ab 10.06.2012)

Dipl.-Kfm. Ralf-Stefan Stöppler  
Uwe Marohn

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden Bezüge von insgesamt 29 T€ gewährt.

*Geschäftsführung:* Dipl. Soz. Oec. Martin Heun

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird nach § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

### Rechtliche und wirtschaftliche Daten

*Rechtsform:* GmbH  
*Gründungsdatum:* 18.01.1967  
*Gesellschaftsvertrag:* 10.11.1996, letzte Änderung 08.12.2010  
*Handelsregister:* Fulda, HRB 84  
*Stammkapital:* 7.420.000 €  
*Beteiligungen:* Biothan GmbH 33,3 %

### *Gesellschafter / Stammeinlagen:*

	€	in %
Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH	2.730.000,00	36,79
Überlandwerk Fulda AG	2.730.000,00	36,79
Vogelsbergkreis	460.350,00	6,20
Landkreis Fulda	448.050,00	6,04
Stadt Alsfeld	204.600,00	2,76
Stadtwerke Lauterbach GmbH	179.050,00	2,41
Stadt Schlüchtern	158.950,00	2,14
Gemeinde Neuhof	127.900,00	1,72
Stadt Steinau an der Straße	104.200,00	1,41
Gemeinde Großenlüder	88.300,00	1,19
Main-Kinzig-Kreis	68.900,00	0,93
Gemeinde Bad Salzschlirf	59.850,00	0,81
Gemeinde Eichenzell	59.850,00	0,81
	<u>7.420.000,00</u>	<u>100,00</u>

## Bilanz des Unternehmens

AKTIVA	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	<u>206.734,00</u>	<u>237.286,00</u>
	206.734,00	237.286,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	195.338,00	205.246,00
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	1.505.862,00	1.512.220,00
3. Verteilungsanlagen	17.976.296,00	18.393.319,00
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.547,00	15.363,00
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>2.222.442,00</u>	<u>404.507,00</u>
	21.906.485,00	20.530.655,00
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	2.000.000,00	2.000.000,00
2. Sonstige Ausleihungen	<u>1.000.000,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>3.000.000,00</u>	<u>2.000.000,00</u>
	<u>25.113.219,00</u>	<u>22.767.941,00</u>
<b>B. Umlaufvermögen</b>		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.386.291,40	7.417.271,27
2. Forderungen gegen Gesellschafter	469.391,30	101.793,98
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	306.619,48	0,00
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.115.011,06</u>	<u>998.483,17</u>
	9.277.313,24	8.517.548,42
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>1.240.500,31</u>	<u>2.375.831,35</u>
	<u>10.517.813,55</u>	<u>10.893.379,77</u>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<u>4.809,22</u>	<u>3.737,82</u>
	<u>35.635.841,77</u>	<u>33.665.058,59</u>

	P A S S I V A	
	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
<b>A. Eigenkapital</b>		
I. Gezeichnetes Kapital	7.420.000,00	7.420.000,00
II. Kapitalrücklage	2.347.906,68	2.347.906,68
III. Gewinnrücklagen		
1. Satzungsmäßige Rücklagen	742.000,00	742.000,00
2. Andere Gewinnrücklagen	<u>2.035.000,00</u>	<u>1.885.000,00</u>
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	2.777.000,00	2.627.000,00
V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	412.043,56	262.633,61
	<u>1.705.688,65</u>	<u>1.499.409,95</u>
	14.662.638,89	14.156.950,24
<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse</b>	5.485.016,00	5.345.586,00
<b>C. Rückstellungen</b>		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	99.979,00	104.481,00
2. Steuerrückstellungen	154.878,00	374.843,38
3. Sonstige Rückstellungen	<u>2.126.358,83</u>	<u>2.541.643,00</u>
	2.381.215,83	3.020.967,38
<b>D. Verbindlichkeiten</b>		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.148.703,00	4.512.840,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	482.044,45	596.202,83
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	5.256.545,16	2.813.194,09
4. Sonstige Verbindlichkeiten	2.170.760,44	3.152.665,05
davon aus Steuern		
EUR 1.022.896,32 (Vorjahr EUR 911.531,85)		
	13.058.053,05	11.074.901,97
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<u>48.918,00</u>	<u>66.653,00</u>
	<u>35.635.841,77</u>	<u>33.665.058,59</u>

## Gewinn- und Verlustrechnung

	2012 EUR	2011 EUR
1. Umsatzerlöse	43.183.776,73	37.679.528,88
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>1.183.564,44</u>	<u>1.354.056,62</u>
	44.367.341,17	39.033.585,50
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-34.087.185,72	-28.612.717,10
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-2.992.209,70</u>	<u>-3.029.162,91</u>
	-37.079.395,42	-31.641.880,01
4. Personalaufwand		
a) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung EUR 6.426,48 (Vorjahr EUR 5.235,98)	-6.426,48	-5.235,98
	-6.426,48	-5.235,98
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.098.047,00	-2.275.540,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-2.579.132,03</u>	<u>-2.809.795,43</u>
	2.604.340,24	2.301.134,08
7. Erträge aus Beteiligungen	15.000,00	0,00
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	25.598,80	31.686,78
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-273.551,64</u>	<u>-278.541,58</u>
	-232.952,84	-246.854,80
<b>10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<u>2.371.387,40</u>	<u>2.054.279,28</u>
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-665.628,36	-554.802,05
12. Sonstige Steuern	<u>-70,39</u>	<u>-67,28</u>
<b>13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<u>1.705.688,65</u>	<u>1.499.409,95</u>

## Ausgewählte Kennzahlen

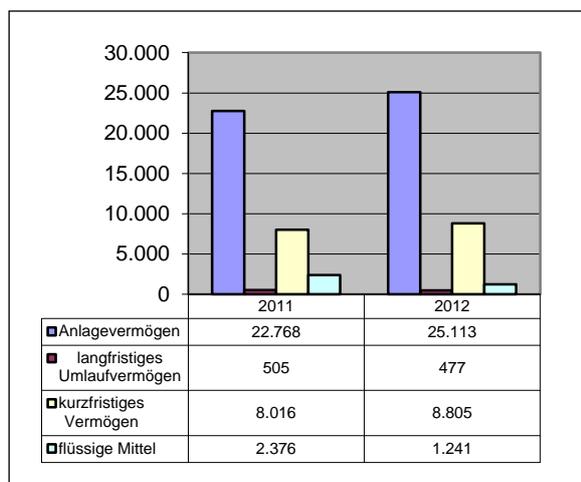
### Anzahl der Mitarbeiter:

Von der Berichtsgesellschaft werden keine Arbeitnehmer beschäftigt.  
Die Betriebsführung nimmt die Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH wahr.

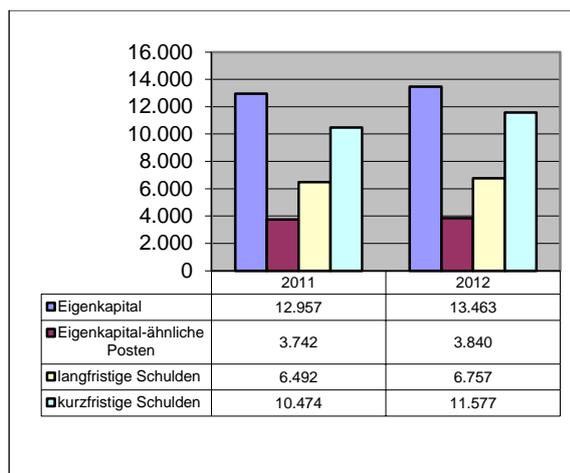
### Größe der Gesellschaft:

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 i.V.m. 4 HGB.

## Vermögensstruktur



## Kapitalstruktur



## Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

*Grundzüge des Geschäftsverlaufs:*

Siehe Lagebericht

*Ertragslage des Unternehmens:*

Jahresüberschuss 1.705.688,65 €  
 Dividende 1.200.000,00 €  
 Anteil VBK 6,2 % 74.450,13 €  
 abzgl. Steuern = 62.668,40

€

*Kreditaufnahmen:*

keine

*Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:*

keine

*Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den :  
 Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die  
 Haushaltswirtschaft*

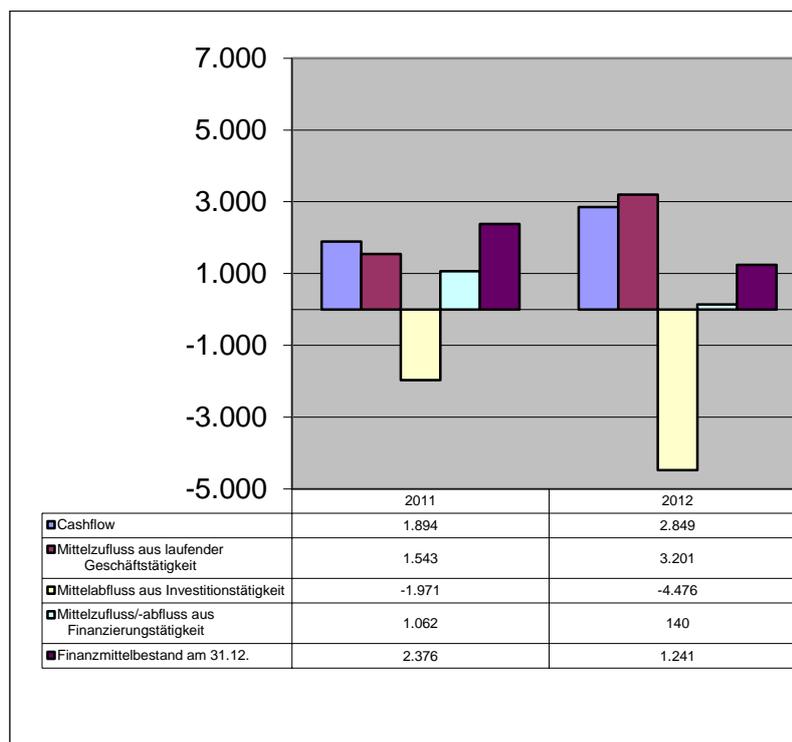
Stammeinlage 6,2 % = 460.350 €

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

*Begründung:*

Die Gesellschaft dient der regionalen Versorgung mit Gas/Wasser.

*Finanzlage des Unternehmens:*



## Auszug aus dem Lagebericht

### *Lage der Gesellschaft:*

#### Wirtschaftliche Entwicklung

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verbesserte sich von 2,1 Mio. € auf 2,4 Mio. €. Im Wesentlichen ist diese Ergebnisentwicklung auf Optimierungen bei der Gasbeschaffung zurückzuführen.

Die Wertschöpfung unseres Unternehmens lag bei 2,4 Mio. € (Vorjahr 2,5 Mio. €).

#### Gasvertrieb und -beschaffung

2012 wurde das bestehende Preissystem für den Bereich Haushalts- und Kleingewerbekunden um neue Produkte und zusätzliche Vertragslaufzeiten erweitert. Mit der Erweiterung der Palette an Laufzeitprodukten soll die Kundenbindung und die Planbarkeit für das Beschaffungsportfolio erhöht werden. Mit einem der Laufzeitangebote bestand für den Kunden die Möglichkeit seinen Energiepreis für eine Vertragslaufzeit von drei Jahren zu fixieren. Circa 20 % aller Kunden im Haushaltsbereich haben sich für dieses Angebot entschieden.

Der Gasvertrieb erzielte einen Gasabsatz von 969,9 Mio. kWh (+1,8 %). Die Mengenentwicklung ist in den einzelnen Kundensegmenten unterschiedlich. Im Bereich HuK ergab sich im Wesentlichen durch Kundenverluste ein Absatzrückgang von 6,4 %. Bei den Großkunden ist der Absatzanstieg insbesondere durch die verstärkte Akquisition von Gewerbe- und Industriekunden außerhalb des angestammten Versorgungsgebietes erreicht worden. Insgesamt stieg der Absatz im Großkundensegment um 4,1 %. Der Betriebsverbrauch, der überwiegend die innerbetrieblichen Lieferungen an die Wärme- und Contractingsparte enthält, ist nahezu unverändert geblieben (+0,5 %).

Die Umsatzerlöse aus dem Gasgeschäft liegen sowohl mengen- als auch preisbedingt durch Einführung des neuen Tarifpreismodells mit 44,6 Mio. € um 13,2 % über dem Vorjahr. Die früher bei der Gasbeschaffung üblichen Lieferverträge mit Ölpreiskopplung verlieren im Markt weiterhin an Bedeutung. Der Trend zu neuen Preis- und Produktstrukturen bei Gasbeschaffung und -vertrieb hat sich auch 2012 fortgesetzt. Um nach dem Auslaufen des bis zum 01.10.2013 laufenden ölpreisgebundenen Liefervertrages die Vorteile der strukturierten Beschaffung voll umfänglich nutzen zu können, wurde das Portfoliomanagement weiter aufgebaut.

#### Gasnetz

Im Vergleich zum Vorjahr haben wir einen Anstieg der Erlöse zu verzeichnen. Dies resultiert aus einem zunehmenden Anteil von Kunden, die im GWV-Netz durch fremde Gasvertriebe beliefert wurden; die Quote erhöhte sich von 12,7 % in 2011 auf 15,8 % im Berichtsjahr. Die insgesamt transportierte Menge sank gegenüber dem Vorjahr um 0,7 % von 1.097 Mio. kWh auf 1.089 Mio. kWh.

Aufgrund der höheren Transportmenge gegenüber der im Preisblatt 2012 kalkulierten Menge, lagen die abgerechneten Netzentgelte höher als die erlaubte Erlösbergrenze.

Dies wurde durch Bildung einer Rückstellung über das Regulierungskonto wieder ausgeglichen.

In 2012 konnten im bestehenden Versorgungsgebiet mit zwei Kommunen neue Konzessionsverträge mit einer Laufzeit von 20 Jahren abgeschlossen werden.

### Wasserversorgung

Seit 2004 führen wir den technischen Betrieb der Trinkwasseranlagen für die Stadt Gersfeld (Rhön) durch. Für die Gemeinde Poppenhausen (Wasserkuppe) erfolgt die Betriebsführung der Wassergewinnung, -aufbereitung und -speicherung seit 2008. Neben dem Betriebsführungsentgelt, wurden für projektbezogene Leistungen Nebengeschäftserlöse erzielt.

### Wärmeversorgung und Contracting

Durch die Akquisition neuer Contractingkunden sowie witterungsbedingt stieg der Wärmeabsatz um 2,0 % auf 6.549 MWh<sub>therm.</sub>. Der Umsatz für Wärme und Contractingentgelte stieg um 14,9 % auf 0,9 Mio. €.

Durch verbesserte Laufzeiten bei einer Anlage stieg der Stromabsatz gegenüber Vorjahr um 82,4 %. Die Stromerlöse lagen bei 0,1 Mio. € (+46,4 %).

### Investitionen

Das Investitionsvolumen stieg von 2,0 Mio. € auf 5,1 Mio. €. Der Anstieg ist neben den Investitionen in Finanzanlagen in Höhe von 1,7 Mio. € im Wesentlichen durch den Bau der Biogaseinspeiseanlage verursacht worden. Die Investitionen in Sachanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

- Biogaseinspeiseanlage: 2,2 Mio. €
- Verlegung der Transportleitung zur Einspeisung von Biogas in das Erdgasnetz: 0,2 Mio. €
- Ausbau des Gasverteilungsnetzes: 0,4 Mio. €
- neue Gashausanschlüsse inklusive Zähler und Regler: 0,5 Mio. €
- neue Contractinganlagen: 0,2 Mio. €

Die Investitionen konnten zu 40,8 % (im Vorjahr vollständig) aus Abschreibungen finanziert werden.

### Vermögens- und Finanzlage

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen stieg von 67,6 % auf 70,5 %. Das Anlagevermögen ist zu 95,6 % mit langfristigem Kapital gedeckt (im Vorjahr vollständig). Das kurzfristige Vermögen stieg insbesondere durch höhere Forderungen aus der Verkaufsabrechnung an Tarifkunden auf 24,7 % (Vorjahr 23,8 %). Der Anteil an liquiden Mitteln sank von 7,1 % auf 3,5 %.

Die Eigenkapitalquote lag - unter Einbeziehung der eigenkapitalähnlichen Posten - bei 48,6 % (Vorjahr 49,6 %). Der Cashflow stieg, im Wesentlichen durch die Abnahme der langfristigen Rückstellungen, von 1,9 Mio. € auf 2,8 Mio. €.

## Risikofrüherkennung

Das bestehende Risikomanagementsystem wurde 2012 systematisch weitergeführt und das Risikohandbuch aktualisiert. Dazu wurden die bestehenden Risiken überprüft und neue Risiken identifiziert. Insbesondere wurden die Auswirkungen sich ändernder Preis- und Beschaffungsstrukturen beachtet. Nach den in der Riskmap dokumentierten Ergebnissen der Risikobewertung, sind neben den branchen- und marktüblichen Risiken keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Das Risiko aus dem Einsatz von Finanzinstrumenten zur Absicherung von wichtigen Transaktionen, begrenzen wir weitestgehend durch korrespondierende Vertragsgestaltung auf der Bezugs- und Vertriebsseite.

Beim Betrieb der Gas- und Wasserversorgungsanlagen erfüllen wir die Anforderungen an die Qualifikation und Organisation des technischen Betriebs gemäß den DVGW-Arbeitsblättern.

## *Ausblick, Chancen und Risiken*

Der Gasabsatz per Februar 2013 liegt temperaturbedingt 6,9 % unter dem Vorjahr. Im Vergleich zur Planung haben wir beim Gasabsatz einen Anstieg von 14,1 % zu verzeichnen,

da in der Planung von höheren Temperaturen im Januar und Februar ausgegangen wurde. Entsprechend dem Wirtschaftsplan, erwarten wir für das Geschäftsjahr 2013 gegenüber dem Vorjahr durch den Verlust eines Großkunden insgesamt einen Absatzrückgang von 17,0 %.

Unsere Gaseinkaufspreise basieren noch in hohem Maße auf langfristigen Verträgen, die an die Entwicklung des Heizölpreises gebunden sind und ihm zeitverzögert folgen. Daneben gewinnt, sowohl für uns als auch für unsere Kunden, die kurzfristige Beschaffung über die meist nicht an den Ölpreis gebundenen Handelsmärkte, zunehmend an Bedeutung. Diese Tendenz zur kurzfristigen Beschaffung in den Märkten führt bei uns, infolge der noch bis einschließlich September 2013 laufenden Bezugsverträge mit Heizölbindung, weiterhin zu Margendruck.

Die vollständige Implementierung des Portfolio-/Risikomanagementsystems für Gasbeschaffung und -vertrieb in 2012 versetzt uns in die Lage, unser Portfolio für 2013 rechtzeitig auf die neuen Preis- und Beschaffungsstrukturen auszurichten und dem Margendruck entgegenzuwirken.

Der Gas-zu-Gas-Wettbewerb wird auch 2013 weiter zunehmen. Mit gutem Service, konsequenter Kundenorientierung und Beratungsleistungen zu effizientem Energieeinsatz, positionieren wir uns gegenüber den Wettbewerbern. Darüber hinaus bieten wir seit Mai 2012 mit "GWV DirektGas" unseren Kunden auch eine internetbasierte Vertragsvariante an. Die steigende Nachfrage von potenziellen Kunden nach Erdgas als Primärenergieträger, sowohl im Neubau als auch bei der Umstellung von bestehenden Heizungsanlagen, ist auch in diesem Jahr weiterhin ungebrochen. Bei dieser Neukundengewinnung helfen uns auch die neuen, stromerzeugenden Heizungsanlagen im Haushaltsbereich und die Ausweitung der Angebotspalette von Blockheizkraftwerken (BHKW) für gewerbliche Einsatzzwecke, die nun im Markt serienreif verfügbar sind und über die wir unsere Kunden unter Berücksichtigung ökonomischer und ökologischer Gesichtspunkte intensiv beraten.

Im Bereich des Gasnetzes werden von uns die Chancen und Risiken der Anreizregulierung weiterhin analysiert und die erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig eingeleitet. In 2013 steht insbesondere die Umsetzung des Erlöspfades der zweiten Regulierungsperiode im Mittelpunkt. GWV Osthessen nimmt auch in der zweiten Regulierungsperiode am vereinfachten Verfahren teil. Der festgelegte Effizienzwert von 90,0 %, der für Unternehmen die am vereinfachten Verfahren teilnehmen gilt, wurde unter Berücksichtigung des vorläufigen Ausgangsniveaus in das Preisblatt 2013 umgesetzt.

Der Wärmeabsatz liegt derzeit 5,6 % über Vorjahr. Für das Geschäftsjahr planen wir durch weitere Neukundenakquisitionen einen Absatzanstieg gegenüber dem Vorjahr von 24,4 %.

Die Aktivitäten im Contractingbereich werden fortgesetzt. Neben "relaxWärme", dem "Rundum-Sorglos-Paket" für den Heizungsbetrieb in Wohngebäuden, werden Kunden individuelle Energielösungen bei Industrie, Gewerbe und Kommunen angeboten.

Unser Beteiligungsunternehmen Biothan GmbH hat mit der Erzeugung von Biogas auf Basis von biogenen Abfallstoffen, der Aufbereitung auf Erdgasqualität und der Einspeisung in das Erdgasnetz im Rahmen der ersten Ausbaustufe zur Jahresmitte 2012 begonnen. Die Kapazität wurde zwischenzeitlich kontinuierlich gesteigert. Im ersten Halbjahr 2013 wird voraussichtlich Volllast erreicht. Der bauliche Abschluss der zweiten Ausbaustufe ist im ersten Quartal 2013 vorgesehen. Im Laufe des zweiten Quartals 2013 wird mit der

Einspeisung der zweiten Ausbaustufe begonnen, sodass 2013 ca. 40 GWh Bio-Erdgas in das Netz der GWV eingespeist werden können. Das Angebot von Biogas ruft ein reges Interesse bei Kunden innerhalb und außerhalb des Versorgungsgebietes hervor.

Für Investitionen ist ein Gesamtbudget von 1,6 Mio. € vorgesehen. Der deutliche Rückgang gegenüber dem Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen aus dem Biogasprojekt und den Finanzanlagen. Der Planansatz für Wärme und Contracting liegt 0,4 Mio. € über dem Vorjahr. Die noch immer schwelende Finanz- und Eurokrise sorgt dafür, dass die konjunkturelle Entwicklung auch Risiken für unsere Geschäftsentwicklung bedeuten kann. Die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind weiter im Fluß und erfordern zusammen mit dem unverändert intensiven Wettbewerb eine besondere Aufmerksamkeit bei der Unternehmenssteuerung. Bei einer unterstellten relativ stabilen Konjunkturlage sind wir für das Jahr 2013 zuversichtlich und rechnen mit einem stabilen Unternehmensergebnis.

## Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis

Am Graben 96, 36341 Lauterbach  
Tel.: 06641 / 9671-0 - Fax: 06641 / 9671-20  
E-Mail: [info@zav-online.de](mailto:info@zav-online.de)  
Internet: [www.zav-online.de](http://www.zav-online.de)



### Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Einsammeln und Befördern der Abfälle im Gebiet des Vogelsbergkreises (gemäß Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA) § 4 Absatz 3 bis 5.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Aufgabe lt. § 2 der Satzung

### Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

*Beteiligung seit:* 01.08.1987

*Anteile in %:* 37,50 % (Kreistag entsendet 15 von 40 Mitgliedern)

### *§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Der ZAV ist auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung tätig, daher keine wirtschaftliche Betätigung gegeben.

### Organe des Unternehmens

*Verbandsvorstand:*

Dieter Boss	Prof. Bèla Dören
Angelika Förster	Helmut Freudenreich
<b>Manfred Görig</b>	Gerhard Herchenröder
Friedel Kopp - Verbandsvorsteher	Hans Günther Linker
Dr. Erik Siefert	

*Mitglieder:*

Vogelsbergkreis und alle 19 Städte und Gemeinden des Vogelsbergkreises

*Verbandsversammlung:*

Jürgen Ackermann	Willy Kreuzer
Johannes Averdung - Vorsitzender	Gerhard Kuntz
Harald Bartel	Ulrich Künz
Cornelia Bothe	Ulrich Madeisky
Lothar Bott	Rosemarie Müller
Manfred Dickel	Harald Nahrgang
Manfred Dickert	Volker Orth
Kerstin Dietrich	Karl Pitzer
Mario Döweling	Michael Refflinghaus
Werner Funk	Mike Riedner
Jörg Gaudl	Michael Riese
Heinz Geißel	Anita Schlorke
Eva Goldbach	Dietmar Schlosser
Irma Greb	Iris Schmidt
Joachim Hannig	Joachim Schönfeld
Horst Hennenberg	Peter Schwan
Dr. Hans Heuser	Kurt Stiehler
Ulrich Höhn	Anja Stein (bis 27.09.2012) Artur Koch (ab 27.09.2012)
Kurt Karpf	Helmut Weppler
Erwin Koch	Felix Wohlfahrt

An die Organe wurden 2012 Aufwendungssätze in Höhe von TEUR 75 gezahlt.

*Geschäftsführung:* Dr. Hansjörg Fuchs

**Rechtliche und wirtschaftliche Daten**

*Rechtsform:* Körperschaft des öffentlichen Rechts  
*Gründungsdatum:* 01.08.1987  
*Satzung:* 13.03.1987, zuletzt geändert am 23.05.2013  
*Handelsregister:* kein Eintrag  
*Stammkapital:* kein Stammkapital  
*Beteiligungen:* Neue Energien Vogelsbergkreis GmbH - 100 %  
 AbfallEntsorgungGesellschaft Vogelsbergkreis mbH -  
 AEGV - 95,55 %

## Bilanz des Unternehmens

### AKTIVA

	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	<u>220.511,36</u>	<u>191.978,34</u>
	220.511,36	191.978,34
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.478.093,72	1.552.107,04
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.634,25	2.451,37
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	422.440,39	446.354,91
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>10.113,00</u>	<u>0,00</u>
	1.912.281,36	2.000.913,32
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	124.372,00	124.372,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	<u>532.684,56</u>	<u>563.687,37</u>
	<u>657.056,56</u>	<u>688.059,37</u>
	.....2.789.849,28	.....2.880.951,03
<b>B. Umlaufvermögen</b>		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	671.842,16	273.752,00
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>47.711,94</u>	<u>44.057,39</u>
	719.554,10	317.809,39
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>9.809.177,63</u>	<u>7.252.766,36</u>
	.....10.528.731,73	.....7.570.575,75
	<u>13.318.581,01</u>	<u>10.451.526,78</u>

	P A S S I V A	
	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
<b>A. Eigenkapital</b>		
I. Rücklagen	1.372.525,79	1.372.525,79
II. Gewinn/Verlust		
Gewinn-/Verlustvortrag	-746.424,20	-2.729.634,48
Jahresgewinn/-verlust	<u>1.434.708,85</u>	<u>1.983.210,28</u>
	<u>688.284,65</u>	<u>-746.424,20</u>
	.....2.060.810,44	.....626.101,59
<b>B. Rückstellungen</b>		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	444.042,62	316.728,51
2. Steuerrückstellungen	21.570,00	21.570,00
3. Sonstige Rückstellungen	<u>9.387.748,00</u>	<u>8.758.166,17</u>
	.....9.853.360,62	.....9.096.464,68
<b>C. Verbindlichkeiten</b>		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 530.027,06 (Vorjahr EUR 641.861,25)	530.027,06	641.861,25
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 80.213,15 (Vorjahr EUR 54.517,10)	80.213,15	54.517,10
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 794.169,74 (Vorjahr EUR 32.582,16)	794.169,74	32.582,16
	<u>1.404.409,95</u>	<u>728.960,51</u>
	.....13.318.581,01	.....10.451.526,78
	<u>13.318.581,01</u>	<u>10.451.526,78</u>

## Gewinn- und Verlustrechnung

	2012 EUR	2011 EUR
1. Umsatzerlöse	9.440.798,35	9.665.011,02
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>11.763,56</u>	<u>33.153,57</u>
	9.452.561,91	9.698.164,59
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-5.361.216,76</u>	<u>-5.257.809,27</u>
	-5.361.216,76	-5.257.809,27
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-990.620,58	-961.187,31
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung EUR 86.523,50 (Vorjahr EUR 80.365,82)	-274.744,36	-263.504,91
	<u>-1.265.364,94</u>	<u>-1.224.692,22</u>
5. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	<u>-350.053,11</u>	<u>-361.214,59</u>
	-350.053,11	-361.214,59
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-690.232,30</u>	<u>-593.316,51</u>
	1.785.694,80	2.261.132,00
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	299.541,43	314.074,53
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-550.592,22</u>	<u>-536.619,78</u>
	-251.050,79	-222.545,25
<b>9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	1.534.644,01	2.038.586,75
10. Außerordentliche Aufwendungen	<u>-94.700,00</u>	<u>-33.668,96</u>
<b>11. Außerordentliches Ergebnis</b>	-94.700,00	-33.668,96
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-5.175,88	-21.570,00
13. Sonstige Steuern	<u>-59,28</u>	<u>-137,51</u>
<b>14. Jahresgewinn/-verlust</b>	<u>1.434.708,85</u>	<u>1.983.210,28</u>

## Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:

24 (durchschnittlich)

## ***Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises***

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht	
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresgewinn	1.434.708,85 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine	
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine	
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	keine	

### ***Auszug aus dem Lagebericht:***

#### **A. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

##### ***I. Beschreibung der Geschäftstätigkeit***

Der ZAV ist ausschließlich im Bereich des Vogelsbergkreises tätig und ihm sind als zuständiger öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger alle Aufgaben als Einsammelpflichtiger und Entsorgungspflichtiger gemäß § 1 Hessisches Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (HAKrWG) übertragen. Ihm obliegen die Sammlung, der Transport, die Verwertung und/oder die Beseitigung der dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angedienten oder überlassenen Abfälle. Er erlässt die hierzu notwendigen Satzungen, in denen u.a. der Anschluss der Grundstücke an die Sammelsysteme, die Zuweisung zu den Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung und deren Benutzung geregelt sind. Er regelt ferner durch Satzung, unter welchen Voraussetzungen, in welcher Weise, an welchem Ort und zu welcher Zeit ihm die Abfälle zu überlassen sind.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben besitzt er u.a. die Deponie Bastwald als Anlage zur Beseitigung deponiefähiger Abfälle, die von der AEGV GmbH betrieben wird. Für die anderen angedienten Abfallfraktionen nutzt er vertraglich gebundene und hierfür geeignete Abfallbehandlungs-, Sortier- und Aufbereitungsanlagen oder im Falle der Grünabfallsammlung eigene Sammelstellen und Kompostierungsanlagen. Für die Durchführung der Sammlungen der Abfälle und teilweise zur Verwertung und/oder Entsorgung sind Dritte beauftragt. Der ZAV führt derzeit keine Sammlungs- und Verwertungs- oder Entsorgungsaufgaben selbst durch.

Für Abfälle, die dem ZAV zuzuordnen sind, arbeitet die AEGV als Dienstleister, der diese Abfälle nach Aufbereitung, Sortierung und Sichtung in den Anlagen der AEGV zum Transport in externe Anlagen umlädt oder aber in wenigen Fällen auch noch deponiert. Für alle direkt angedienten Abfälle nicht privater Herkunft ist die AEGV unmittelbar als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger in eigener Verantwortlichkeit zuständig.

Der ZAV betreibt keine Akquisition von Abfällen oder erhält Aufträge von privaten Kunden. Die Auftragsvolumina werden hauptsächlich von den nach den Rechtsvorgaben und den Regelungen der Satzung bestimmten anschlusspflichtigen Grundstücken und z. T. von den

Anlieferungen an das Entsorgungszentrum Vogelsberg oder anderen Sammelstellen bestimmt, die im Rahmen von kommunalen Sammlungen erfolgen. Die Einnahmeentwicklung wird weit überwiegend von den satzungsgemäß erhobenen Gebühren, sowie vertraglichen und/oder rechtlich gebotenen Vergütungen, wie z. B. den Dualen Systemen oder Vermarktung von Wertstoffen aus der kommunalen Sammlung bestimmt. Die Gebühren sind aufgrund der Satzung fest vorgegeben. Die Rahmenbedingungen der Tätigkeit werden von den einschlägigen Rechtsvorschriften und den Regelungen der Satzungen des ZAV vorgegeben.

Der ZAV führt seit dem 01.01.2008 seine Bücher nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung. Das Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

## *II. Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen*

Die kommunale Abfallentsorgung insgesamt befindet sich nur in geringer Abhängigkeit von der Gesamtkonjunktur. Eine Ausnahme bildet in geringem Umfang der Bereich der Gewerbeabfallentsorgung. Weitaus größeren Einfluss auf die Entwicklung haben dagegen umweltpolitische Entscheidungen und Vorschriften sowie System- oder Satzungsänderungen. Somit sind die Einnahmeseite und die Einnahmeerwartungen relativ fix.

Auf der anderen Seite stehen auch für kommunale Einrichtungen die Kostenentwicklungen auf dem Entsorgungsmarkt, an dem der ZAV als öffentlicher Nachfrager für Entsorgungsdienstleistungen ebenfalls, wenngleich eingeschränkt und im Normalfall nur im Rahmen von Ausschreibungen, teilnimmt. Hauptsächliche Einflussfaktoren waren in den letzten Jahren, bedingt durch die stabile Konjunktur, die Preise für die Entsorgung und Vorbehandlung, die Nachfrage nach Sekundärrohstoffen und dadurch durch die Rohstoffpreise sowie die Behandlungs- und Verwertungskapazitäten für Abfall.

Allerdings hat selbst die Eurokrise seit 2010 zumindest in Deutschland noch zu keinen erheblichen Veränderungen bei den Abfallmengen und -preisen geführt und hatte ebenso keine Verringerung der gewerblichen Abfallanlieferungen zur Folge. In diesem Kontext blieben daher auch in vielen Bereichen die Entsorgungspreise weitgehend unverändert, abgesehen von den allgemeinen Preissteigerungen. Diese Entwicklung hat sich in 2012 weiter fortgesetzt, aber in der jüngsten Zeit steigen die Preise zumindest bei neuen kommunalen Ausschreibungen merklich an.

Die seit 2010 existierende Euro-Krise hatte bis dato noch keine größeren Auswirkungen auf die Branche, allerdings sind in 2012 die Erlöse nicht weiter angestiegen und mit Beginn 2013 zeigen sich Eintrübungen der Konjunktur, was sich im Verfall der Rohstoffpreise seit Mitte 2012 bemerkbar macht.

Aufgrund dessen gibt es auch weiterhin einen am Preis orientierten Verdrängungswettbewerb, der sich nicht abgeflacht hat. Entsorgungsdienstleistungen bieten derzeit sehr geringe Gewinnmargen und viele kapitalschwache Unternehmen haben erhebliche Finanzierungsprobleme trotz niedriger Kreditzinsen, zumal seit Ende 2010 aufgrund der Euro-Krise die Versorgung mit Krediten schwerer möglich ist. Dies wird sich in 2013/14 wohl nicht verbessern.

Auf die öffentlich-rechtlichen Entsorger hat dies nur mittelbaren Einfluss, da zumeist eigene Anlagen bestehen oder langfristige Verträge existieren. Allerdings sind bei neuen Vertragsabschlüssen mit privaten Entsorgungsfirmen auch die kommunalen Partner dem allgemeinen Konjunkturgeschehen ausgesetzt und zuletzt sind die Preise gestiegen, wenngleich nicht in dem eigentlich für die Entsorger notwendigen Ausmaß.

Bei Unternehmen, die über eigene Anlagen verfügen und gleichzeitig in der Abfalllogistik und im Recycling tätig sind, stiegen die Umsätze nur auf Kosten anderer Mitbewerber, einige konnten ihre Marktmacht ausbauen, aber der Markt ist umkämpft. Fusionen haben schon länger zu einer Oligopolisierung des Marktes geführt, was sich in manchen Gebieten für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger in Marktversagen äußert.

Wesentliche Differenzierungsmerkmale sind der Preis für die Afall(behandlungs)-dienstleistungen sowie die regionale Positionierung der Dienstleister und der Anlagen.

Für den ZAV, der als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger ohne eigene in größerem Umfang nutzbare Beseitigungsanlagen agiert, zugleich aber über langfristige Entsorgungsverträge verfügt, machte sich dies nur indirekt bemerkbar, indem die AEGV als beauftragter Dritter die Kosten bei der Entsorgung im Rahmen der Regiekosten an den ZAV weitergeben muss. Diese Kosten sind aber seit 2009 relativ stabil. Es konnten zudem durch Umstellungen bei den Entsorgungsstrukturen weitere Steigerungen abgefangen werden. Seit dem 01.01.2011 wird der Hausmüll anderweitig entsorgt. Dabei sind die Kosten durch neue Verträge drastisch gesunken (von mehr als 240 EUR/Mg auf unter 100 EUR/Mg). Dadurch sind die spezifischen Entsorgungskosten seit 2011 deutlich niedriger geworden. Diese Verträge werden vom ZAV selbst abgewickelt.

Die anderen Sammlungs- und Entsorgungsverträge hingegen blieben seit 2010 fast preisstabil, da selbst die vorhandenen Preisgleitklauseln kaum Veränderung ergeben haben. Allerdings machte in 2012 die Firma Veolia aufgrund der von den Ausschreibungsunterlagen abweichenden neuen Struktur Mehrkosten geltend.

Insgesamt unterlagen aber die Kosten pro Tonne Abfall im Jahresverlauf nur geringen Schwankungen, da die aktuellen Entsorgungsverträge keine variablen Preise enthalten, und nach dem 01.01.2011 keine neuen Verträge abgeschlossen wurden, so dass nur die geringen Steigerungen durch die vertragliche Preisleitung wirksam wurden.

Alles in allem gilt für den ZAV, dass er sowohl bei der Einnahmesituation als auch bei den Ausgaben nur wenig kurzfristigen Schwankungen unterliegt, aber strukturelle Fehlentwicklungen oder fehlende Gebühreneinnahmen ebenfalls nur längerfristig korrigieren kann. Ende 2009 liefen die Sammlungsverträge für Restabfall, Papier, Sperrmüll und Sonderabfall aus. Die neuen Verträge sind deutlich kostengünstiger. Dies hat sich durch eine drastische Reduktion der Sammlungskosten bemerkbar gemacht. In 2012 und 2013 setzt sich dies fort, was ab 2013 zu geringeren Gebühren führte.

Darüber hinaus werden die grundsätzlichen Beschlüsse über die Abfallkonzeption, die Gestaltung der Entsorgung und die prinzipielle Ausrichtung durch die politischen Gremien

bestimmt, so dass nicht ausschließlich betriebswirtschaftliche oder ökonomische Faktoren zum Tragen kommen. Die operative Geschäftsführung kann hierbei nur die getroffenen Beschlüsse umsetzen, unabhängig von Kosten und/oder Nutzenbetrachtungen. Seit 2010 greift hier ebenfalls die Änderung des Gebühren- und Sammelsystems.

Dies führte dazu, dass das Jahr 2012, nachdem die neue Struktur seit 2011, nach Abschluss der Umstellungsschwierigkeiten, im zweiten Jahr normal genutzt werden konnte, eine positive Entwicklung genommen hat. Bedingt durch die o.g. Probleme und Beschlüsse, mit denen die Umstellung befrachtet wurde, war das Jahr 2010 durch teilweise dramatische Zustände zu Beginn der Umstellung gekennzeichnet. Diese sind in 2011 weitgehend normalisiert worden und in 2012 lief es überdurchschnittlich gut. Daher kann das Jahr 2011 als Jahr angesehen werden, ab dem die Umstellung der Systeme greift, sowohl was die Sammlung als auch was die Entsorgungswege angeht.

### *III. Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr*

#### *IIIa. Umsatz und Auftragsentwicklung*

Da der ZAV ausschließlich im Bereich des Vogelsbergkreises tätig ist und zudem nur die Sammlung, Verwertung und Beseitigung der dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angeordneten Abfälle betreibt, ist der Umsatz stets durch die Gebühreneinnahmen und die Mengenentwicklung an Haus-, Sperr-, Bio- und Sondermüll sowie Altpapier im Kreis vorgegeben. Es ergaben sich in 2012 gegenüber dem Vorjahr keine großen Mengenveränderungen bei Hausmüll und Sperrmüll mehr. Das Jahr 2012 lag in dem prognostizierten und im Wirtschaftsplan 2012 abgebildeten Rahmen. Mengen von außerhalb des Kreises wurden nicht angedient.

Die Auftragsentwicklung kann aufgrund der besonderen Situation des ZAV als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger nicht aktiv beeinflusst werden, da er keine klassische Akquisition betreibt, sondern aufgrund der bundes- und landesrechtlichen Vorgaben Sammel- und Entsorgungspflicht für den kommunalen Bereich besteht. Die Auftragszahl und die Einnahmeentwicklung werden von den satzungsmäßigen Sammlungen im Hol- und/oder Bringsystem bestimmt. Zudem sind die Gebühren fest vorgegeben. Eine Steigerung des Umsatzes und der Aufträge durch Verträge oder Aufträge außerhalb des Gebietes des Vogelsbergkreises erfolgt nicht.

Im Jahr 2012 lagen die tatsächlich erzielten Umsatzerlöse bei rund 9,44 Mio. EUR (2011: 9,67 Mio. Euro). Das Jahr 2012 schloss insgesamt mit einem Gewinn von 1.435 TEUR ab, was 31 TEUR über dem Planansatz lag. Die Planvorgaben wurden somit ziemlich genau erreicht. In 2011 ergab sich noch ein Gewinn von 1.983 TEUR.

Dem stehen ein Materialaufwand von 5,361 TEUR (2010: 5.258 TEUR) und ein Personalaufwand von 1.266 TEUR gegenüber. Hier machen sich u.a. die leichten Steigerungen der Sammlungskosten durch die Preisgleitung aufgrund höherer Personal- und Treibstoffkosten und der, wengleich nur gering erhöhte, Personalkostenanteil bemerkbar.

Der ZAV schloss damit das fünfte Betriebsjahr mit kaufmännischer Buchführung mit einem Gewinn von 1.435 TEUR (2010: 1.983 TEUR) ab. Der Zweckverband hat bereits zum 31.12.2011 seine bilanzielle Überschuldung aus den Vorjahren beendet. Das Eigenkapital weist nunmehr einen positiven Wert von 2.061 TEUR aus nach einem Wert von 626 TEUR in 2011. Aufgrund der für die nächsten Jahre geplanten Ergebnisse wird sich die Eigenkapitalausstattung weiter verbessern.

### *IIIb. Entwicklung des Tätigkeitsfeldes*

Der ZAV wurde im Herbst 1987 gegründet. Seitdem wurde das kommunale Haushaltsrecht angewandt. Aufgrund der geforderten Umstellung im Rechnungswesen wurde der ZAV gemäß dem Beschluss der Verbandsversammlung ab 2008 auf kaufmännische Buchführung, die für Zweckverbände zulässig ist, umgestellt. Das Jahr 2012 war das fünfte Geschäftsjahr mit kaufmännischer Buchführung.

Der ZAV hat sukzessive alle Aufgaben vom Landkreis und den kreisangehörigen Kommunen, zuletzt ab 01.01.2008 von der Gemeinde Wartenberg, übernommen und regelt alle Aufgaben, die nach § 1 Hessisches Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (HAKrWG) dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zukommen. Seit 1998 bedient er sich für einige Teilbereiche einer Tochtergesellschaft, der AEGV, und seit 2007 für den Bereich der regenerativen Energieerzeugung einer weiteren Tochtergesellschaft, der NEV. Hinzu kommen die Nachsorge für die Altdeponie in Mücke Nieder-Ohmen und teilweise die Stilllegung und Nachsorge der Deponie Bastwald nach Betriebsende.

Die Haupttätigkeiten beschränken sich derzeit auf Contracting und Vertragsabwicklung bei Sammlung, Vorbehandlung, Umladung, Transport, Verwertung und Entsorgung etc., da eine Kommunalisierung der Sammlung von den Verbandsgremien abgelehnt wurde. Im Rahmen der neuen Ausschreibungsperiode ab 2015/2016 wird darüber erneut nachzudenken sein, zumal sich für die neue Ausschreibungsperiode deutliche Kostensteigerungen ankündigen. Ab 2015 wird der ZAV das Gefäßmanagement selbst übernehmen. Die operativen Aufgaben werden daher auch zukünftig (zumindest bis 2016) weitgehend durch beauftragte Dritte erledigt. Eine erneute Prüfung der Kommunalisierung könnte bei erfolgreichem Ausgang erst ab 2016/2017 umgesetzt werden.

Die Verwaltung und das Gebührenwesen erfolgten direkt durch den ZAV, wobei die Gebührenerhebung und -bescheidung seit 2010 zentral durch die Verwaltung des ZAV direkt erfolgt. Seit dem 01.01.2013 trat eine deutliche Gebührensenkung in Kraft.

### *IIIc. Investitionen*

In 2012 erfolgten keine größeren Investitionen durch den ZAV. Durch Beschaffung von Hard- und Software und Anpassung an neue Vorgaben wurden in diesem Bereich einige Investitionen getätigt. Eine weitere Investition erfolgte durch den Kauf der Kompostierungsanlage in Alsfeld-Billertshausen. Es wurden Investitionen in Softwarelösungen für die notwendigen Änderungen erforderlich. Da Investitionen auf dem Gelände des EZV durch die AEGV ausgeführt werden, erfolgt dort keine direkte Investitionstätigkeit.

### *IIIId. Personal- und Sozialbereich*

Es ergaben sich keine Änderungen in diesem Bereich, da das benötigte Personal des Zweckverbands Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis aufgrund der in 2010 anfallenden ungeplanten Mehrarbeiten bereits vorher aufgestockt werden musste. Allerdings wurden auch in 2012 einige Mitarbeiter befristet beschäftigt, um die Arbeitsspitzen abzufangen.

## **B. Darstellung der Lage der Gesellschaft**

### *I. Vermögens- und Finanzlage*

Der Zweckverband weist derzeit eine Eigenkapitalquote von 15,5 % auf. Finanzierungsprobleme aufgrund der Eigenkapitalausstattung bestehen nicht.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Pensionsrückstellungen (TEUR 444), Urlaubs- und Überstundenrückstellungen (TEUR 86) sowie Deponienachsorge Bastwald (TEUR 9.077, in 2011: 8.558; Zuführung 519 TEUR) und die Nachsorge Mücke-Nieder-Ohmen (TEUR 210). Die langfristigen Rückstellungen zur Deponienachsorge wurden aufgrund der gutachterlich durch ein Fachbüro berechneten Parameter für Stilllegung und Nachsorgeaufwendungen, sowie veränderten Berechnung nach BILMOG auf 9.077 TEUR aufgestockt. Damit sind die für diesen Zeitpunkt nachzuweisenden Rückstellungen für die Nachsorge vorhanden. Der Bestand an flüssigen Mitteln betrug 9.809 TEUR (2011: 7.253 TEUR).

Die Finanzlage ist geordnet, die Liquiditätssituation ist positiv, der ZAV ist langfristig finanziert. Die Barliquidität erhöhte sich um 1,890 Mio. EUR auf 8,3 Mio. EUR. Der Verband weist auf allen Liquiditätsstufen positive Werte auf.

### *II. Ertragslage*

In 2012 wurde ein Überschuss von 1.435 TEUR erreicht, was hauptsächlich auf die seit 2010 erzielten Kostenverringerungen, den Wegfall der Zusatzkosten für die Systemumstellung, und den verringerten Aufwendungen für die Sammlung zurückzuführen war, gegenüber 2011 verschoben sich die Werte nur geringfügig. Der Umsatzerlös lag zudem nur um 224 TEUR unter dem des Vorjahres.

Diesem Erlös stehen ein Material- und Personalaufwand von 6.627 TEUR (Vorjahr: 6.483 TEUR) gegenüber. Hauptfaktoren waren: Kostenerstattung an AEGV 1.155 TEUR (2011: 1.138 TEUR), Entsorgung Hausmüll von nur noch 1.581 TEUR, PPK von 776 TEUR, Grünabfall 143 TEUR und Sperrmüll 201 TEUR für Verwertung und 280 TEUR für Sammlung.

Wie zu erwarten, zeigt sich, dass neben den Umsatzerlösen (meist Gebühreneinnahmen) der Materialaufwand (Sammlung, Entsorgung und Deponierückstellungen) den Haupteinfluss auf das Jahresergebnis haben.

## *Ausblick:*

### C. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

#### *I. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung*

Die weitere Entwicklung der Abfallentsorgung im Vogelsbergkreis ist, mit Ausnahme des Bereiches der gewerblichen Abfälle, von relativer Konstanz geprägt, denn bereits seit 2011 zeigt sich, dass sich das System in den prognostizierten Korridoren bewegt und in den Folgejahren keine großen Änderungen hierbei mehr zu erwarten sein werden, was sich für 2012 auch bestätigte, sofern keine System- oder Satzungsänderungen zum Tragen kommen bzw. rechtliche Änderungen Kosten verursachen. Mit Inkrafttreten des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes sind allerdings neue Kostenfaktoren wie eine Wertstofftonne und die Einführung einer getrennten Bioabfallsammlung ab 2015/16 am Horizont aufgetaucht.

Die Kosten für die Sammlung und Entsorgung der Abfälle sind aufgrund der neuen Verträge ab 2010 sehr viel niedriger geworden und liegen z. T. unter den derzeit von den Entsorgern und Verwertern sonst erzielbaren Erlösen. Der ZAV zahlt deshalb aufgrund dieser neuen Verträge sehr günstige Sammlungspreise. Gleiches gilt für die neue Struktur bei den Gefäßen. Seit 2011 gilt dies auch für die Hausmüllentsorgung. Zudem sind die erzielten Erlöse für Papier sehr hoch und steigen, wie der Abschluss der Neuausschreibung gezeigt hat, seit 2013 weiter an.

Ab 2010 hat sich durch den vorgenommenen Umbruch in der Abfallkonzeption des ZAV eine deutliche Veränderung und Verbesserung ergeben. Die Sammlungskosten sind in 2010 erheblich gesunken, die Entsorgungskosten seit 2011 ebenfalls. Damit wurden auch die Kosten für Mehrmengen, die sich durch die gewollte Rückführung von Abfällen in die richtigen kommunalen Sammelsysteme ergeben, weit überkompensiert. Zudem ist die Mengenentwicklung seit 2010 relativ konstant und liegt auch in 2011 bei 17.249 Mg, in 2012 bei 17.153 Mg und wird in 2013 ungefähr 17.500 Mg/Jahr betragen.

Hier zeichnet sich daher mittelfristig eine sehr positive Entwicklung ab, da ab Anfang 2011 deutliche Einsparungen erfolgt sind. Das Ziel einer Gebührensenkung für die Jahre ab 2013 wurde erreicht. Zumindest für die Periode 2013-2015 gelten Niedrigere Gebühren und damit auch niedrigere Überschüsse. Ab 2016 kann sich dies aufgrund der o.g. Unwägbarkeiten wieder ändern.

Es ist weiter notwendig, die Deponie Bastwald so bereit zu halten, dass die Kapazitäten dort so günstig wie möglich zu verwerten sind, da hierdurch eine gewisse Kostendämpfung erzielt werden könnte. Zugleich ist mit den Veränderungen durch das neue System absehbar mittelfristig eine deutliche Verstetigung der Verbesserung des Ergebnisses möglich, ist aber abhängig von den evtl. notwendigen Veränderungen aufgrund des neuen Gesetzes. Die Entsorgung andererseits ist durch Verträge bis mindestens 2016 gesichert.

## *II: Ergebnisprognose*

Die Umsatz- und Erlösentwicklung ist, wie bereits ausgeführt, fast nicht von konjunkturellen Schwankungen abhängig, sondern durch die aktuellen Satzungen und kommunalen Verträge bestimmt. Für das Jahr 2013 geht der ZAV ebenfalls von einem nur noch leicht positiven Ergebnis aus, da durch die Gebührensenkungen die Einnahmen sich deutlich verringern werden. Für die Jahre 2014 und 2015 werden mit positiven oder zumindest ausgeglichenen Ergebnissen gerechnet. Die erwarteten Ergebnisse 2010-12 ergaben sich aus der Planung einer dreijährigen Gebührenkalkulationsperiode, die die hohe Kostenspitze des Umstellungsjahres 2010 abfangen sollte. Dies hat sich bestätigt. Für die Periode 2013-2015 ergeben die Kalkulationen deutlich niedrigere Gebührensätze.

### D. Risiken und Chancen der voraussichtlichen Entwicklung

Das Hauptrisiko des ZAV besteht in evtl. schwankenden Abfallmengen und extern initiierten Änderungen. Als kommunaler öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger unterliegt der ZAV keinen konjunkturellen Schwankungen oder Konkurrenzsituationen.

Veränderungen erfolgen daher auch nicht plötzlich, da alle Rahmenbedingungen langfristig fest gelegt sind und i. d. R. auf Rechtsbeziehungen (Anschlusspflicht etc.) basieren.

Andererseits bietet sich auch nur bei Neuausschreibungen oder Auslaufen von Altverträgen die Chance, grundlegende Dinge zu ändern und ggf. deutliche Verbesserungen zu erreichen, da der ZAV nicht wie ein privates Unternehmen agieren kann.

Gegenwärtig sieht insbesondere die rechtliche Situation so aus, dass eine Änderung der Geschäftsgrundlagen durch das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz erfolgt. Diese Auswirkungen sind noch nicht endgültig absehbar, werden aber erst ab 2015 erfolgen. Je nach den vom ZAV ergriffenen Maßnahmen (Biotonne ja oder nein) können sich hieraus aber ab 2015 finanzielle Risiken ergeben. Es besteht jedoch auch das konkrete Risiko, dass durch Rechtsverordnungen aufgrund des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes Aufgabenveränderungen entstehen können (Wertstofftonne z. B.).

Aufgrund der erfolgten Neuausschreibung mit einem Identssystem und Leerungsregistrierung sowie einem personenbezogenen Tarif, ist gesichert, dass dieser Bereich zu deutlich besseren Konditionen weiter geführt werden kann. Die abgeschlossenen Verträge beinhalten wesentlich geringere Kosten und sind erheblich besser. Mittlerweile wird die Vertragsabwicklung in diesem Bereich wieder direkt durch den ZAV übernommen. Seit 2011 ergeben sich im Entsorgungs- und Verwertungsbereich ebenfalls erhebliche Kostensenkungen und deutlich erhöhte Einnahmen bei der Wertstoffvermarktung.

In 2011 wurden die umstellungsbedingten Unwägbarkeiten weitgehend abgearbeitet und ab 2012 ff können sich die angestoßenen positiven Entwicklungen verstetigen.

Da der ZAV nur im Bereich des Vogelsbergkreises tätig ist und zudem ausschließlich die Entsorgung der dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angedienten Abfälle

obliegt, ist der Umsatz durch die demographische und Mengenentwicklung im Kreis und durch die Festlegungen der ZAV-Satzungen vorgegeben.

Zugleich ist aber dadurch eine Abdeckung des Risikos und der Finanzierungssicherstellung gegeben, da die Kosten aus dem Gebührenaufkommen finanziert werden. Aus derzeitiger Sicht sind daher keine grundsätzlich bestandsgefährdenden bzw. die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigenden Risiken erkennbar. Durch das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz können sich noch positive oder negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben. Dies ist aber erst ab 2014/2015 absehbar. Dadurch bedingte Änderungen oder die hierauf basierenden Vorgaben seitens der Verbandsgremien haben dabei erhebliche Auswirkungen auf das System und somit auf die finanzielle Lage des ZAV.

Es bleibt zu berücksichtigen, dass der ZAV trotz kaufmännischer Buchführung weiterhin eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes ist, hoheitlich tätig bleibt, die Tätigkeiten durch Rechtsvorgaben bestimmt sind und die Erfüllung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zum Ziel haben. Die Steuerung erfolgt normalerweise unternehmerisch, aber nicht gewinnorientiert, sondern nach den Regelungen des KAG etc. und unterliegt den Beschlüssen der Versammlung.

#### E. Sonstige Angaben

##### *I. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres*

(keine)

## NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH

- Kirchlich-kommunale Gesellschaft  
für berufliche Integration -

Altenburger Str. 40, 36304 Alsfeld  
Tel.: 06631 / 9641-0 - Fax: 06631 / 9641-41  
E-Mail: info@neue-arbeit-vb.de  
Internet: www.neue-arbeit-vb.de



### Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Die qualifizierte Beschäftigung sowie die berufliche und persönliche Aus-, Fort- und Weiterbildung mit dem Ziel der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung ins Erwerbsleben von Langzeitarbeitslosen, Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und sonstigen schwer vermittelbaren Arbeitslosen, insbesondere Empfängern von Sozial- und Jugendhilfe im Vogelsbergkreis.

Betriebsgrundlage ist die Teilnahme an öffentlich geförderten Maßnahmen.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Zweck der Gesellschaft ist die allgemeine und berufsbezogene Volksbildung sowie die Wohlfahrtspflege für die genannten Personen mit dem Ziel, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ihnen die Sicherung ihrer Existenz aus eigener Kraft möglich wird. Die Gesellschaft wird damit in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der evangelischen Kirche tätig.

### Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

*Beteiligung seit:* 1999

*Anteile in %:* 40 %

#### *§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

## Organe des Unternehmens

### *Aufsichtsrat:*

**Landrat Manfred Görig – Vorsitzender** (ab 10.06.2012)

**Landrat Rudolf Marx – Vorsitzender** (bis 09.06.2012)

Otto Bäuscher – Geschäftsführer

**Rosemarie Müller – Kreisbeigeordnete** (ab 10.06.2012)

**Magdalena Pitzer – Kreisbeigeordnete** (bis 09.06.2012)

Horst Schopbach – Präses

Werner Weber

### *Geschäftsführung:*

Pfarrer Christoph Geist

Hans-Ulrich Merle (ab 01.02.2012)

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

*Rechtsform:*

gGmbH

*Gründungsdatum:*

26.01.1999

*Gesellschaftsvertrag:*

26.01.1999

*Handelsregister:*

Gießen, HRB 5161

*Stammkapital:*

127.822,97 €

*Beteiligungen:*

Neue Dienste Vogelsberg NDV GmbH, Alsfeld – 100 %

### *Gesellschafter und Stammeinlagen:*

	€	in %
Vogelsbergkreis, Lauterbach	51.129,18	40
VAU Verbund für Ausbildung und Umwelt e.V., Alsfeld	25.564,59	20
Dekanat Alsfeld	12.782,30	10
Dekanat Homberg/Ohm	12.782,30	10
Dekanat Vogelsberg	12.782,30	10
Dekanat Schotten	12.782,30	10
	<u>127.822,97</u>	<u>100,0</u>

## Bilanz des Unternehmens

### AKTIVSEITE

	31.12.2012		31.12.2011	
	€	€	€	€
<b>A. Anlagevermögen</b>				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.680,53		2.231,32	
II. Sachanlagen	1.005.323,05		1.071.882,12	
III. Finanzanlagen	50.000,00		50.000,00	
		<u>1.057.003,58</u>	<u>1.124.113,44</u>	
<b>B. Umlaufvermögen</b>				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	836.489,08		869.926,60	
davon gegen Gesellschafter € 534.299,97			(602.702,62)	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als				
einem Jahr € 437.154,51			(404.129,89)	
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	894.226,12		322.448,67	
		<u>1.730.715,20</u>	<u>1.192.375,27</u>	
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		0,00	3.424,44	
		<u><u>2.787.718,78</u></u>	<u><u>2.319.913,15</u></u>	

### PASSIVSEITE

	31.12.2012		31.12.2011	
	€	€	€	€
<b>A. Eigenkapital</b>				
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97		127.822,97	
II. Gewinnrücklagen	148.247,87		148.247,87	
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)	46.060,12		- 102.764,94	
IV. Jahresüberschuss	1.079.635,59		148.825,06	
		<u>1.401.766,55</u>	<u>322.130,96</u>	
<b>B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens</b>		539.655,82	553.493,26	
<b>C. Rückstellungen</b>		109.372,80	279.738,60	
<b>D. Verbindlichkeiten</b>		736.923,61	1.164.550,33	
davon gegenüber Gesellschaftern € 0,00			(150.000,00)	
davon aus Steuern € 40.181,13			(4.993,28)	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu				
einem Jahr € 209.462,01			(528.086,34)	
		<u><u>2.787.718,78</u></u>	<u><u>2.319.913,15</u></u>	

## Gewinn- und Verlustrechnung

	2012		2011
	€	€	€
1. Umsatzerlöse	770.097,06		710.637,54
2. Betriebskostenzuschüsse	1.223.941,33		1.871.891,24
3. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	13.837,44		14.253,44
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.435.731,34		70.824,42
		<b>3.443.607,17</b>	<b>2.667.606,64</b>
5. Materialaufwand			
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		285.148,66	307.862,25
		<b>3.158.458,51</b>	<b>2.359.744,39</b>
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.348.120,68		1.562.921,74
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	341.439,78		397.381,33
davon für Altersversorgung € 48.823,47			(49.703,13)
		<b>1.689.560,46</b>	<b>1.960.303,07</b>
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		79.391,70	71.203,47
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		319.616,60	444.692,93
		<b>2.088.568,76</b>	<b>2.476.199,47</b>
Zwischenergebnis		<b>1.069.889,75</b>	<b>- 116.455,08</b>
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12.613,34		270.816,72
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00		2.034,00
		<b>12.613,34</b>	<b>268.782,72</b>
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<b>1.082.503,09</b>	<b>152.327,64</b>
12. Sonstige Steuern		2.867,50	3.502,58
13. Jahresüberschuss		<b>1.079.635,59</b>	<b>148.825,06</b>

## Ausgewählte Kennzahlen

*Anzahl der Mitarbeiter:* 64 (Jahresdurchschnitt)

## Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

*Grundzüge des Geschäftsverlaufs:* Siehe Lagebericht

*Ertragslage des Unternehmens:* Jahresüberschuss 1.079.635,59 €

*Kreditaufnahmen:* keine

*Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:* keine

*Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : keine  
Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die  
Haushaltswirtschaft*

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

### *Begründung:*

gemeinnützige GmbH auf dem Gebiet Bildungs- und Sozialwesen

## Auszug aus dem Lagebericht

### 1. Darstellung des Geschäftsverlaufes und der Lage der Gesellschaft

#### 1.1 Allgemeine Ausführungen zu gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Entwicklungen in der Branche sowie Darstellung der eigenen Geschäftstätigkeit

Mit Inkrafttreten der Arbeitsmarktreflexionen zum 1. Januar 2005 haben sich für die Träger von arbeitsmarktlichen Dienstleistungen vielfältige Möglichkeiten der Partizipation ergeben. Die Zusammenführung der Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfe in das SGB II führte bezüglich der finanziellen Ausstattung zu einer erheblichen Ausweitung der Möglichkeiten - für Betroffene und Träger. Die inhaltlichen Optionen bei der Umsetzung waren vielfältig und führten zu neuen Maßnahmen. Insbesondere die so genannten Optionskommunen konnten an ihre Traditionen aus der BSHG-Zeit und der engen Zusammenarbeit mit den meist kommunalen Beschäftigungsträgern anschließen. Insofern war im Vogelsbergkreis der Übergang aus den alten rechtlichen Rahmenbedingungen in die neuen reibungslos möglich.

Allerdings haben sich sukzessive Veränderungen ergeben, die erheblichen Einfluss auf die organisatorischen und inhaltlichen Vereinbarungen und Werdegängen im Vogelsbergkreis hatten. So wurde

- der Eingliederungstitel von 6,3 Mio € in 2005 sukzessive auf 2,9 Mio € in 2012 (2,2 Mio € in 2013) verringert (durchschnittliche Verminderung der Arbeitslosenquote im Vogelsbergkreis um über 50%),
- die inhaltliche Steuerung durch das BMAS und die Agentur für Arbeit drastisch erhöht (durch Kennzahlen, Verpflichtungsermächtigungen, u.a.),
- annähernd im jährlichen Rhythmus an den gesetzlichen Möglichkeiten korrigiert. Dies zieht regelmäßig bei allen Beteiligten einen hohen Veränderungs- und Anpassungsdruck nach sich, zumal einzelne gesetzliche Regelungen sehr intensiv verändert worden sind.

Die vielgescholtene Pflicht zur öffentlichen Ausschreibung und Vergabe der Aufträge hatte der Gesetzgeber annähernd von Beginn an vorgesehen. Durch einen Vertrag zwischen der Neuen Arbeit Vogelsberg gGmbH und dem Kreisausschuss des Vogelsbergkreises mit einer Laufzeit von fünf Jahren bestand seitens der KVA über mehrere Jahre hinweg bezogen auf die volle Breite der Angebotspalette nicht der konkrete Druck zur Ausschreibung von Dienstleistungen. Innerhalb dieser vertraglichen Vereinbarungen war ein erheblicher Anteil des Eingliederungstitels zugunsten der Neuen Arbeit gebunden. Einhergehend mit dieser rechtlichen Veränderung veränderte sich das betriebswirtschaftliche Risiko der Neuen Arbeit.

Aufgrund der Kostenstruktur der Neuen Arbeit war bereits seit einigen Jahren eine Situation entstanden, die einen Erlösanteil aus Dienstleistungsaufträgen von ca. 30 % der Gesamteinnahmen notwendig machte, um ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erzielen. Durch den regelrecht sprunghaften Einbruch der Einnahmen im Bereich der Regiekosten-erstattung verbunden mit der verhältnismäßig späten Reaktion und Konsequenz auf der Kostenseite entstand ein strukturelles Problem, das sich nachhaltig auf die Jahresergebnisse der Jahre 2010 ff bezüglich des Operativen Geschäftes auswirkt. Eine Korrektur bzw. Anpassung an die Gegebenheiten benötigt Zeit.

Eine Steigerung/Verdoppelung des Erlösanteils als eine der betriebswirtschaftlich notwendigen Optionen lässt sich nicht ausschließlich aufgrund eigenen Willens erzwingen.

Der Personaleinsatz in den einzelnen Arbeitsbereichen wurde im ersten Halbjahr 2012 derart dezimiert, dass jeweils nur noch eine Fachkraft mit Leitungs- und Leitungsaufgaben in dem jeweiligen Arbeitsbereich zur Verfügung steht. Eine weitere Reduzierung des Personals würde unweigerlich dazu führen, dass die Arbeitsbereiche nicht mehr überlebensfähig sind. Allerdings sind die Umsatzerlöse aus allen Abteilungen notwendig, um eine Deckung der Gesamtkosten zu gewährleisten.

Die Schließung eines Arbeitsbereiches oder gar mehrerer Arbeitsbereiche hätte unweigerlich zur Folge gehabt, dass die Vielfalt des Angebotes für die Teilnehmer/innen der Maßnahmen verloren gegangen wäre. Diesbezüglich hätte sich die Sinnfrage über den

Fortbestand der Neuen Arbeit sehr schnell und sehr deutlich gestellt. Eine Neue Arbeit ohne die vielfältigen wertschätzenden Beschäftigungsangebote an die benachteiligten

Menschen wäre vergleichbar mit vielen überregionalen Trägern, die vor Ort Räume anmieten, eine Maßnahme absolvieren und wieder verschwinden.

Die Option, in einem Vergabeverfahren den Zuschlag zu bekommen lässt sich ebenfalls nicht erzwingen. In der Vergangenheit wurde bereits mehrfach auf die zum Teil unterschiedliche Kostenstruktur der potentiellen Bieter hingewiesen. Dazu nochmals zwei Beispiele: die Vergütung nach der KDAVO ist im sozialpädagogischen Bereich um 29,77 % höher als der seit 2012 gültige Mindestlohn in diesem Arbeitssegment. Die Angebote der Neuen Arbeit Vogelsberg sind folgerichtig bei einer mit zwei Coaches ausgeschriebenen Jahresmaßnahme allein im Bereich der Personalkosten (inkl. der Overheadkosten) um ca. 15.000 € teurer als Angebote potentieller Mitbewerber.

Inhaltlich haben sich die ausgeschriebenen Maßnahmen dahingehend verändert, dass der arbeitspraktische Anteil stark eingedämmt worden ist. Einzelne Maßnahmen finden gar ausschließlich in einem Gruppenraum statt, in dem jeder Platz mit einem PC ausgestattet ist.

Nach den stark verminderten Teilnehmerzuweisungen in den vergangenen Jahren wurde die Teilnehmerzahl in 2012 nochmal um ein Viertel gesenkt. Waren in 2011 noch 365 Teilnehmer zugewiesen, waren es in 2012 noch 277 Teilnehmer. Insgesamt wurden 1.223 Teilnehmermonate abgedeckt. Das entspricht einer durchschnittlichen monatlichen Teilnehmerzahl von 101 Teilnehmern.

Innerhalb dieser Gesamtzahl ist ein Anteil von **22** sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die einen Lohnkostenzuschuss nach den Bestimmungen des § 16e SGB II erhalten. Um die Fördervoraussetzungen zu erfüllen, ist eine Fülle persönlicher Defizite nachzuweisen. Die Neue Arbeit ist bestrebt, den innerhalb von Maßnahmen zugewiesenen Teilnehmern durch ein langfristig angelegtes Personalentwicklungskonzept am Ende einer Entwicklungsphase einen sozialversicherungspflichtigen Vertrag in Aussicht zu stellen. Sei es am Ersten Arbeitsmarkt oder eben innerhalb dieses Förderinstrumentes. Diese Perspektive führt zu einer hohen Motivation der Teilnehmer/innen.

Im laufenden Geschäftsjahr haben 12 Auszubildende ihre Ausbildung beendet. 10 Prüfungen wurden bestanden, zwei Ausbildungsverhältnisse wurden abgebrochen. Acht der 10 Gesellen haben unmittelbar nach der Ausbildung eine Beschäftigung aufgenommen, einer ist nach Frankfurt umgezogen. Über ihn sind keine Angaben möglich. Diese Quote ist beachtlich.

Zugleich haben fünf neue Auszubildende eine Ausbildung begonnen: zwei Bauten- und Objektbeschichter, zwei Verkäuferinnen (jeweils als zweijährige Ausbildungen) und ein Koch (dreijährig). Diese fünf Ausbildungsplätze konnten nur geschaffen werden, weil die Neue Arbeit einen durch Spenden und Zuschüsse (EKHN) akquirierten Teil der Kosten übernimmt und der Restbetrag inklusive der Ausbildungsvergütung vom Jobcenter getragen wird.

Eine weitere Auszubildende beendet ihre Ausbildung im Frühjahr 2014 (Garten-/Landschaftsbau).

Per 31. Dezember waren 58 Personen in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis. 23 Beschäftigte mit einer 16 e-Förderung, drei mit einem Lohnkostenzuschuss, sechs Auszubildende und 26 weitere Beschäftigte. Diese Beschäftigten besetzen 53,2 Vollzeitäquivalente. Weitere vier Beschäftigte in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis besetzen eine volle Stelle, sodass per 31. Dezember 54,2 Vollzeitäquivalente besetzt sind.

Seit dem 1. Oktober findet keine 1 €-Job-Maßnahme mehr bei der Neuen Arbeit statt. Aufgrund der veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen wurde entschieden, diese Maßnahme nicht weiter im Portfolio anzubieten.

Die Mehrzahl der durchgeführten Projekte wurde auf dem Weg des Zuwendungsrechtes in Auftrag gegeben.

Es finden regelmäßige Besprechungen in den unterschiedlichsten personellen Zusammensetzungen statt: Abteilungsbesprechungen, Stamm-Mitarbeiterbesprechungen und die Leitungsrunde. Die innerbetriebliche Kommunikation in Zeiten der Veränderung ist immens wichtig.

Seitens der Geschäftsleitung soll die individuelle Fortbildung der Mitarbeiter einen breiten Raum einnehmen. Der Fortbildungswille der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird gefördert.

Aus den wenigen ausgewählten Beispielen lässt sich erkennen, dass die Bedienung aller betriebswirtschaftlichen Ansprüche ein schwieriges Unterfangen ist und höchste Ansprüche auch an die Gesellschafter stellt.

## 1.2 Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Auflösung des Projektfondskontos führt zu einer mittelfristigen Sicherung der Liquidität. Die Sicherung der Liquidität war im Geschäftsjahr 2012 wiederum nur unter schwierigsten Bedingungen aufrecht zu erhalten. Allerdings mussten externe Dispositionskredite nicht in Anspruch genommen werden.

Wie oben bereits ausgeführt, ist es dringend notwendig, die Umsatzerlöse erheblich zu steigern. Dringend geboten ist die Erschließung weiterer Einnahmequellen.

Eine Verminderung der Kosten ist nur noch bedingt und in unerheblicher Größenordnung möglich und sinnvoll. Die Steigerung der arbeitsmarktlichen Dienstleistung (Maßnahmen) führt in jedem Fall zu einer Ausweitung des Personalkörpers im sozialpädagogischen Bereich. Die tarifliche Bindung mit den damit verbundenen unverhältnismäßig hohen Kosten wird auch zukünftig dazu führen, dass Zuschläge im Vergabeverfahren verwehrt werden.

Durch weitere organisatorische Veränderungen, durch die Erschließung neuer Einnahmequellen sowie durch eine Ausweitung des Netzwerkes kann mittelfristig mit einem

ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet werden. Ziel muss es sein, dafür stabile Rahmenbedingungen zu schaffen.

### 1.3 Ergänzende Darstellungen

Mit Blick auf die Diskussionen im Herbst/Winter 2011/2012 hat der Aufsichtsrat beschlossen, einen weiteren Geschäftsführer aus dem Bereich des Kreisausschusses zu berufen. Die Personalkosten werden von dort getragen. Zum 1. Februar hat Hans-Ulrich Merle seine Tätigkeit als hauptberuflicher Geschäftsführer aufgenommen.

Personelle Veränderungen durch Beendigung der Arbeitsverhältnisse in der Leitungsebene waren ebenso notwendig wie in der operativen Ebene (Fachanleitungen u. sozialpädagogischer Bereich). Ziel dieser Werdegänge war es, dass die Arbeitsbereiche jeweils nur noch mit einer Fachanleitungskraft ausgestattet sind und die Mitarbeiter/innen im sozialpädagogischen Bereich jeweils mit den berechneten Stellenanteilen den Projekten zugeordnet sind. Im Ergebnis wurde die Kostenstruktur in geringem Umfang abgesenkt.

Aufgrund der Tatsache, dass der Erlöserzielung eine deutlich höhere Wertigkeit zukommt, war anzuerkennen, dass die zurückgehende Zahl der zugewiesenen Teilnehmer nicht erwarten lässt, dass dieses Ziel erreichbar sein könnte. Dazu kommt, dass gerade in den Arbeitsbereichen mit einer starken Außenwirkung (Terminvereinbarungen usw.) nicht zuverlässig mit den wenigen Teilnehmern gearbeitet werden konnte. Insofern wurde die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in allen Arbeitsbereichen deutlich erhöht. Es handelt sich durchweg um Beschäftigte, für die aufgrund der individuellen Nachteile Lohnkostenzuschüsse gewährt werden. Neue Stellen wurden und werden jeweils dann geschaffen, wenn die Refinanzierung dies aufgrund der Auftragslage erwarten lässt.

In den beiden Arbeitsbereichen „Angebotserstellung/-abgabe, Nachkalkulation“ und „Forderungsmanagement“ wurden organisatorische Änderungen vorgenommen, die sicherstellen, dass einerseits durchweg kostendeckend kalkuliert wird und bestehende Forderungen derart bearbeitet werden, dass eine gerichtliche Durchsetzbarkeit der Forderung möglich ist.

Die Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen hat es ermöglicht, so genannte eigene Maßnahmen zu entwickeln, diese nach AZAV zertifizieren zu lassen und dem Jobcenter anzubieten. In 2012 wurde die erste derartige Maßnahme für Mini-Jobber zertifiziert und erfolgreich umgesetzt. Mittlerweile ist eine zweite Maßnahme (Aktivierung plus) zertifiziert und eine dritte (Neue Wege) auf dem Weg zur Zertifizierung. Die Inanspruchnahme erfolgt über Aktivierungsgutscheine, die für die SGB II-Empfänger individuell und zielgerichtet ausgestellt werden und sodann hier eingereicht werden müssen. Diese Maßnahmen werden in jedem Fall kostendeckend angeboten.

Eine intensivere Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit wird angestrebt. Bisher ist die Kooperation auf die Gewährung von Lohnkostenzuschüssen beschränkt.

Die Neue Arbeit hat im laufenden Geschäftsjahr 2012 damit begonnen, ihre Außendarstellung (Image) deutlich zu verbessern. Dies geschieht durch die Teilnahme an Messen, an

Ausstellungen, an Jahr-Feiern (Elbenrod), neue, ansprechende Homepage und Werbeartikel, u.a. Der Regionalmarkt als eigene Veranstaltung wurde intensiv beworben und hat sich weiter etabliert. In den letzten Wochen wurden T-Shirts mit dem Logo der Neuen Arbeit für alle Beschäftigten angeschafft- das schafft Identifikation und Zusammengehörigkeit. Im Herbst d.J. übernimmt die Neue Arbeit das Messe-Café bei der Vogelsberger Herbstausstellung. Die Präsenz in der örtlichen Presse und osthessen-news wurde deutlich erhöht indem über den Verlauf von Projekten, deren Ergebnisse oder andere interessante Informationen berichtet wurde.

Die im jährlichen Rhythmus notwendige Überprüfung der Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb erfolgte ohne Beanstandungen. Die Zertifizierung wurde 2012 bestätigt.

Seit 2006 verfügt die Neue Arbeit über ein regelmäßig rezertifiziertes Managementsystem, das vom TÜV Hessen nach DIN EN ISO 9001 bestätigt wird. Diese Rezertifizierung fand in 2012 mit einem Rezertifizierungsaudit ebenso statt, wie das 2. Überwachungsaudit zur AZWV Trägerzulassung. Beanstandungen vom Auditor gab es jeweils nicht.

Als „neues Standbein“ wurde im Sommer eine Vereinbarung mit dem örtlichen Jugendhilfeträger getroffen und die inhaltliche Umsetzung eines Angebotes zur ambulanten Erziehungshilfe vereinbart. Die Neue Arbeit wurde vom Kreisausschuss des Vogelsbergkreises damit beauftragt, das Asylbewerberwohnheim in Altenburg zu betreiben.

### *Ausblick:*

#### 2. Prognose

Es wurde oben anhand ausgewählter Beispiele deutlich gemacht, dass es ein nicht unerhebliches Potential an Veränderungsoptionen gibt. Neben den dargestellten und bereits „auf den Weg gebrachten“ Ansätzen wird sich die Gesellschaft weiteren Veränderungen und Prozessen stellen.

Es ist entgegen der Wahrnehmung in anderen Landkreisen im Vogelsbergkreis so, dass ein hoher Wille zur Erhaltung der Neuen Arbeit vorhanden ist und insbesondere die beiden großen Gesellschafter die Veränderungsprozesse konstruktiv begleiten und vorantreiben. So wurde u.a. beschlossen, zwei weitere Tochterunternehmen als GmbH neu zu gründen, um sich eben den Gegebenheiten zu stellen und angemessen auf die neuen Anforderungen zu reagieren. Ziel ist bei allen Beteiligten die grundlegende und langfristige Sicherung der Gesellschaft.

Im sozialen Bereich haben sich durch die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen die gesetzlichen Rahmenbedingungen rasant schnell entwickelt. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Die Mammutaufgabe der betroffenen Träger besteht darin, die Veränderungen zukünftig rechtzeitig zu erkennen, die richtigen Entscheidungen zu treffen und in einem großen und funktionierenden Netzwerk „vor Ort“ die notwendige Unterstützung aller Verantwortlichen zu haben.

---

## Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH

Schwabenröder Str. 81, 36304 Alsfeld  
Tel.: 06631 / 98-0- Fax: 06631 / 98-1118  
E-Mail: [info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de](mailto:info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de)  
Internet: [www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de](http://www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de)



---

### Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Betrieb des Kreiskrankenhauses des Vogelsbergkreises in Alsfeld einschließlich zugehöriger Ausbildungsstätten, Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben als Krankenhaussträger.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Gesundheitswesen

### Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

*Beteiligung seit:* 1999

*Anteile in %:* 100 %

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 52, 55 bis 57 der Abgabenordnung (AO).

## Organe des Unternehmens

### *Aufsichtsrat:*

Aufsichtsratsvorsitzender	<b>Landrat Rudolf Marx</b> (bis 23.05.2013) <b>Landrat Manfred Görig</b> (ab 24.05.2013)
stellv. Vorsitzender	<b>Dr. Arno Wettlaufer</b>
Mitglieder des Kreistages	<b>Jürgen Ackermann</b> <b>Ulf Immo Bovensmann</b> <b>Dr. Hans Heuser</b> <b>Edith Köhn-Müller</b>
Sachkundige Personen	<b>Gerhard Kühnl</b> <b>Helmut Euler</b> <b>Ralf A. Becker</b>
Mitglieder des Betriebsrates	<b>Cornelia Laqua</b> <b>Elona Kaiser</b>

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates entstanden im Wirtschaftsjahr 2012 Aufwendungen in Höhe von 1.531,90 € (Vorjahr 2.141,62 €).

*Geschäftsführung:* Bodo Assmus, Dipl.-Betriebswirt (BA)

Auf die Angabe der Bezüge für aktive und frühere Mitglieder der Geschäftsleitung nach § 314 Abs. 6 a) und b) HGB wurde verzichtet, da hiermit die Schutzwirkung nach § 286 Abs. 4 HGB für Angaben nach § 285 Nr. 9 a) und b) HGB aufgehoben würde.

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	16.08.1999
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	16.08.1999, geänderte Fassung vom 17.01.2001
<i>Handelsregister:</i>	Gießen, HRB 5326
<i>Stammkapital:</i>	6.000.000 €
<i>Beteiligungen:</i>	1. Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD GmbH) mit 51 % - Stammkapital 25.000 € 2. AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS) mit 100 % - Stammkapital 25.000 € 3. Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld gemeinnützige GmbH (GuPA) mit 100 % - Stammkapital 25.000 €
<i>Gesellschafter:</i>	<b>Vogelsbergkreis</b>



**Gewinn- und Verlustrechnung (Konzern)**

		<b>2012</b>	<b>2011</b>
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	27.563.765,97	26.374.766,87
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen / unfertigen Leistungen	-45.646,45	72.018,97
3.	Sonstige betriebliche Erträge	3.557.569,81	3.988.993,07
		<u>31.075.689,33</u>	<u>30.435.778,91</u>
4.	Materialaufwand		
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.703.512,37	4.867.561,88
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	775.386,19	960.826,33
		<u>5.478.898,56</u>	<u>5.828.388,21</u>
5.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	17.181.009,43	16.024.825,79
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	4.210.198,13	3.933.446,87
	- davon für Altersversorgung		
	EUR 1.095.227,74 (Vorjahr EUR 1.067.164,25)		
		<u>21.391.207,56</u>	<u>19.958.272,66</u>
6.	Abschreibungen		
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.946.834,00	1.740.544,05
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.835.724,06	5.366.748,13
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.187,33	5.076,07
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	176.441,37	173.629,51
<b>10.</b>	<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<u>-1.750.228,89</u>	<u>-2.626.727,58</u>
11.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	8.357,00	12.889,84
12.	Sonstige Steuern	6.441,71	23.411,22
<b>13.</b>	<b>Jahresüberschuss/-Jahresfehlbetrag</b>	-1.765.027,60	-2.663.028,64
14.	Auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	9.949,08	13.381,09
<b>15.</b>	<b>Konzernergebnis</b>	<u><b>-1.774.976,68</b></u>	<u><b>-2.676.409,73</b></u>

## Ausgewählte Kennzahlen

*Anzahl der Mitarbeiter:*

	<b>2012</b> (Jahresdurchschnitt)	<b>2011</b> (Jahresdurchschnitt)
KKH GmbH	389,83	391,68
KAD GmbH	99,25	88,75
AMANDUS GmbH	37,25	74,75
GUPA GmbH	68,80	-

## Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

*Grundzüge des Geschäftsverlaufs:*

Siehe Lagebericht  
Stammeinlage 6.000.000 €

*Ertragslage des Unternehmens:*

Jahresfehlbetrag 1.774.976,68 €

*Kreditaufnahmen:*

siehe unten

*Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:*

\*) Bürgschaft

*Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den :*

\*\*)

*Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die  
Haushaltswirtschaft*

\*) Bürgschaft des Vogelsbergkreises über 8 Mio €, genehmigt durch RP am 16.03.2011  
Bürgschaft über 4 Mio €, genehmigt durch RP am 26.02.2013  
Altersteilzeitvereinbarung über 543.478,71 €, KT-Beschluss am 27.01.2011

\*\*\*) Verlustausgleich für die Jahre 2009 bis 2011 über 4.640.510,98 €, Haushalt 2013

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

*Begründung:*

Gesundheitsversorgung der Region

## ***Auszug aus dem Lagebericht***

### **1. Vorbemerkungen**

#### **1.1 Rechtsgrundlagen**

Bei der *Gesellschaft* handelt es sich um eine Eigengesellschaft des Landkreises (§ 52 HKO, § 122 HGO). Die kommunalrechtlichen Organisationspflichten und Regelungen zur Wirtschaftsführung wurden erfüllt.

Vom Wahlrecht der Zusammenfassung von Lagebericht und Konzernlagebericht gemäß § 315 Abs. 3 i. V. m. § 298 Abs. 3 HGB machen wir Gebrauch.

Der Lagebericht hat nach der *Gesetzesvorgabe*, soweit erforderlich, den Jahresabschluss weiter zu erläutern, um einen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für die Adressaten sicherzustellen. Darüber hinaus werden im Lagebericht die *Gesamtverhältnisse*, die Marktstellung, die Entwicklungsmöglichkeiten sowie deren Chancen und Risiken dargestellt.

Gemäß § 316 Abs. 1 und 2 HGB unterliegen der (Konzern-) Jahresabschluss und der (Konzern-) Lagebericht der *Gesellschaft* der Prüfung. Der Aufsichtsrat der *Gesellschaft* hat mit der Durchführung dieser Prüfung die Schüllermann und Partner AG, Dreieich beauftragt.

#### **1.2 Konzernstruktur**

Die "Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH" (Muttergesellschaft des Konzerns) ist durch Ausgliederung des ehemaligen Eigenbetriebes "Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld" zum 01.01.1999 entstanden.

Wie das Vorgängerunternehmen in der Rechtsform des Eigenbetriebs verfolgt die *Gesellschaft* ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Das Kreiskrankenhaus ist im Krankenhausplan des Landes Hessen als Akutkrankenhaus mit 188 Betten ausgewiesen und nimmt an der bedarfsgerechten stationären Krankenhausversorgung der Bevölkerung sowie an der Notfallversorgung teil.

Die *Gesellschaft* verfügt über drei „Töchter“, nämlich die im Dezember 2000 gegründete „Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD-GmbH)“, die Ende 2001 errichtete „AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS)“ sowie die im Dezember 2011 gegründete Gesundheit- und Pflegezentrum Alsfeld gemeinnützige GmbH (GuPA). AMANDUS und GuPA befinden sich im Alleinbesitz der Muttergesellschaft, während sie bei der KAD über einen Gesellschaftsanteil von 51% verfügt; die restlichen Anteile (49%) liegen bei der Fa. Gies Dienstleistungen GmbH.

#### **1.3 Allgemeine Situation**

Die allgemeine Situation der Krankenhäuser in der Bundesrepublik ist seit Jahren durch große Unsicherheiten und Unwägbarkeiten gekennzeichnet. Die Finanzierung der Krankenhäuser ist nicht ausreichend und nur durch kontinuierliche Leistungsausweitung können Krankenhäuser noch wirtschaftlich arbeiten.

Dies stellt sich für kleinere Krankenhäuser in gering besiedelten Gebieten besonders problematisch dar. Durch Zunahme der ambulanten Behandlungen werden stationäre Behandlungen ersetzt und auch die zunehmende Mobilisierung der Patienten sowie das Bedürfnis auch bei der Behandlung leichter bis mittlerer Schwierigkeitsgraden den „Spezialisten“ aufsuchen zu wollen, reduziert die potentielle Patientenzahl.

Nehmen die Leistungen in einem Bundesland zu, sinkt der Landesbasisfallwert als Preiskomponente der Krankenhausvergütung. Krankenhäuser, die selbst keine Leistungsausweitung haben, finanzieren somit die Ausweitung in andere Krankenhäuser mit.

Es wird zunehmend schwieriger adäquates Personal insbesondere Ärzte und Pflegekräfte zu gewinnen, wobei Krankenhäuser in ländlichen Regionen gegenüber den großen Ballungsgebieten noch einmal vor besonderen Schwierigkeiten stehen.

Eine weitere Belastung stellt die unzureichende Investitionsförderung dar, wovon ebenfalls wieder die kleineren Krankenhäuser überdurchschnittlich betroffen sind. Sie müssen einen höheren Anteil der verfügbaren Investitionsmittel in ihre haus- und betriebstechnische Infrastruktur stecken (Gebäudeinfrastruktur, Informationstechnologie, Energieversorgung). Daher bleibt weniger übrig, um Investitionen in die Medizintechnik vorzunehmen, was dazu führt, dass die medizinische Attraktivität im Zeitverlauf sinkt.

## 2. Lagebericht

### 2.1 Geschäftsverlauf / Geschäftliche Entwicklung

#### 2.1.1 Medizinische Struktur

Die Klinik verfügt über die Hauptabteilungen „Chirurgie“, „Innere Medizin“ einschließlich „Geriatric“ und „Anästhesie“. Als Belegabteilungen werden die Disziplinen „Frauenheilkunde und Geburten“ sowie „Hals-Nasen-Ohrenheilkunde“ vorgehalten. Die „Intensivmedizin“ wird fachübergreifend geführt.

Die Chirurgie wird im Rahmen eines kollegialen Systems von zwei Leitenden Abteilungsärzten geführt, die für die Disziplinen „Unfallchirurgie und Orthopädie“ einerseits und „Allgemein-, Visceral- und Gefäßchirurgie“ andererseits verantwortlich sind. Seit 01. 09. 2009 wurde die Unfallchirurgie und Orthopädie um die Sektion „Wirbelsäulenchirurgie“ erweitert.

In den Hauptabteilungen arbeiten Fachärzte bzw. Ärzte mit Zusatzbezeichnungen folgender Disziplinen: Allgemein-, Visceral- und Gefäßchirurgie, Herz- und Thoraxchirurgie, Unfall- und Wiederherstellungschirurgie, Orthopädie, Innere Medizin, Palliativmedizin, Proktologie, Geriatric, Magen- und Darmerkrankungen (Gastroenterologie) sowie Schmerztherapie.

Seit dem 01.01.2012 wird ein Medizinisches Versorgungszentrum mit einem chirurgischen und internistischen Sitz (Schwerpunkt Onkologie) betrieben.

#### 2.1.2 Wirtschaftliche Lage des Krankenhauses und des Konzerns

Im Jahr 2012 wurden insgesamt 7.538 (Vorjahr 7.491) Patienten stationär aufgenommen. Dies entspricht einem Zuwachs von 0,63%. Der CMI stieg von 0,9381 (2011) auf 0,9427 (2012) und damit um 0,49%. Der Casemix stieg von 7027 (2011) auf 7106 (2012) und damit um 1,12%. Etwa 83% aller Patienten kommen aus dem Vogelsbergkreis und ca. 10% aus dem benachbarten Schwalm-Eder-Kreis.

Der Auslastungsgrad des Krankenhauses lag bei 74,21% (Vorjahr 77,29%). Die durchschnittliche Verweildauer belief sich auf 6,78 Tage (Vorjahr: 7,07 Tage). Damit ist der Auslastungsgrad des Krankenhauses weiter gesunken.

Das Geschäftsjahr 2012 gestaltete sich erneut außerordentlich schwierig.

Im Wesentlichen tragen hierzu die hohen Kosten der Notfallversorgung, die Kostenunterdeckung in der Geburtshilfe, die Entwicklung der Personalkosten sowie die weiterhin erheblichen Instandhaltungsaufwendungen bei.

### 2.1.3 Investitionen

Im Geschäftsjahr 2012 wurden von der Muttergesellschaft Investitionen in Höhe von T€ 575 vorgenommen. Dabei entfielen jeweils gerundet T€ 169 auf die Anschaffung von Gegenständen des medizinischen Bedarfs, T€ 196 auf „im Bau befindliche Anlagen“ und T€ 47 auf Technische Anlagen. Im EDV-Bereich wurden Investitionen in Höhe von rund T€ 25 vorgenommen.

Konzernweit beliefen sich die Investitionen auf T€ 667. Förderzuschüsse sind mit insgesamt T€ 611 zugeflossen. In der Amandus GmbH wurden Investitionen in Höhe von T€ 8 hauptsächlich für die Einrichtung des Aktivzentrums getätigt. In der KAD GmbH gab es Investitionen in Höhe von T€ 6. In der Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld GmbH (GUPA) fielen Investitionen in Höhe von T€ 211 an (neue Fahrzeuge für die Sozialstation, Einrichtungsgegenstände und EDV-Ausstattung für das MVZ sowie zwei neue KV-Sitze).

### 2.1.4. Finanzierung

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch die pauschale Förderung des Landes (§ 9.3 KHG) und durch Eigenmittel (vorfinanziert über Betriebsmittelkredite).

### 2.1.5 Vermögens- und Finanzlage

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beläuft sich in der Muttergesellschaft auf 77,7% (Vorjahr 82,7%). Für den Konzern beträgt die Quote 78,4% (Vorjahr: 83,4%).

Das im Eigentum der GmbH stehende Krankenhaus steht dabei zum 31.12.2012 mit einem Wert von T€ 19.759 (Vorjahr T€ 19.691) zu Buche.

Die Eigenkapitalausstattung der Muttergesellschaft ist weiter rückläufig und beläuft sich zum 31.12.2012 auf 3,82 Mio. € (Vorjahr: 5,82 Mio. €) = 11,6% (Vorjahr: 17,8%) des Bilanzvolumens. Das Eigenkapital im Konzern beläuft sich auf 4,20 Mio. € (Vorjahr: 5,97 Mio. €) = 12,7% (Vorjahr: 18,3%).

Zum Bilanzstichtag ist das langfristig gebundene Konzernvermögen (Anlagevermögen) noch zu rd. 86% durch Eigenmittel, Sonderposten sowie langfristige Rückstellungen und Darlehen langfristig finanziert.

Liquidität und Zahlungsbereitschaft waren im Berichtszeitraum aufgrund der Bürgschaft des Vogelsbergkreises vom Januar 2011 gegeben. Zur weiteren Sicherung der Liquidität wurde vom Kreistag am 12.11.2012 eine Erhöhung der Bürgschaft von 8,0 auf 12,0 Mio € sowie ein Verlustausgleich der Jahre 2009 - 2011 in Höhe von 4,64 Mio € beschlossen.

Beide Beschlüsse wurden zwischenzeitlich durch das Regierungspräsidium Gießen genehmigt und der Verlustausgleich im Haushaltsjahr 2013 vorgenommen.

#### 2.1.6 Ertragslage für die Muttergesellschaft

Infolge der Ausgliederung der Sozialstation zum 1. Januar in die GUPA lässt sich eine aussagekräftige Ertragslagenentwicklung nur durch einen Vergleich mit den Zahlen des Krankenhausbereichs für das Jahr 2011 darstellen. Die Erlöse aus Krankenhausleistungen (DRG-Fälle einschließlich Ausgleichs) erhöhten sich mengen- und preisbedingt um T€ 658 (= 3,1%). Die sonstigen betrieblichen Erträge verzeichneten einen Anstieg um T€ 1.390. Diese Steigerung beruht grösstenteils auf der Personalgestaltung an die Amandus und an die GUPA. Die Personalaufwendungen stiegen um T€ 1.553, was ganz wesentlich dem arbeitsrechtlichen Verbleib der Mitarbeiter der Sozialstation bei der Gesellschaft geschuldet ist. Der Materialaufwand verringerte sich um T€ 206 (=2,9%) und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um T€ 506 (= 17,0%). Einschließlich der ergebniswirksamen Abschreibung und dem Wegfall des negativen neutralen Ergebnisses aus 2011, führte diese Entwicklung zu einer Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr um T€ 868 und einem Jahresfehlbetrag von T€ 1.996.

#### 2.1.7 Personal- und Sozialbereich

Der Personalaufwand betrug beim Krankenhaus im Berichtsjahr T€ 17.258 (Vorjahr: T€ 15.708; einschließlich Sozialstation T€ 16.772).

Konzernweit sind Personalaufwendungen in Höhe von T€ 21.391 (Vorjahr T€ 19.958) entstanden. In der Gesellschaft wurden im Berichtsjahr 370 (Vorjahr: 392), in der KAD 99 (Vorjahr: 89), bei AMANDUS 37 (Vorjahr: 75) und in der GUPA 69 (Vorjahr:0) Personen beschäftigt, so dass der Konzern insgesamt 575 (Vorjahr: 555) Arbeitsplätze bietet.

Das Kreiskrankenhaus betreibt eine Krankenpflegeschule mit 60 Ausbildungsplätzen. Ausbildungsträger sind zu gleichen Teilen die Krankenhäuser *Eichhof* in Lauterbach und das *Kreiskrankenhaus* in Alsfeld. Im Jahr 2012 wurden für Lauterbach 31 Schülerinnen und Schüler und für Alsfeld 25 Schülerinnen und Schüler ausgebildet, so dass im Jahresdurchschnitt 56 Ausbildungsplätze besetzt waren.

Die Personal- und Sachkosten für die Krankenpflegeschule werden von beiden Krankenhäusern entsprechend der jeweiligen Schülerzahl gemeinsam getragen.

#### 2.1.8 Tochtergesellschaft KAD

Die im Dezember 2000 gegründete Tochtergesellschaft mit dem Namen „Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD GmbH)“ arbeitet erfolgreich. Nachdem Mitte des Jahres 2007 die Fa. Gies Dienstleistungen GmbH mit 49 Prozent an der Gesellschaft beteiligt wurde, hält die Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH mit 51 Prozent die Mehrheitsbeteiligung. Durch den Mitgesellschafter ist die Entwicklung der KAD am Marktgeschehen ausgerichtet. Die KAD erbringt für das Krankenhaus Dienstleistungen in den Bereichen Verwaltung & Medizincontrolling, hauswirtschaftliche und sonstige Dienste. Im Geschäftsjahr 2012 konnte ein Jahresüberschuss in Höhe von € 20.304,24 (Vorjahr € 27.308,35) erzielt werden.

### 2.1.9 Tochtergesellschaft AMANDUS

Ende 2001 wurde die „AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS)“ als 100 %ige Tochtergesellschaft gegründet.

In Trägerschaft von AMANDUS wird eine Kurzzeitpflegeeinrichtung mit zwanzig Betten in den Räumen des Krankenhauses betrieben.

Die Kurzzeitpflegestation ist ein strategisches Instrument, das es dem Krankenhaus ermöglicht, Patienten unmittelbar nach Abschluss der stationären Behandlungsbedürftigkeit zu entlassen und diese ohne besondere Wartezeiten in eine geeignete Pflegeeinrichtung (Kurzzeitpflege) zu überführen.

Um dieses Angebot weiter abzurunden und zusätzliche Erlöse zu erzielen wurde zum 01.12.2008 ein Versorgungsvertrag mit den Kostenträgern über drei integrierte Tagespflegeplätze abgeschlossen. Für die Inanspruchnahme von Tagespflege steht für jeden Pflegebedürftigen ein zusätzlicher Betrag über die Pflegeversicherung zu Verfügung. Die Tagespflege bildet somit das zweite Standbein der Solitäreinrichtung „Kurzzeitpflege“.

Seit 01.01.2012 betreibt AMANDUS eine eigenständige Physiotherapiepraxis und übernimmt die bisherige Physiotherapie des Krankenhauses.

Aufgrund der Anlaufkosten schließt das Geschäftsergebnis mit einem Verlust in Höhe von € 7.963,92 ab (Vorjahr: Gewinn von € 7.854,14).

### 2.1.10 Tochtergesellschaft GUPA

Die Ende 2011 gegründete GUPA betreibt seit dem 1. Januar 2012 die aus dem Krankenhaus ausgegliederte Sozialstation sowie ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ). Im ersten operativen Geschäftsjahr konnte ein Gewinn in Höhe von T€ 219 erwirtschaftet werden.

### 2.1.11 Beurteilung der Entwicklung durch die Geschäftsführung

Das Konzernbetriebsergebnis ist im Berichtsjahr stark negativ (T€ 1.775) und zwar mit rund T€ 1.996 im Teilbereich Krankenhaus und bei der AMANDUS mit T€ 8, einem Gewinn in Höhe von T€ 10 in der KAD (ohne den Gewinnanteil Minderheitsgesellschafter) und ebenfalls einem Gewinn bei der GUPA von T€ 219. Ohne strukturelle Veränderungen wird sich das Konzernbetriebsergebnis nicht wesentlich verbessern können.

Dabei ist die seit langem bestehende angespannte wirtschaftliche Situation des Kreiskrankenhauses zu einem ganz erheblichen Teil der „Kleinheit“ dieser Klinik geschuldet. Der Status eines „Notfallkrankenhauses“ bedeutet zwar in hohem Maße Bestandsschutz, belastet aber das wirtschaftliche Ergebnis durch die außergewöhnlich hohen Fixkosten.

Dies macht es erforderlich größere und damit wirtschaftlichere Klinikeinheiten zu schaffen. Ein solcher Verbund würde den Klinikstandort Alsfeld stärken und die Versorgungsqualität in der Region erhöhen.

Das Jahresergebnis macht die schwierige Situation deutlich, in der sich der Krankenhausbetrieb befindet.

Neben der kontinuierlichen Verbesserung der innerbetrieblichen Strukturen und Abläufe ist es vor allem erforderlich die strukturellen Beschränkungen zu beheben. Hierzu gehören zum einen die Beseitigung der baulichen und technischen Defizite, die Entwicklung von weiteren medizinischen Leistungsangeboten durch eine enge Zusammenarbeit mit einem größeren Krankenhaus sowie die Einbindung in einen größeren Verbund.

Für die Jahre 2013 und 2014 wird mit weiteren Verlusten im Konzernergebnis gerechnet (für das Krankenhaus ca. je T€ -2.900; für die Amandus ca. je T€ +10; für die GUPA ca. je T€ +200; für die KAD je ca. T€ +20).

*Ausblick:*

### **3. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

#### **3.1 Chancen der künftigen Entwicklung**

Das Kreiskrankenhaus ist im Krankenhausplan des Landes Hessen als Standort für die Notfallversorgung enthalten. Damit und bedingt durch die Lage der Klinik in einem dünn besiedelten Raum dürfte eine Bestandssicherung für das Krankenhaus dauerhaft gewährleistet sein.

Davon losgelöst ist die Frage der Trägerschaft zu bewerten. Das Krankenhaus als alleiniges Krankenhaus in kommunaler Trägerschaft wird nicht in der Lage sein, die strukturellen Defizite zu bewältigen. Auch die Mitgliedschaft als Gesellschafter im Klinikverbund Hessen reicht nicht aus, um weiterhin als selbständiges Krankenhaus bestehen zu können. Es ist zu hoffen, dass die derzeitigen Sondierungsgespräche zur gesellschaftsrechtlichen Verflechtung mit anderen Krankenhäusern erfolgreich verlaufen, um Strukturen zu legen, die das Krankenhaus auch wirtschaftlich wieder auf einen erfolgreichen Kurs bringen.

Dem Versorgungsauftrag und -umfang entsprechend ist das Krankenhaus „gut aufgestellt“. Die medizinischen Abteilungen bieten ein breites Leistungsspektrum an, das von der Bevölkerung auch nachgefragt wird.

Darüber hinaus präsentiert sich das Kreiskrankenhaus als Anbieter umfassender Dienstleistungen. Durch ambulante Sprechstunden, dem Medizinischen Versorgungszentrum Alsfeld, der Sozialstation sowie dem Engagement im Palliativen Netzwerk Waldhessen ist das Krankenhaus weit über die eigentliche stationäre Versorgung als Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung engagiert.

Zur Unterstützung der hausärztlichen Struktur im Vogelsbergkreis besteht ein Weiterbildungsverbund und kontinuierlich werden Ärzte im Fachbereich Allgemeinmedizin weitergebildet.

## 3.2 Risiken der künftigen Entwicklung

In der Gesellschaft bestehen organisatorische Regelungen und Maßnahmen, damit den Fortbestand des Krankenhauses gefährdende und sonstige wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung früh erkannt werden. Nach den vorliegenden Informationen aus diesem System ist über folgende Risiken zu berichten:

### 3.2.1 Bestandsgefährdende Risiken

Die weiterhin offene Frage der gesellschaftsrechtlichen Verflechtung und zukünftigen Ausrichtung birgt Risiken hinsichtlich der Belegung und der Verzögerung von strukturellen und organisatorischen Veränderungen, die sich bestandsgefährdend auswirken können. Das bisher akute bestandsgefährdende Risiko der unzureichenden Finanz- und Vermögenslage ist durch den Verlustausgleich der Jahre 2009 - 2011 gemildert, besteht jedoch weiterhin, da die Liquidität nur durch eine zeitlich befristete Bürgschaft gesichert ist.

### 3.2.2 Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die künftige Betrachtung steht in engem Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der Gesundheitspolitik. Davon ist die Ertragslage des Krankenhauses entscheidend abhängig. Auf der Kostenseite ist ein weiterer Schub bei den Personalaufwendungen eingetreten. Auch die kommenden Jahre werden zusätzliche Belastungen bringen, weil aufgrund steigender Nachfrage nach qualifiziertem Personal auch der „Preis“, das Lohnkostenniveau, ansteigen wird.

Die gesetzgeberischen Aktivitäten haben bereits zu einer tiefgreifenden Umstrukturierung im Gesundheitswesen und insbesondere auch im Krankenhauswesen geführt. Ein Risiko für das Krankenhaus entsteht, wenn die vom Krankenhaus nicht oder nicht hinreichend zu beeinflussenden maßgeblichen Parameter sich weiterhin zu Ungunsten der Klinik entwickeln. Beispielhaft seien hier die fehlende Koppelung der Preise an die allgemeine Kostensteigerung einschließlich der vollen Tarifsteigerungen, Abschläge zur Sanierung der Krankenkassen sowie die Entgeltsystematik bei Mehr- und Minderleistungen auf Landes- und Einrichtungsebene genannt.

Nicht zu unterschätzen ist die prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt für qualifizierte Fachkräfte. Im ärztlichen Bereich wird es zunehmend schwierig, geeignetes Personal zu finden. Oberarzt- und Assistenzarztstellen bleiben immer häufiger und länger unbesetzt. Zur Überbrückung dieser Vakanzen müssen Konsiliarärzte (Freiberufler) beschäftigt werden, deren Kosten etwa doppelt so hoch wie bei angestellten Ärztinnen und Ärzten sind. In den anderen Berufsgruppen zeichnet sich für die kommenden Jahre ein ähnliches Bild ab.

Nach wie vor sind die in öffentlicher Trägerschaft stehenden Kliniken aufgrund ihrer ungünstigen Personalkostenstruktur am stärksten gefährdet. Wenn man sich zur öffentlich-rechtlichen Trägerschaft wirklich bekennen will, muss man die Tarifstruktur einschließlich der Zusatzversorgung an die Gegebenheiten privater, aber auch frei gemeinnütziger Träger anpassen; das ist auch mit dem TVöD noch nicht erfolgt. Der Wettbewerbsnachteil

öffentlicher Kliniken gegenüber der Konkurrenz besteht immer noch und erschwert die Bemühungen um eine dauerhafte Überlebensfähigkeit dieser Krankenhäuser.

Die wirtschaftliche Situation des Kreiskrankenhauses auf die kommenden Jahre gesehen bleibt also problematisch. Ein großer Nachteil des Kreiskrankenhauses liegt in der geringen Betriebsgröße. Die sich hieraus ergebenden tendenziell zu hohen Fixkosten stellen einen echten Wettbewerbsnachteil dar und sind existenzgefährdend. Keine Klinik wird auf Dauer „noch alles selber machen“ können. Wenn es aber zu Spezialisierungen und Schwerpunktbildungen kommt, müssen diese der Bevölkerung in der gesamten Region dienlich sein; denn ein ausgewogenes Angebot gut ausgestatteter und medizinisch-/pflegerisch auf hohem Niveau arbeitender Krankenhäuser ist für die kommunale Infrastruktur unerlässlich. Die Zusammenarbeit mit einem oder mehreren anderen Krankenhäusern, ggf. auch in Form gemeinsam betriebener Gesellschaften, ist ein Weg, der beschritten werden muss. Von größerer Durchschlagskraft wären allerdings sinnvolle Zusammenschlüsse mehrerer Kliniken unterschiedlicher Größe und Versorgungsstruktur zu einem öffentlichen Klinikverbund. Ausgestattet mit einem konkurrenzfähigen Krankenhaustarifvertrag könnte ein echtes Gegengewicht zu privaten Trägerschaften gebildet werden.

Ein zwar nicht bestandsgefährdendes aber doch nicht zu unterschätzendes Risiko ist in der Bestrebung zu sehen, bestimmte medizinische Leistungen nur noch dann zuzulassen, wenn diese in einer bestimmten Menge erbracht werden. Das kann zwar bei bestimmten Behandlungen insbesondere aus Qualitätsgesichtspunkten sinnvoll sein, führt aber vielfach auch zu einer Aushöhlung des Leistungsgeschehens in kleineren und mittleren Krankenhäusern z. B. mit der Folge, dass es noch schwieriger würde qualifizierte Kräfte insbesondere Ärztinnen und Ärzte für diese Kliniken zu finden.

#### **4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres**

Zum 31.03.2013 hat der Chefarzt der Allgemein- Viszeral- und Gefäßchirurgie und zum 30.06.2013 der Leitende Oberarzt der Gefäßchirurgie gekündigt. Die Chefarztstelle konnte nahtlos wieder besetzt werden, die Stelle in der Gefäßchirurgie ist noch offen.

Die Belegung des Krankenhauses ist durch die öffentliche Diskussion um die zukünftige Ausrichtung beeinträchtigt, wodurch die geplanten und erforderlichen Umsätze nur schwer zu realisieren sind.

#### **5. Voraussichtliche Entwicklung**

Das DRG-System hat sich etabliert und bietet den Kliniken sowohl Chancen als auch Risiken. In der jährlichen Neubewertung der Bewertungsrelationen ist bereits seit Jahren ein Trend zu beobachten, dass Fälle der Grund- und Regelversorgung abgewertet und hochspezialisierte Behandlungen aufgewertet werden. Dies stellt für das Kreiskrankenhaus eine zusätzliche Belastung dar, da sich bei gleicher Patientenstruktur die Einnahmen reduzieren und auf der anderen Seite die kostenintensive Notfallversorgung nicht adäquat abgebildet ist und vergütet wird.

Der Qualitätswettbewerb der Kliniken untereinander wird zunehmen. Das Kreiskrankenhaus nimmt bereits über den Klinikverbund an einem regelmäßigen Benchmark teil um sich kontinuierlich zu verbessern. Ein grundlegendes Problem bleibt die Auswertung auf der Basis von geringen Fallzahlen, die regelmäßig zu besonderen Sprüngen in der Auswertung führen.

Die bauliche Zielplanung wird derzeit überarbeitet. Das Kreiskrankenhaus hat einen erheblichen baulichen und technischen Investitionsbedarf, den es nicht aus Eigenmitteln bestreiten kann. Für die weitere Entwicklung ist es von entscheidender Bedeutung, ob dieser Investitionsstau noch durch eine Einzelförderung behoben werden kann, bevor das Land Hessen ab 2016 auf Pauschalförderung umstellen wird.

## Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg

Karl-Weber-Str. 2, 63679 Schotten

Tel.: 06044 / 2631 - Fax: 06044 / 987465

E-Mail: [naturparkvogelsberg@t-online.de](mailto:naturparkvogelsberg@t-online.de)

Internet: [www.naturpark-hoher-vogelsberg.de](http://www.naturpark-hoher-vogelsberg.de)



### Unternehmenszweck

Aufgabe:

- Förderung des Natur- und Landschaftsschutzes im „Naturpark Hoher Vogelsberg“
- Erschließung dieses Erholungsgebietes
- Förderung des Fremdenverkehrs, um eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Erholung, Naturschutz, Tourismus

Der Naturpark Hoher Vogelsberg umfasst das Gebiet der folgenden Kommunen: Freiensteinau, Grebenhain, Herbstein, Lautertal, Schotten und Ulrichstein im Vogelsbergkreis, Laubach im Landkreis Gießen, Gedern, Hirzenhain und Nidda im Wetteraukreis. Die Gemeinde Birstein aus dem Main-Kinzig-Kreis wurde zu Beginn des Jahres 2004 in den Naturpark eingegliedert. Zentraler Teil aber ist der weitgehend unbesiedelte 'Oberwald'.



*Naturpark Hoher Vogelsberg: Städte und Gemeinden*

## Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

*Beteiligung seit:* 1957

*Anteile in %:* 42,1 %

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Erholung, Naturschutz, Tourismus

## Organe des Unternehmens

*Verbandsvorstand:*

**Manfred Görig - Vorsitzender**

Susanne Schaab - stellv. Vorsitzender

Anita Schneider

Joachim Arnold

Heiko Stock

*Verbandsversammlung:*

**Claudia Blum - Vorsitzender**

**Kurt Wiegel**

**Heiko Müller**

**Ulrich Höhn**

**Peter Popplow**

**Bernadette Eisenbart**

**Hans-Ulrich Schmidt**

**Jens Mischak**

Elisabeth Langwasser

Ingrid Albert

Edwin Gottlieb

Ulrike Pfeiffer-Pantring

Bernd Reißmann

Manfred Dickert

Werner Funk

Klaus Bechtold

Peter Klug

Rupert Hoeppe

Reinhard Biermann

Richard Golle

Bernhard Ziegler

Reinhard Heineck

Wolfgang Gottlieb

*Beirat:*

Vogelsberger Höhen Club

Naturschutzverbände/Nabu Kreisverband

Hessisches Forstamt Schotten

Naturschutz Großprojekt

Geopark Vulkanregion Vogelsberg e.V.

Region Vogelsberg Touristik GmbH

Fachbereich Regionalentwicklung und Umwelt

Wetteraukreis

Deutsche Vulkanologische Gesellschaft (DVG)

- Sektion Vogelsberg

Jürgen Klein

Karl-Heinz Zobich

Dr. Bernd Ott

Sebastian Stang

Hartmut Greb

Uta Nebe

Peter Rudel

Gerold Beckmann

*Geschäftsführer:* Forstamtsrat Rudolf Frischmuth

### Rechtliche und wirtschaftliche Daten

*Rechtsform:* Körperschaft des öffentlichen Rechts

*Gründungsdatum:* 1957

*Verbandssatzung :* Neufassung 16.01.2008

*Beteiligungen:* keine

### Mitglieder und Beiträge:

Mitglied	%	Verbands- Umlage €	Bismarck- turm €	Licht- loipe €
Vogelsbergkreis	42,1	51.203	615	
Landkreis Gießen	11,1	13.491		60
Wetteraukreis	10,4	12.596		60
Stadt Schotten	13,3	16.191	615	340
Gemeinde Grebenhain	5,1	6.072		60
Stadt Ulrichstein	4,4	5.340		120
Stadt Laubach	4,0	4.823		
Stadt Gedern	3,0	3.659		
Stadt Herbstein	2,1	2.543		60
Gemeinde Lautertal	2,0	2.455		
Gemeinde Freiensteinau	0,6	766		
Stadt Nidda	0,6	690		
Gemeinde Hirzenhain	0,4	518		
Gemeinde Birstein	0,9	1.138		
<b>Gesamt</b>	<b>100</b>	<b>121.495</b>	<b>1.230</b>	<b>700</b>

### Beiträge von Vereinen:

Verein	Bismarck- turm €	Licht- loipe €
VHC	615	0
<b>Gesamt</b>	<b>615</b>	<b>0</b>

## Bilanz des Unternehmens

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2010	Ergebnis 2009
1	2	3	4
<b>Aktiva</b>			
<b>1</b>	<b>Anlagevermögen</b>	<b>287.754,77</b>	<b>187.517,68</b>
<b>1.1</b>	<b>Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>71.733,75</b>	<b>74.126,25</b>
1.1.1	Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	0,00	0,00
1.1.2	Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	71.733,75	74.126,25
<b>1.2</b>	<b>Sachanlagen</b>	<b>216.021,02</b>	<b>113.391,43</b>
1.2.1	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00
1.2.2	Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	24.314,23	25.649,83
1.2.3	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	0,00	0,00
1.2.4	Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	0,00	0,00
1.2.5	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	91.943,24	87.741,60
1.2.6	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	99.763,55	0,00
<b>1.3</b>	<b>Finanzanlagen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00
1.3.3	Beteiligungen	0,00	0,00
	davon: Sparkasse Oberhessen	0,00	0,00
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00
1.3.6	Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	0,00	0,00
<b>2</b>	<b>Umlaufvermögen</b>	<b>80.009,52</b>	<b>99.771,92</b>
<b>2.1</b>	<b>Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>2.2</b>	<b>Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>2.3</b>	<b>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>8.874,77</b>	<b>84.464,96</b>
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen, und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	0,00	80.361,72
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	0,00	0,00
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	400,00	0,00
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	0,00	0,00
2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	8.474,77	4.103,24
<b>2.4</b>	<b>Flüssige Mittel</b>	<b>71.134,75</b>	<b>15.306,96</b>
<b>3</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>4</b>	<b>Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
	<b>Summe Aktiva</b>	<b>367.764,29</b>	<b>287.289,60</b>

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2010	Ergebnis 2009
5	6	7	8
<b>Passiva</b>			
1	<b>Eigenkapital</b>	196.619,07	162.268,92
1.1	<b>Netto-Position</b>	169.242,77	169.242,77
1.2	<b>Rücklagen und Sonderrücklagen</b>	620,00	0,00
1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,00	0,00
1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	620,00	0,00
1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00
1.2.4	<b>Sonderrücklagen</b>	0,00	0,00
1.2.4.1	Stiftungskapital	0,00	0,00
1.2.4.2	Sonstige Sonderrücklagen	0,00	0,00
1.3	<b>Ergebnisverwendung</b>	26.756,30	-6.973,85
1.3.1	<b>Ergebnisvortrag</b>	-7.593,85	0,00
1.3.1.1	Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	-7.593,85	0,00
1.3.1.2	außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00	0,00
1.3.2	<b>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	34.350,15	-6.973,85
1.3.2.1	Ordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	23.748,06	-7.593,85
1.3.2.2	Außerordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	10.602,09	620,00
2	<b>Sonderposten</b>	167.701,77	36.651,79
2.1	<b>Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge</b>	167.701,77	36.651,79
2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	167.701,77	36.651,79
2.1.2	Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich	0,00	0,00
2.1.3	Investitionsbeiträge	0,00	0,00
2.2.	<b>Sonstige Sonderposten</b>	0,00	0,00
3	<b>Rückstellungen</b>	0,00	0,00
3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00
3.2	Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	0,00	0,00
3.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	0,00	0,00
3.4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00
3.5	Sonstige Rückstellungen	0,00	0,00
4	<b>Verbindlichkeiten</b>	3.443,45	88.368,89
4.1	<b>Anleihen</b>	0,00	0,00
4.2	<b>Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen</b>	0,00	0,00
4.2.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	0,00	0,00
4.2.2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	0,00	0,00
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	0,00	0,00
4.2.3	Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	0,00	0,00
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	0,00	0,00
4.3	<b>Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften</b>	0,00	0,00
4.4	<b>Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen</b>	0,00	80.361,72
4.5	<b>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	0,00	0,00
4.6	<b>Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben</b>	0,00	0,00
4.7	<b>Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen eine Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen</b>	0,00	0,00
4.8	<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>	3.443,45	8.007,17
5	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	0,00	0,00
	<b>Summe Passiva</b>	367.764,29	287.289,60

## Gewinn- und Verlustrechnung

Nr.	Konten	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2009	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2010	Ergebnis des Haushaltsjahres 2010	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./. Sp. 6)
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.746,27	7.000,00	5.601,16	1.398,84
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	39.568,91	30.983,00	38.433,26	-7.450,26
4.	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
5.	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	116.664,00	119.932,00	119.932,00	0,00
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	95.067,00	93.000,00	95.067,00	-2.067,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	5.111,74	0,00	5.111,74	-5.111,74
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	32.709,13	8.500,00	18.682,24	-10.182,24
10.	=	<b>Summe der ordentlichen Erträge (Positionen 1 bis 9)</b>	<b>299.867,05</b>	<b>259.415,00</b>	<b>282.827,40</b>	<b>-23.412,40</b>
11.	62,63,64 0-643,64 7-65	Personalaufwendungen	-140.633,35	-142.000,00	-140.606,01	-1.393,99
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
13.	60,61,67- 69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-151.143,28	-108.545,00	-101.638,56	-6.906,44
14.	66	Abschreibungen	-15.296,62	-8.370,00	-16.555,12	8.185,12
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17.	72	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18.	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-387,65	-500,00	-279,65	-220,35
19.	=	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen (Position 11 bis 18)</b>	<b>-307.460,90</b>	<b>-259.415,00</b>	<b>-259.079,34</b>	<b>-335,66</b>
20.	=	<b>Verwaltungsergebnis (Position 10 ./. Position 19)</b>	<b>-7.593,85</b>	<b>0,00</b>	<b>23.748,06</b>	<b>-23.748,06</b>
21.	56,57	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22.	77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23.	=	<b>Finanzergebnis (Position 21 ./. Position 22)</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
24.	=	<b>Ordentliches Ergebnis (Position 20 und Position 23)</b>	<b>-7.593,85</b>	<b>0,00</b>	<b>23.748,06</b>	<b>-23.748,06</b>
25.	59	Außerordentliche Erträge	620,00	0,00	10.602,09	-10.602,09
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
27.	=	<b>Außerordentliches Ergebnis (Position 25 ./. Position 26)</b>	<b>620,00</b>	<b>0,00</b>	<b>10.602,09</b>	<b>-10.602,09</b>
28.	=	<b>Jahresergebnis (Position 24 und Position 27)</b>	<b>-6.973,85</b>	<b>0,00</b>	<b>34.350,15</b>	<b>-34.350,15</b>

\*\*\* Ende der Liste "Ergebnisrechnung" \*\*\*

Leider lagen die doppischen Abschlüsse der Jahre 2011 und 2012 zum Abschluss des Beteiligungsberichtes noch nicht vor.

## Ausgewählte Kennzahlen

*Anzahl der Mitarbeiter:* 1,0 Geschäftsführer (Kosten werden durch Land getragen)  
2,5 Vollzeit (1/2 Büro, 2 Arbeiter Pflegegruppe)

## Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

*Grundzüge des Geschäftsverlaufs:* Siehe Lagebericht  
*Ertragslage des Unternehmens:* Jahresüberschuss 34.350,15 €  
*Kreditaufnahmen:* keine  
*Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:* keine  
*Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:* keine

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

### *Begründung:*

Erholung, Naturschutz, Tourismus

## Auszug aus dem Lagebericht

### *Lage der Gesellschaft:*

Naturschutz- und Landschaftspflege

Wie in den zurückliegenden Jahren, wurden auch im Jahr 2012 die Mitarbeiter des Naturparks für Pflegearbeiten in den Naturschutzgebieten eingesetzt. Die Übernahme der Pflegearbeiten in den NSG des FA Schotten ergaben Einnahmen für den Zweckverband in Höhe von 47.500,-€ .Die Einnahmen im Jahr 2011 lagen hier bei 36.500,- €.

Im Jahr 2012 wurden weiterhin Arbeiten im Auftrag der Oberen Naturschutzbehörde beim RP Gießen durchgeführt. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um den Bau und die Montage von Orientierungstafeln und Hinweisschildern für FFH- und Natura 2000 Gebiete in Mittelhessen. Hierdurch nahm der Naturpark ca. 4000,- € ein.

Zusammenarbeit mit den Kommunen und Hessen - Forst

Der Naturpark - Pflegegruppe hat auch im Haushaltsjahr 2012 an der qualitativen Verbesserung der zahlreichen Anlagen in seiner Zuständigkeit gearbeitet. Die Tendenz, wenig genutzte Anlagen abzubauen und die Qualität der verbliebenen Anlagen zu steigern wurde auch 2012 weiter verfolgt.

Das Arbeitsjahr 2012 war geprägt vom Einsatz der Mitarbeiter beim Bau der neuen „Drei-Seen-Extratour“ in Freiensteinau, einem zertifizierten Wanderweg.

Die Pflege- und Unterhaltung der Spielplätze waren in 2012 ebenfalls ein Arbeitsschwerpunkt. Die Ausbesserung von Schäden sowie die Erneuerung von Absperrungen standen hier im Mittelpunkt.

In den Monaten Nov/Dez wurde das gesamte Loipennetz (ca. 50 km) komplett neu beschildert. Es kamen wetterfeste und haltbare Materialien zum Einsatz. Damit reduziert sich der finanzielle und personelle Aufwand in den kommenden Jahren. Außerdem wurden alle Schilder an separat aufgestellten Pfosten montiert, um die Bäume im Loipenbereich zu schonen.

Die Beschilderung ist nun im gesamten Loipenbereich ( incl. Stadt Ulrichstein ) einheitlich und die Gestaltung orientiert sich an den Vorgaben des Deutschen Skiverbandes.

Weitere Arbeitsschwerpunkte waren:

- ❖ Beseitigung des erheblichen Müllaufkommens im Verbandsgebiet
- ❖ Pflegearbeiten im Bereich des Vogelsberggartens in Ulrichstein
- ❖ Erarbeitung eines neuen Gestattungsvertrages für den gesamten Naturparkbereich mit Hessen-Forst

Nur mit Unterstützung durch die Bauhöfe und Verwaltungen einiger Kommunen war die Fülle der Aufgaben zu erledigen. Besonderer Dank gebührt den Bauhöfen von Ulrichstein und Schotten, die durch den Einsatz von Heckenschneidern und anderen Großgeräten bei der Pflege der Naturparkanlagen erhebliche Hilfe geleistet haben.

Gleicher Dank gilt auch der Forstverwaltung, insbesondere dem Heimatforstamt Schotten für die unbürokratische Unterstützung. In Kooperation mit dem örtlichen Forstamt Schotten wurde im Jahr 2012 das „Luchsprojekt - Vogelsberg“ fortgeführt. Unter Leitung des Forstamtes beteiligte sich die Geschäftsstelle auch an weiteren Aktivitäten des Forstamtes, darunter Vortragsveranstaltungen im Rahmen des Schottener Forums und Jubiläumsfeiern.

Personalstand

Neben den beiden Stammarbeitern des Naturparks und der Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle werden seit vielen Jahren weitere Mitarbeiter auf der Basis „geringfügiger Beschäftigung“ eingesetzt. Es handelt sich hierbei vorwiegend um Rentner, die im Verbandsgebiet für die Müllentsorgung und die Pflege kleinerer Anlagen eingesetzt werden. Die gesetzlichen Regelungen dieser Beschäftigungsverhältnisse bringen einen hohen Verwaltungsaufwand mit sich.

Für das Projekt „Vogelsberg-Garten“ in Ulrichstein waren in den zurückliegenden Jahren zahlreiche ehrenamtliche Helfer für die Pflege der Anlagen aktiv. In Abstimmung mit dem Förderverein des Vogelsberggartens wurde die Einstellung einer Teilzeitarbeitskraft beschlossen. Die anfallenden Lohnkosten werden nach Abschluss des Jahres vom Naturpark dem Förderverein in Rechnung gestellt. Die Maßnahme ist somit für den Naturpark kostenneutral.

## Naturschutz - Informationszentrum Hoherodskopf ( NIZ )

Seit Beginn des Haushaltsjahres 2008 liegt die Bewirtschaftung der Mittel für den Betrieb des NIZ in den Händen der Geschäftsstelle des NP. Das Personal wurde im Wesentlichen aus den Reihen der Naturparkführer rekrutiert. Damit ist eine umfassende und kompetente Beratung der Gäste und Besucher sichergestellt. Die Einrichtung wird in Kooperation mit der Gesellschaft für Tourismus und Stadtmarketing Schotten geführt und erfreut sich wegen der großzügigen Öffnungszeiten steigender Beliebtheit.

Die Mittel zum Betrieb der Einrichtung werden ab dem Jahr 2009 ebenfalls im Rahmen der institutionellen Förderung vom Land Hessen bereitgestellt. Durch die Übernahme dieser Einrichtung fließen der Zweckverbandkasse zusätzliche Fördermittel in Höhe von ca. 33.000,- € zu.

Der Eintritt in die Ausstellungen ist für die jährlich über 30.000 Besucher frei.

## Naturparkführer

Die vom Naturpark Hoher Vogelsberg ausgebildeten Naturparkführer/innen haben ein weiteres erfolgreiches Jahr vorzuweisen. Die Nachfrage nach geführten Wanderungen, Radwanderungen und anderen Ausflügen ist zu einem festen Bestandteil im touristischen Spektrum unserer Region geworden.

Für das Jahr 2013 wurden von der Naturparkbroschüre wieder insgesamt 15.000 Stück gedruckt und weit über das Verbandsgebiet hinaus verteilt. Inzwischen ist es zu mehreren Kooperationen zwischen den Naturparkführern und anderen touristischen Anbietern, Hotels und Gastronomie gekommen.

Das erweiterte Angebot hat zu spürbar besserer Nachfrage und einer längeren Aufenthaltsdauer bei den Gästen der Region geführt.

Der größte Teil der Naturparkführer/innen wurde durch das ausgebaute und personell verstärkte Infozentrum Hoherodskopf vermittelt. Wir beabsichtigen die Angebotspalette weiter zu entwickeln und bewerben diese durch attraktive Falblätter und Broschüren. Der Geschäftsführer des Zweckverbandes war an der 2012 durchgeführten Ausbildung neuer Kultur- und Naturführer im Wetteraukreis beteiligt und unterstützt das Vorhaben. Aus den Absolventen dieser Ausbildung werden sich einige Personen mit Angeboten im Naturparkgebiet engagieren.

## Eröffnungsbilanz

Gemäß den gesetzlichen Vorgaben, wurde in 2011 mit der Aufstellung der Eröffnungsbilanz (Stichtag 01.01.2009) begonnen. Diese Aufgabe wurde wesentlich durch den Leiter der Kreiskasse, Herrn Reinhold Braun, in Abstimmung mit dem zuständigen Revisionsamt geleistet. Die geprüfte Eröffnungsbilanz liegt seit Anfang Januar 2012 vor und hat zu keinerlei Einwendung seitens des Revisionsamtes geführt.

## Weitere Arbeiten der Geschäftsstelle im Jahr 2012

- ✓ Betrieb des Naturschutz-Informationszentrums Hoherodskopf und Organisation wechselnder Ausstellungen
- ✓ Exkursionen verschiedener Gruppen
- ✓ Unterstützung der touristischen Veranstaltungen rund um den 1. Mai am Hoherodskopf
- ✓ Mitarbeit im Naturschutzbeirat des Vogelsbergkreises
- ✓ Umfangreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- ✓ Teilnahme an der Qualitätsoffensive Naturparke des Bundesverbandes VDN
- ✓ Beteiligung an zahlreichen regionalen Entwicklungsgruppen im Bereich Tourismus und Naturschutz
- ✓ Mitarbeit bei der Vortragsreihe „Schottener Forum“
- ✓ Planungsarbeiten für den Bau einer Extratour in Freiensteinau und der Erweiterung des Baumwipfelpfades Hoherodskopf, sowie Verlegung und Zertifizierung des Vulkanring-Wanderweges

## Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V.

Goldhelg 20, 36341 Lauterbach

Tel.: 06641 / 977-331 - Fax: 06641 / 977-5317

E-Mail: vfb@vogelsbergkreis.de



### Unternehmenszweck

Aufgaben sind:

- Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes
- Aus-, Fort- und Weiterbildung von Altenpfleger/innen
- Ausbildung von Altenpflegehelfer/innen

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Öffentliche Aufgabe ist es, aus Gründen der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik für angemessene Ausbildungsmöglichkeiten der Jugendlichen zu sorgen. Partiiell erfüllt der Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V. dieser Zielsetzung.

### Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Der Vogelsbergkreis ist Mitglied des Vereins für Berufsausbildung ohne besondere Stellung hinsichtlich Willensbildung (Vertretung in den Organen) und Finanzen. Für den Fall der Auflösung des Vereins für Berufsausbildung regelt § 13 der Satzung: Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des Vereinszweck fällt das gesamte Vereinsvermögen nach Begleichung etwaig bestehender Schulden dem Vogelsbergkreis zu, der es ausschließlich und unmittelbar für Zwecke der Wirtschaftsförderung zu verwenden hat.

*Beteiligung seit:* 1984

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Wirtschaftliche Betätigung auf dem Gebiet der Ausbildung. Wirtschaftliche Betätigung ist nur defizitär möglich, wenn eine qualifizierte Ausbildung angeboten wird (Personal- und Sachaufwand sind grenzwertig errechnet). Siehe auch u. a. Ausführungen zu Landesbeteiligung.

## Organe des Unternehmens

### Mitglieder:

<b>Vogelsbergkreis</b>	Stadt Lauterbach
Kreishandwerkerschaft Vogelsbergkreis	Vogelsberg Consult GmbH
Deutscher Gewerkschaftsbund Vogelsberg	Bildungszentrum für Elektrotechnik e.V.
Stadt Alsfeld	

### Vorstand:

**Rudolf Marx - Vorstandsvorsitzender (bis 09.06.2012)**

**Manfred Görig - Vorstandsvorsitzender (ab 10.06.2012)**

Thomas Schaumberg - Beisitzer

Ernst Richter - Beisitzer

<i>Beratend sind vertreten:</i>	Agentur für Arbeit
	Staatliches Schulamt
	Kreisberufsschulen Alsfeld und Lauterbach
	Arbeiterwohlfahrt
	Amt für Volkshochschule

*Geschäftsführung:* Hauptamt des Vogelsbergkreises

*Kassenführung/Buchhaltung:* Verein für Berufsausbildung

*Rechnungsprüfung:* Revisionsamt des Vogelsbergkreises

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	eingetragener Verein
<i>Gründungsdatum:</i>	1984
<i>Satzung:</i>	04.07.1984
<i>Handelsregister:</i>	Gießen, VR. 3654
<i>Stammkapital:</i>	0 €
<i>Beteiligungen:</i>	keine

### Hauswirtschaftliche Eckdaten:

	2012 €	2011 €
Einnahmen	1.402.053,80	1.254.211,94
abzügl. Übertrag aus Vorjahr	792.544,67	633.076,43
= Bereinigte Einnahme (Ifd. Betrieb)	609.509,13	621.135,51
Ausgaben (Ifd. Betrieb)	435.970,94	461.667,27
Differenz	173.538,19	159.468,24
<b>Übertrag Folgejahre</b>	<b>966.082,86</b>	<b>792.544,67</b>

Die Einnahmesituation von den einzelnen Wirtschaftsjahren kann nicht ohne Korrektur verglichen werden. Hintergrund ist, dass die Landeszuweisungen aus den Vorjahren Abrechnungsbeträge enthalten bzw. die Vorauszahlung für die laufenden Maßnahmen in unterschiedlicher Höhe in einem Wirtschaftsjahr eingehen.

Der Übertrag aus Vorjahren resultiert aus positiven Abschlüssen seit der Vereinsgründung. Die Mittel sind als Rücklagen geführt und werden für die Deckung von Defiziten der wirtschaftlichen Betätigung (Lehranstalt für Altenpflege) eingesetzt. Die Finanzierung der Lehranstalt für Altenpflege erfordert im Durchschnitt eine Bezuschussung, da die Einnahmen den Aufwand nicht voll abdecken.

Die jährlichen Abschlüsse zeigen unterschiedliche Ergebnisse da der Landesanteil (Schulgeld) überlappend, d.h. über den Jahreswechsel hinaus abgerechnet werden.

Die Einnahmesituation ist nicht stabil, da die Landesbeteiligung abhängig ist von den Schülerzahlen. Diese sind abhängig von den Ausbildungsplätzen, die die Altenpflegeeinrichtungen anbieten und besetzen. Stabilität könnte dadurch erreicht werden, dass die Landesbeteiligung unabhängig von den tatsächlichen Schülerzahlen bemessen wird.

### **Ausgewählte Kennzahlen**

*Anzahl der Mitarbeiter:*                    4 Vollzeitkräfte  
    3 Teilzeitkräfte  
    ca. 5 Honorarkräfte (Lehrauftrag)

### **Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises**

Entgegen früheren finanziellen Beteiligungen durch den Vogelsbergkreis gewährt der Vogelsbergkreis in den letzten Jahren keine Zuschüsse mehr für den Betrieb Verein für Berufsausbildung. Wie vorstehend erwähnt, werden z. Zt. die Defizite aus Überschüssen der Vorjahre gedeckt. Soweit Überschüsse in der Zukunft verbraucht sind, erfordert der Betrieb Verein für Berufsausbildung - Lehranstalt für Altenpflege eine Kreisbeteiligung. Der Vogelsbergkreis verrechnet keine Kostenanteile für Geschäftsführung und Rechnungsprüfung vom Revisionsamt, so dass hierüber eine Kreisbeteiligung festzustellen ist.

*Grundzüge des Geschäftsverlaufs:*                    Siehe Lagebericht

*Kreditaufnahmen:*    keine

*Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:*                    keine

*Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:*                    keine

In früheren Jahren konnte bei Beendigung von Ausbildungsbereichen vorhandene Investitionsgüter (Einrichtungen, Möbel) dem Vogelsbergkreis kostenfrei zur Nutzung überlassen werden. Diese Investitionsgüter verblieben in den jeweiligen Schulen (Kreisberufsschule Alsfeld und Lauterbach).

## **Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

### *Begründung:*

Der Verein für Berufsausbildung bietet jährlich durchschnittlich 20 Schulplätze für die qualifizierte Ausbildung in der Altenpflegeschule an. Fast jährlich kann auch für die Altenpflegehelfer/innen Ausbildung angeboten werden. Damit wird sichergestellt, dass Ausbildungsplätze in den Einrichtungen angeboten werden können. Hinzu kommt, dass Nachfrage nach qualifiziertem Personal durch die Altenpflegeeinrichtung gedeckt werden kann. Zusätzlich bietet die Altenpflegeschule Weiterbildung an, so dass vorhandenes Personal der Einrichtungen nachqualifiziert wird. Qualität in der Altenpflege wird damit sichergestellt.

## **Auszug aus dem Lagebericht**

### *Lage der Gesellschaft:*

Aufgrund geringer Fördermöglichkeiten vom Land Hessen können Ausbildungen in gewerblichen Bereichen nicht mehr stattfinden. Der Verein für Berufsausbildung führt somit nur noch die Altenpflegeschule - Lehranstalt für Altenpflege - zur Ausbildung von Altenpflegehelfer/innen (1-jährig) und Altenpfleger/innen (3-jährig). Zusätzlich werden Fort- und Weiterbildungskurse angeboten.

Der durchschnittliche Finanzbedarf des Vereins für Berufsausbildung (jährliche Ausgaben) liegt bei rund 420.000,00 €. Die Finanzierung erfolgt im Wesentlichen aus Schulgeldzahlungen des Landes. Der Verein ist zur Zeit noch in der Lage, die jährliche Restfinanzierung aus Rücklagen sicher zu stellen.

Die Lehranstalt für Altenpflege hatte zu Beginn des Jahres 2012 noch 105 Auszubildende Altenpfleger/innen und 19 Auszubildende Altenpflegehelfer/innen in Ausbildung.

Inzwischen sind 7 Altenpfleger/innen und 4 Altenpflegehelfer/in aus dem Ausbildungsverhältnis ausgeschieden.

19 Teilnehmer/innen haben Ende September 2012 die einjährige Ausbildung zur Altenpflegehilfe erfolgreich beendet. Ebenfalls Ende September 2012 beendeten 27 Altenpfleger/innen die dreijährige Ausbildung erfolgreich.

Im Oktober 2012 wurde in den laufenden dreijährigen Kurs 2 Altenpflegehelfer/innen aufgenommen, die die Ausbildung zur Altenpfleger/in fortsetzen.

Anfang Oktober 2012 startete ein neuer Kurs bei der Lehranstalt für Altenpflege. 27 Teilnehmer/innen begannen die 3-jährige Ausbildung zur Altenpfleger/in und 10 Teilnehmer/innen starteten die 1-jährige Ausbildung zur Altenpflegehelfer/in.

Im März 2012 begann ein Kurs Qualifikation „Alltagsbegleiter/in mit 16 Teilnehmer/innen. Ein weiterer Kurs konnte im Oktober 2012 mit 12 Teilnehmer/innen starten.

## Verein Geopark Vulkanregion Vogelsberg e.V.

Goldhelg 20, 36341 Lauterbach  
Tel.: 06641 977-265 - Fax: 06641 977-5265  
E-Mail: [geopark@vogelsbergkreis.de](mailto:geopark@vogelsbergkreis.de)  
Internet: [www.geopark-vogelsberg.de](http://www.geopark-vogelsberg.de)

### Unternehmenszweck

Zweck des Vereins ist, in einer ganzheitlichen und nachhaltigen regionalen Entwicklung den „Geopark Vulkanregion Vogelsberg“ aufzubauen und zu betreiben.

Der Verein verfolgt insbesondere die Ziele in der Vulkanregion Vogelsberg

- die vorhandenen geologischen Strukturen und Schauobjekte zu erfassen und fachgerecht zu pflegen, zu kennzeichnen und national sowie international aufzuwerten,
- die geologischen, archäologischen, ökologischen, historischen und kulturellen Sehenswürdigkeiten zu schützen und zu bewahren,
- den Geotopschutz im Sinne eines aktiven Schutzes und Erhalts des geowissenschaftlichen und geologischen Erbes sowie des Naturerbes zu fördern,
- die regionale Identität, Bewusstseinsbildung und Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen und Fachbehörden auszubauen,
- die geowissenschaftliche Wissensvermittlung, Umweltbildung, Lehre und Forschung zu initiieren,
- den Geopark in vorhandene Netzwerk-Strukturen auf hessischer, nationaler und europäischer Ebene einzubinden,
- die Zertifizierung als nationalen Geopark anzustreben und
- den Bekanntheitsgrad der Region Vogelsberg insgesamt zu erhöhen.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

ganzheitliche nachhaltige regionale Entwicklung und Bildung

### Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

*Mitglied seit:* 2012

#### *§ 121 (2) 1 Wirtschaftliche Betätigung:*

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.  
Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

## Organe des Unternehmens

### *Vorstand:*

#### **Landrat Manfred Görig - Vorsitzender**

Bürgermeister Matthias Weitzel - stellv. Vorsitzender

Bürgermeisterin Susanne Schaab

Bürgermeister Michael Richter-Plettenberg

Bürgermeister Heiko Stock

### *Mitglieder:*

Vogelsbergkreis

Stadt Amöneburg

Stadt Gedern

Gemeinde Grebenhain

Stadt Homberg/Ohm

Gemeinde Lautertal

Gemeinde Mücke

Stadt Schotten

Gemeinde Schwalmtal

Stadt Ulrichstein

Gemeinde Wartenberg

*Geschäftsführung:* Hartmut Greb

Die Geschäftsführung wird von der Verwaltung des Vogelsbergkreises ohne Kosten-  
erstattung wahrgenommen.

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

*Rechtsform:* eingetragener Verein

*Gründungsdatum:* 17.12.2012

*Satzung:* 17.12.2012

*Vereinsregister:* Gießen, VR 4587

*Stammkapital:* 0 €

*Beteiligungen:* keine

### *Hauswirtschaftliche Eckdaten:*

Für das Jahr 2012 wurden keine Mitgliedsbeiträge erhoben, da die Gründung erst zum  
17.12.2012 erfolgte.

## **Vogelsberg Consult**

Gesellschaft für Regionalentwicklung  
und Wirtschaftsförderung mbH

Am Schlossberg 32, 36304 Alsfeld

Tel.: 06631 / 9616-0 - Fax: 06631 / 9616-16

E-Mail: [info@vogelsberg-consult.de](mailto:info@vogelsberg-consult.de)

Internet: [www.vogelsberg-consult.de](http://www.vogelsberg-consult.de)

**Vogelsberg Consult** [ Gesellschaft für  
Regionalentwicklung und  
Wirtschaftsförderung mbH

### **Unternehmenszweck**

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Initiierung und Durchführung von Projekten, die durch die Europäische Union gemäß dem LEADER-Programm sowie das Land Hessen durch ergänzende Mittel unterstützt werden, in eigener Regie oder durch Beauftragung von fachkundigen Institutionen und Personen,
- die Initiierung und Begleitung von Innovationsprozessen,
- die Förderung von Existenzgründungen,
- die Förderung und Sicherung des Bestandes an Unternehmen,
- die Förderung von Wachstumsbranchen,
- die Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze,
- die Steigerung der kommunalen Wirtschaftskraft,
- die Mitwirkung am effizienten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente,
- die Erstellung regionaler Analysen und Gutachten,
- die Entwicklung und den Vertrieb von Softwareprodukten

Regionaler Schwerpunkt des Unternehmens ist der Vogelsbergkreis

### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

### **Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises**

*Beteiligung seit:* 01/1999 (Verschmelzung DIVO/LEADER)

*Anteile in %:* 33,0 %

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

## Organe des Unternehmens

### *Aufsichtsrat:*

<b>Landrat Manfred Görig - stellv. Vorsitzender</b> (ab 09.06.2012)	Werner Braun - Vorsitzender
<b>Landrat Rudolf Marx - stellv. Vorsitzender</b> (bis 08.06.2012)	
<b>Heinz Geißel</b>	Bernd Dickel
<b>Michael Refflinghaus</b>	Günter Sedlak
<b>Eva Goldbach</b>	Dietmar Schlosser
<b>Bèla Dören</b>	

Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten im Geschäftsjahr keine Aufwandsentschädigungen.

### *Beirat:*

<b>Landrat Manfred Görig - Vorsitzender</b> (ab 09.06.2012)	J. Ackermann	<b>Gudrun Huber</b>
<b>Landrat Rudolf Marx - Vorsitzender</b> (bis 08.06.2012)		
<b>Rainer Löser</b>	Bernd Dickel	E. Fauß (stellv. Vors.)
<b>Franz-Josef Kreuter</b>	Peter Pilger / Ernst Richter	Hildegard Pollak
<b>Otto Heinrich Winter</b>	Erwin Mönning	<b>Kurt Wiegel</b>
<b>Gerda Krömmelbein</b>	Ulrich Roth	Dr. Frank Wendzinski
<b>Rosemarie Müller</b>	Dr. Wolfgang Denhöfer	
<b>R.-H. Vollmöller</b>	Armin Müller	

*Geschäftsführung:* Dipl.-Ing. Thomas Schaumberg

Die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers unterbleibt gem. § 286 Abs. 4 HGB.

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

*Rechtsform:* GmbH  
*Gründungsdatum:* 18.06.1999  
*Gesellschaftsvertrag:* 15.06.1993, zuletzt geändert am 25.06.2007  
*Handelsregister:* Gießen, HRB 5341  
*Stammkapital:* 250.650 €  
*Beteiligungen:* keine

*Gesellschafter / Stammeinlagen*

	€	in %
Vogelsbergkreis	82.700,00	33,0
Sparkasse Oberhessen	62.250,00	24,8
Wirtschaftsförderung Vogelsberg-Region e.V.	37.500,00	15,0
VR Bank HessenLand eG	36.500,00	14,6
Volksbank Lauterbach Schlitz eG	19.750,00	7,9
Volksbank Ulrichstein eG	2.500,00	1,0
Volksbank Grebenhain-Crainfeld eG	2.500,00	1,0
Spar- und Darlehenskasse Stockhausen eG	1.000,00	0,4
Stadt Alsfeld	900,00	0,4
Kreisstadt Lauterbach	750,00	0,3
Stadt Schotten	550,00	0,2
Gemeinde Mücke	500,00	0,2
Stadt Schlitz	500,00	0,2
Stadt Homberg/Ohm	400,00	0,2
Gemeinde Grebenhain	250,00	0,1
Stadt Herbstein	250,00	0,1
Gemeinde Freiensteinau	200,00	0,1
Stadt Kirtorf	200,00	0,1
Gemeinde Schwalmtal	200,00	0,1
Stadt Ulrichstein	200,00	0,1
Gemeinde Wartenberg	200,00	0,1
Gemeinde Feldatal	150,00	0,1
Gemeinde Gemünden (Felda)	150,00	0,1
Stadt Grebenau	150,00	0,1
Gemeinde Lautertal	150,00	0,1
Stadt Romrod	150,00	0,1
Gemeinde Antrifftal	100,00	0,0
	<u>250.650,00</u>	<u>100,0</u>



## Gewinn- und Verlustrechnung

### GEWINN- und VERLUSTRECHNUNG

für die Zeit vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

	€	€	€	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse		460.176,57		512.179,49
2. sonstige betriebliche Erträge		6.186,00		3.614,19
- davon Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen: € 21,46 (i.V. € 366,72)				
			466.362,57	515.793,68
3. Materialaufwand:				
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen		71.606,44		95.027,90
4. Personalaufwand:				
a) Löhne und Gehälter	385.422,38			421.213,67
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	87.287,14			91.147,34
- davon für Altersversorgung: € 0,00 (i.V. € 243,12)				
		472.709,52		512.361,01
5. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen		23.153,25		25.561,36
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		118.401,24		196.724,04
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1.052,62		1.680,40
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen € 0,00 (i.V. € 278,59)				
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		679,17		677,07
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen € 48,96 (i.V. € 0,00)				
			685.497,00	828.670,98
<b>9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>			-219.134,43	-312.877,30
10. außerordentliche Erträge		277.000,00		332.500,00
11. außerordentliches Ergebnis			277.000,00	332.500,00
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag			-1.806,00	-658,39
- davon latente Steueraufwendungen und -erträge: € -1.806,00 (i.V. € -658,39)				
<b>13. Jahresüberschuss</b>			59.671,57	20.281,09

## Ausgewählte Kennzahlen

*Anzahl der Mitarbeiter:* 10,5 Vollzeitstellen (Jahresdurchschnitt)

## Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Dienstleistungsvertrag 01.01.2012 bis 31.12.2015:

jährlicher Zuschuss 277.000 €

Zusatzvertrag DSL November 2011, Laufzeit 01.01.2011 bis 31.12.2012:

jährliche Kosten 75.000 €

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresüberschuss 59.671,57 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	Stammeinlage VBK 33 % = 82.700 €

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

### *Begründung:*

Die Vogelsberg Consult ist in den im Unternehmensgegenstand genannten Bereichen erfolgreich tätig.

## Auszug aus dem Lagebericht

### *Lage der Gesellschaft:*

Die Vogelsberg Consult GmbH behielt auch im abgelaufenen Jahr ihre strategische Ausrichtung bei. Im Bereich Regionalmanagement setzt sie auf Partizipation und Einbindung regionaler Akteure, während sie im Bereich Wirtschaftsförderung unternehmensnahe Dienstleistungen ins Zentrum stellt. Beide Linien haben sich bewährt.

### Das Jahresergebnis und das Budget 2012

Der Jahresüberschuss erhöhte sich um T€ 39,4 gegenüber dem Vorjahr. Der Rückgang der Umsatzerlöse (um T€ 52,0) und der außerordentlichen Erträge (um T€ 55,5) konnte durch Einsparungen beim Materialaufwand und bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen

ausgeglichen werden. Der Anstieg des Jahresüberschusses resultiert im Wesentlichen aus der Einsparung beim Personalaufwand.

Der cash-flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit war mit T€ -241,8 nahezu identisch mit dem Vorjahreswert in Höhe von T€ -240,4. Demgegenüber stehen die Leistungen des Gesellschafters Vogelsbergkreis in Höhe von T€ 277.

Die jederzeitige Liquidität war während des gesamten Wirtschaftsjahres 2012 sichergestellt. Die liquiden Mittel haben einen Anteil von 61,2% an der Bilanzsumme. Der Eigenkapitalanteil konnte von 82,4 % auf 84,3 % verbessert werden.

Nahezu 460.176 € (Vorjahr: 512.179 €) hat die Vogelsberg Consult GmbH durch Unternehmensberatungen, Projektaufträge sowie akquirierte Projektmittel selbst erbracht. Im Geschäftsjahr 2012 ist ein Gewinn von 59.671 € ausgewiesen.

Aus den Leistungen des Gesellschafters Vogelsbergkreis, die vertraglich bis Ende 2015 vereinbart worden sind, bestreitet die Vogelsberg Consult GmbH die Finanzierung der entgeltfreien Grundberatung für GründerInnen und Unternehmen, der Veranstaltungskosten (Informationsveranstaltungen, Tagungen), die Kofinanzierung für Qualifizierungsmaßnahmen, die Fördermittelakquise für die Region Vogelsberg sowie Projektentwicklungen und -umsetzung der Vorhaben aus dem Regionalen Entwicklungskonzept. Die Art der Dienstleistungen der Vogelsberg Consult GmbH ist im Vertrag mit dem Vogelsbergkreis beschrieben.

#### *Ausblick:*

Die Auftragslage für 2013/2014 ist aufgrund der laufenden durch das HMWVL kofinanzierten Projekte Qualifizierungsoffensive VII (bis 12/2014), Fit<sup>2</sup> (bis 9/2014) und Verpackungcluster Mittelhessen (bis 7/2015) gut.

Aufgrund von Änderungen in den Konditionen der hessischen aber auch bundesdeutschen Förderprogramme sinken die Kofinanzierungsraten und damit die „Umsatzerlöse“ der Vogelsberg Consult GmbH. Gleichzeitig stellen regional wichtige Programme - wie LEADER - Vorbedingungen an die personelle Ausstattung der Vogelsberg Consult GmbH, ohne diese finanziell zu fördern. Bei fortbestehendem Aufgabenspektrum machen die o.g. Rahmenbedingungen mittelfristig eine höhere Grundfinanzierung notwendig.

Der Vertrag mit dem Vogelsbergkreis wurde im Verlauf des Jahres 2011 überarbeitet und im November 2011 für den Zeitraum 2012 bis 2015 verlängert.

#### Beratungsangebot

Das Beratungsangebot der Vogelsberg Consult GmbH umfasst Existenzgründungsberatung und -coaching, Finanzierungs- und Fördermittelberatung, Unternehmenssicherungsberatung sowie Ausbildungs- und Qualifizierungsberatung. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Rückgang bei den Existenzgründungsberatungen zu verzeichnen; der Grund dafür dürfte in der Erholung des Arbeitsmarktes liegen.

#### Qualifizierungsoffensive Vogelsberg - Aktivitäten der Vogelsberg Consult GmbH im Förderprogramm QuIT - Qualifizierungsbeauftragte 2012

Im Rahmen des Programms „Verbesserung der Qualität, Information und Transparenz in der beruflichen Bildung (QuIT) - Qualifizierungsbeauftragte“ sollen kleine und mittlere

Unternehmen und deren Beschäftigte für den Nutzen und die Möglichkeiten der kontinuierlichen beruflichen Weiterbildung sensibilisiert werden.

Die Finanzierung basiert auf Mitteln der Europäischen Union, des HMWVL und der Vogelsberg Consult GmbH.

Sicherung des Fachkräftenachwuchses: „Fit<sup>2</sup>“

Das von der Vogelsberg Consult GmbH entwickelte Konzept Ausbildungsförderung in regionaler Verantwortung hat das Leitziel „Sicherung des Fachkräftenachwuchses der heimischen Wirtschaft“. Für die Laufzeit 10/2010 bis 9/2014 werden wir uns in einem Modellvorhaben des Hess. Wirtschaftsministeriums folgender Fragestellung widmen: Der demografische Wandel bewirkt, dass sich eine zunehmende Anzahl von KMU im ländlichen Raum der Ausbildung „schwieriger“ Jugendlicher stellen muss. Darauf sind sie nur unzureichend vorbereitet. KMU sollen in die Lage versetzt werden, mit hauseigener Kompetenz „schwierige“ Jugendliche sicher zum erfolgreichen Abschluss der beruflichen Erstausbildung zu führen.

Verpackungscluster Mittelhessen

Der Vogelsbergkreis und die Region Mittelhessen verfügen über eine außergewöhnliche Konzentration von Unternehmen rund um das Thema Verpackung. Das Spektrum reicht von ganz kleinen Betrieben bis zu „Global Players“. Durch die Initiierung und den Aufbau eines Clusters in diesem für Mittelhessen wichtigen Industriezweig kann die Wertschöpfung in den zugehörigen Unternehmen erhöht werden, die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und letztlich mehr Beschäftigung aufgebaut werden. Die Vogelsberg Consult GmbH hat sich mit dem Verpackungscluster am 1. Hessischen Clusterwettbewerb beteiligt und ist für ihren Beitrag vom Hessischen Wirtschaftsminister ausgezeichnet worden. Im Rahmen der ersten Umsetzungsphase (9/2009 bis 8/2012) sind bereits über 15 Unternehmen der Initiative beigetreten. Die zweite Umsetzungsphase bis Juli 2015 wurde in 2012 erfolgreich beantragt.

Hessenweite Einbindung

Die Vogelsberg Consult GmbH arbeitet in verschiedenen Arbeitsgruppen des Vereins Mittelhessen mit (AG der mittelhessischen Wirtschaftsfördereinrichtungen, AK Bildung). Darüber hinaus vertritt sie die Hessischen LEADER-Regionen im EFRE - Begleitausschuss des Landes Hessen, der beim HMWVL angesiedelt ist sowie im ELER - Begleitausschuss des HMUELV.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mit dem Geschäftsführer waren am 31.12.2012 bei der Vogelsberg Consult GmbH insgesamt 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Die Vogelsberg Consult GmbH stellt Arbeitsplätze für 6 Vollzeit-, 6 Teilzeit- und 2 geringfügig Beschäftigte zur Verfügung. Umgerechnet sind es insgesamt 10,5 Vollzeitstellen. Ein Arbeitsverhältnis ist befristet, angepasst an die Laufzeiten des jeweiligen Projektes.

Insgesamt hat das Team im Jahr 2012 rund 86 Veranstaltungen geplant und durchgeführt. Durch ihr gleich bleibend großes Engagement gewährleisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die hohe Qualität der Dienstleistungen für die heimischen Unternehmen.

## Region Vogelsberg Touristik GmbH

Vogelsbergstr. 137a, 63679 Schotten  
Tel.: 06044 / 96 48 48 - Fax: 06044 / 96 48 49  
E-Mail: [info@vogelsberg-touristik.de](mailto:info@vogelsberg-touristik.de)  
Internet: [www.vogelsberg-touristik.de](http://www.vogelsberg-touristik.de)



### Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

- der Aufbau eines Servicecenters für Touristen,
- die Vermarktung, Präsentation und Positionierung der Region und ihrer Angebote,
- die Einrichtung einer Koordinations-, Informations- und Beratungsstelle für Gastronomie und touristische Anbieter,
- die Förderung der regionalen Kooperation,
- die Moderation regionaler Interessengruppen,
- die Entwicklung und Verbesserung von Tourismusprodukten und die Angebotskoordination,
- die Entwicklung einer Dachmarke Vogelsberg,
- das Anbieten spezifischer Dienstleistungen.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Touristische Vermarktung der Region  
Steigerung Brutto-Inlands-Produkt

### Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

*Beteiligung seit:* Gründung 2001

*Anteile in %:* 23,57 %

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Das Unternehmen hat keine rein betriebswirtschaftliche Ausrichtung.

## Organe des Unternehmens

### *Aufsichtsrat:*

Vogelsbergkreis	<b>Landrat Manfred Görig</b> – Vorsitzender (ab 01.09.2012)
	<b>Landrat Rudolf Marx</b> – Vorsitzender (bis 31.08.2012)
Wetteraukreis	Landrat Joachim Arnold – stellv. Vorsitzender
Städte/Gemeinden Vogelsbergkreis	Bgm. Manfred Dickert
Kreis Gießen	Landrätin Anita Schneider
Städte/Gemeinden Wetteraukreis	Bgm. Freddy Kammer
Städte/Gemeinden Landkreis Gießen	Bgm. Peter Klug
IHK Gießen-Friedberg	Geschäftsführer Dr. Frank Wendzinski
HOGA Vogelsbergkreis	1. Vorsitzender Ulrich Roth
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	1. Vorsitzender Hubert Straub
VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen	Geschäftsführer Armin Klein

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

*Geschäftsführung:* Frau Uta Nebe, Dipl.-Betriebswirtin

Die Angabe der Bezüge der Geschäftsführerin unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	19.12.2001
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	19.12.2001, zuletzt geändert am 19.11.2008
<i>Handelsregister:</i>	Friedberg, HRB 5746
<i>Stammkapital:</i>	144.250 €
<i>Beteiligungen:</i>	keine

*Gesellschafter:*

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stamm- einlage €</b>
Vogelsbergkreis	34.000,00
Wetteraukreis	21.250,00
Kreis Gießen	10.000,00
Gemeinde Antrifttal	250,00
Gemeinde Birstein	500,00
Gemeinde Feldatal	500,00
Gemeinde Freiensteinau	1.000,00
Gemeinde Gemünden (Felda)	250,00
Gemeinde Grebenhain	5.500,00
Stadt Herbstein	4.000,00
Stadt Homberg/Ohm	2.000,00
Stadt Kirtorf	250,00
Kreisstadt Lauterbach	4.000,00
Gemeinde Lautertal	250,00
Stadt Romrod	250,00
Stadt Ulrichstein	3.250,00
Stadt Schlitz	1.500,00
Stadt Schotten	3.000,00
Gemeinde Schwalmtal	250,00
Gemeinde Wartenberg	250,00

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stamm- einlage €</b>
Stadt Laubach	4.500,00
Stadt Gedern	2.750,00
Gemeinde Hirzenhain	250,00
Gemeinde Echzell	250,00
IHK Gießen-Friedberg	2.500,00
HoGa Hotel- und Gaststättenverband Vogelsberg e.V.	2.500,00
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	1.500,00
Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO)	3.000,00
Main-Kinzig-Kreis	5.000,00
Stadt Alsfeld	5.000,00
Gemeinde Glauburg	250,00
Stadt Nidda	12.750,00
Gemeinde Ranstadt	250,00
Bauernhof und Landurlaub in Hessen e.V. (bis 16.12.2012)	0,00
Stadt Hungen	1.000,00
Stadt Grünberg	4.500,00
Stadt Ortenberg	1.000,00
Stadt Büdingen	3.250,00
Stadt Grebenau	250,00
Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V. (ab 17.12.2012)	1.500,00

## Bilanz des Unternehmens

zum 31. Dezember 2012

### AKTIVSEITE

### PASSIVSEITE

	EUR	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR		EUR	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>				<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Gezeichnetes Kapital		144.250,00	144.250,00
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		5,00	5,00	II. Gewinnvortrag		28.278,82	6.090,82
II. Sachanlagen				III. Jahresüberschuss		13.420,74	22.188,00
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		9.076,00	7.667,00	<b>B. Rückstellungen</b>			
				1. sonstige Rückstellungen		23.565,43	30.790,62
<b>B. Umlaufvermögen</b>				<b>C. Verbindlichkeiten</b>			
I. Vorräte				1. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	3.542,00		0,00
1. Waren	2.230,36		1.657,42	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.742,55		7.907,05
2. geleistete Anzahlungen	<u>1.992,00</u>		<u>0,00</u>	3. sonstige Verbindlichkeiten	<u>1.449,69</u>		<u>2.464,15</u>
		4.222,36	1.657,42			12.734,24	10.371,20
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				- davon aus Steuern EUR 1.449,69 (EUR 2.340,28)			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	346,40		5.400,51				
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>3.461,13</u>		<u>5.494,60</u>				
		3.807,53	10.895,11				
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		202.499,27	188.074,87				
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		2.639,07	5.391,24				
		<u>222.249,23</u>	<u>213.690,64</u>			<u>222.249,23</u>	<u>213.690,64</u>

## Gewinn- und Verlustrechnung

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	107.878,05	207.530,84
2. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	1.275,00-
3. sonstige betriebliche Erträge	298.042,58	285.747,21
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	18.080,48	17.581,08
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>58.785,96</u>	<u>142.169,65</u>
	76.866,44	159.750,73
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	119.543,26	127.724,15
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>27.823,66</u>	<u>29.161,45</u>
	147.366,92	156.885,60
- davon für Altersversorgung EUR 240,00 (EUR 240,00)		
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.293,35	3.837,00
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	166.218,44	152.029,23
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.562,30	3.040,46
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>7,04</u>	<u>8,95</u>
<b>10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	13.730,74	22.532,00
11. sonstige Steuern	310,00	344,00
<b>12. Jahresüberschuss</b>	<u><u>13.420,74</u></u>	<u><u>22.188,00</u></u>

## Ausgewählte Kennzahlen

*Anzahl der Mitarbeiter:* 4 (Jahresdurchschnitt)

## Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Lt. Dienstleistungsvertrag:	Zuschuss	89.087,00 €
<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht	
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresüberschuss	13.420,74 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine	
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine	
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	Stammeinlage 23,57 % = 34.000 €	

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

### *Begründung:*

Verbesserung der touristischen Infrastruktur.  
Touristische Vermarktung der Region.

## Auszug aus dem Lagebericht

### *Lage der Gesellschaft:*

### **I. Darstellung des Geschäftsverlaufes**

#### Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Branche

Der Deutschlandtourismus ist eine Querschnittsbranche. Das Besondere des Dienstleistungssektors Tourismus ist, dass seine Arbeitsplätze nicht exportierbar sind.

Der Inlandstourismus und dabei insbesondere Kurzurlaube und Tagesausflüge sind die relevanten Größen für die Freizeitregion Vogelsberg. Deutschland ist das Land mit dem größten Inlandsanteil im Übernachtungstourismus in Europa. Im Urlaubs-Reisekalender der Deutschen steht Deutschland immer noch auf Platz eins. Nach stagnierenden Jahren konnte der Übernachtungstourismus in Hessen nach Ankünften und Übernachtungen im zweiten Jahr in Folge Wachstum verzeichnen. Während die Zuwächse in 2011 vor allem den sich erholenden ausländischen Märkten zuzuschreiben waren und insbesondere die Städtereisen zulegten, war die Inlandsnachfrage der Motor in 2012. Auch Urlaubsregionen im ländlichen Raum konnten 2012 von der wachsenden Nachfrage profitieren.

Im Bereich der Tagesausflüge liegen kaum aktuelle bzw. belastbare Daten vor. Anzunehmen ist eine stabile Nachfrage. Auch hohe Spritpreise konnten die Lust auf Ausflüge nicht belasten. Insgesamt hat dieses Segment für die Region Vogelsberg eine größere Bedeutung als der Übernachtungstourismus. Durch immer mehr Angebote kann die Region Vogelsberg hier Wachstum verzeichnen und ist als Freizeitregion im Einzugsbereich des Rhein-Main-Gebietes gut aufgestellt.

Die Übernachtungsintensität (Übernachtungen pro 1.000 Einwohner auf Grundlage der amtlichen Statistik) weist mit 3.341 einen relativ geringen Wert aus und hat sich gegenüber 2011 nicht verändert. Zum Vergleich sei die Rhön hier erwähnt. Die Übernachtungsintensität liegt in der Rhön bei 9.416 Übernachtungen pro 1.000 Einwohner und damit fast drei Mal so hoch. Als hessische Destinationen haben nur das Lahntal und der Westerwald mit 2.593 und 2.189 Übernachtungen pro 1.000 Einwohner eine noch geringere Übernachtungsintensität zu verzeichnen. Entsprechend gering ist die Wahrnehmung und Bedeutung des Urlaubstourismus in Politik und Wirtschaft der Region Vogelsberg, zumal ein großer Teil der in der amtlichen Statistik ausgewiesenen Übernachtungen dem Geschäftsreiseverkehr und Aufhalten in Rehakliniken bzw. Seminarhäusern von Berufsgenossenschaften zuzuschreiben ist. In der Region Vogelsberg gibt es kaum Betriebe, deren primäre Zielgruppen im Urlaubstourismus liegen. Entsprechend gering ist die Bereitschaft, sich an Marketingmaßnahmen für diese Zielgruppe zu beteiligen. Im Bereich des Urlaubstourismus konnte die Region Vogelsberg insofern insgesamt nicht vom Trend profitieren, auch wenn das Bild innerhalb der Region sehr heterogen ist. Die Zahl der Gesamtankünfte und Übernachtungen in gewerblichen Betrieben sind in Folge leicht rückläufig. Unter den hessischen Destinationen zeichnet sich nur im Westerwald ein noch schlechteres Bild ab. Zurückzuführen ist dies sicher darauf, dass beide Destinationen ausschließlich ländlich geprägt sind und nennenswerte Zentren und Großstädte fehlen, denen die Zuwächse vorwiegend zuzuschreiben sind.

Nach den Zahlen des Statistischen Landesamtes zeichnet die Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten in gewerblichen Betrieben in Hessen ein anderes Bild. Die Umsätze des Gastgewerbes stagnieren bzw. sind unter Berücksichtigung der Inflationsrate seit 2005 insgesamt rückläufig: "Das Gastgewerbe hat trotz Inflationsrate nicht mehr Geld in der Tasche als im Jahr 2005". Die Verlierer sind die Betriebe, die ausschließlich Getränke ausgeben. Am wenigsten Einbußen hatte das Unterkunftsgewerbe.

In Anbetracht der Lage vor den Toren des Rhein-Main-Ballungsraumes mit rund 5 Millionen Einwohnern und hoher Kaufkraft birgt der Tagestourismus ein großes Potential für die Region Vogelsberg. Dieses gilt es noch besser abzuschöpfen. Aus diesem Grund sind die von der Organisation aufgelegten Printmedien und auch die Webseiten mit detaillierten Informationen angereichert, um dem Nutzer Hilfestellung für den Tagesausflug zu geben. Die Optimierung der Homepage durch eine interaktive Karte, in der Wege mit Sehenswürdigkeiten, Gastronomie und Unterkünften verknüpft werden, wurde 2012 realisiert. Eine Webseite für mobile Endgeräte -für den Gast, der sich mit seinem Smartphone in der Region orientieren will, ist für 2013 geplant. Konsequenterweise ist insofern auch die weitgehende Konzentration der aktivierenden Werbung auf den Quellmarkt Rhein-Main. Für die Städte mit ihren mittelalterlichen Stadtkernen haben Tagesausflüge von Gruppen großes Gewicht.

In 2012 wurde die Aufbereitung gruppenrelevanter Angebote weiter forciert und nach 2011 ein weiteres Direktmailing an ausgewählte Vereine in den Quellmärkten koordiniert.

Die Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft in der Destination Vogelsberg haben sich nicht grundlegend geändert. Die Landespolitik misst der Tourismuswirtschaft eine untergeordnete Bedeutung bei. Tourismusförderung steht hinter der Förderung anderer Wirtschaftszweige zurück. Um auf dem Weg hin zu einer flächendeckenden Infrastruktur für den Aktivtouristen (Wander-/Radwegeinfrastruktur etc.) voranzukommen, fehlte in den vergangenen Jahren ein regionales Management. In den beteiligten Kreisen wurde diese Verantwortung unterschiedlich wahrgenommen. Positiv ist das aktuelle Bewusstsein für diese Situation.

Neuinvestitionen der Privatwirtschaft scheitern allzu oft an der Bereitschaft der Finanzinstitute, Kredite bereitzustellen, da das Vertrauen in die Entwicklung der Tourismusbranche in der Region Vogelsberg gering ist. Lähmend wirkt sich dabei die aktuelle Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energiegewinnung aus, verbunden mit der Evaluierung weiterer Standorte für Windkraftträder.

Im Spannungsfeld sinkender Einwohnerzahlen, die viele kleine Gemeinden unter die Grenze von 3.000 sinken ließen, finanzieller Lasten und Daseinsvorsorge für die Bevölkerung treten Entwicklungsziele im Tourismus in den Hintergrund.

Mit dem auf Initiative des Vogelsbergkreises gegründeten Verein "Geopark Vulkanregion Vogelsberg" am 20. Dezember 2012 wurden die seit 2009 erarbeiteten geotouristischen Ziele wieder in den Fokus gerückt. Viele kleine Initiativen haben in den letzten Jahren geotouristische Angebote geschaffen. Mit der Übergabe des Förderbescheides für die Ausstattung einer geotouristischen Ausstellung in Schotten am 14. August 2013 wurde diesbezüglich ein neues Etappenziel erreicht.

Das Regionalmanagement im Wetteraukreis verfolgt dagegen andere Ziele. Hier stehen insbesondere die "Keltenwelt am Glauberg", Rekonstruktionen am Limes und die Inwertsetzung historischer Baudenkmäler im Fokus. Unter dem Label "Archäologielandschaft Wetterau" werden Entwicklungsziele verfolgt, die insbesondere den Tagestourismus ankurbeln und den Freizeitwert der Region für Bürger und potentielle Einwohner steigern sollen.

Dank der Initiative des Kreises Gießen wird zur Zeit ein Entwicklungskonzept für die Ostkreiskommunen Laubach, Grünberg, Hungen und Lich erstellt, die der Destination Vogelsberg zugeordnet sind, Das Konzept soll auch Schlüssel-Projekte für eine gemeinsame Vermarktung und Professionalisierung der beteiligten Kommunen aufzeigen.

### Geschäftsverlauf der Gesellschaft

Die von den Gesellschaftern zur Verfügung gestellten Mittel wurden auch 2012 verantwortlich und sparsam im Sinne der Dienstleistungsverträge eingesetzt Zielgruppenspezifische Printmedien für Familien und Reisemobilisten komplettierten 2012 die bewährten Medien für Wanderer, Radfahrer und den Urlaubskatalog.

Für den Online-Bereich wurde ein Destinationsmanagement-System eingeführt, an dem sich zur Zeit acht Kommunen beteiligen (Lauterbach, Schlitz, Herbstein, Ulrichstein, Geddern, Schotten, Nidda, Birstein), Kern des Systems sind Datenbanken für Unterkünfte, Veranstaltungen, Gastronomie und Sehenswürdigkeiten (A-Z) sowie Touren. An einer Stelle gepflegt, stehen die Daten für verschiedene Ausgabemedien und Formate zur Verfügung. Die Systeme werden von der Firma Secra Bookings GmbH/Sierksdorf und green-solutions/Murnau zur Verfügung gestellt. Technikpartner zur Darstellung der Wege und Daten auf Online-Karten ist die Firma hubermedia GmbH/Lam. Die Partner garantieren eine zeitgemäße Darstellung, komfortable Pflegesysteme, Anpassungen an neue Ausgabemedien, kurze Ladezeiten und verfügen außerdem über ein Partnernetzwerk, über das eine weitere Verbreitung der Daten möglich ist. Über das Netzwerk stehen außerdem "Web-to-Print-Lösungen" für Kataloge, wie auch für Karten, Wegebeschilderung und Wegeportale zur Verfügung.

Mit den genannten Firmen bestehen Lizenzverträge zur Nutzung der Systeme in einem definierten Umfang, der jederzeit erweitert werden kann. Diese Lizenzen beinhalten die Nutzung der Systeme für alle Gesellschafterkommunen. Neu realisiert wurde in 2012 eine interaktive Karte, ein Online-Gastronomieverzeichnis und eine zeitgemäße, sich aus den Datenbanken generierende Darstellung von Touren. Die hohe Nutzung rechtfertigt diese Investitionen. Für 2013 geplant ist eine Webseite für mobile Endgeräte, deren Inhalte sich weitgehend aus den Datenbanken generieren.

Die aktivierende Werbung konzentriert sich weiterhin auf ausgewählte Quellmärkte. Mit den Partnern Nidda -Bad Salzhausen, Schotten und WAGG (Gemeinnützige Wetterauer Archäologische Gesellschaft) hat sich die Region dem Marketingpaket der Hessen Agentur zur Marktbearbeitung Niederlande angeschlossen, dem einzigen ausländischen Quellmarkt mit Entwicklungspotential im Urlaubssegment. Das Paket beinhaltet verschiedene Maßnahmen von der Messevertretung, über Journalistenreisen, Pressenewsletter, Direktmailings an Endverbraucher, Online-Werbung bis zu Advertorials in Printmedien. Zur Unterstützung wurde ein Streuprosppekt in niederländischer Sprache aufgelegt, das auch online verfügbar ist.

Die Werbekampagne mit dem mobilen Werbestand (Road-Show) wurde mit 35 Einsatztagen im Jahr 2012 fortgesetzt. An der Aktion beteiligten sich 11 Kommunen mit einem unterschiedlichen Volumen (22 bzw. 35 Einsatztage). Die Road-Show 2010-2012 wurde über EFRE mit 50% gefördert. Die Weiterführung über das Jahr 2012 hinaus konnte gesichert werden, da acht Kommunen sich weiterhin beteiligen.

Zur Vermarktung des BahnRadweg Hessen besteht eine lose Kooperation mit den Kollegen in der Hessischen Rhön, Hersfeld-Rotenburg und im Main-Kinzig-Kreis. Arbeitsteilig wurde die Erstellung eines Streuprospektes, Werbeseiten im Rhein-Main-Gebiet und die Optimierung der Webseite organisiert.

Neben den wirtschaftsfördernden Beiträgen der Kommunen und Kreise aufgrund der Dienstleistungsverträge wurden erfolgreich zusätzlich Mittel zur Umsetzung aller Aktivitäten über Beteiligungen, für Anzeigen und Einträge akquiriert.

## Die Umsatzerlöse gliedern sich in folgende Bereiche (Angaben in TEUR):

### Marketing:

Einnahmen und Sponsoringgelder für Koordination und Vermarktung des Vulkanradweges/BahnRadweg:	38,4*	(Vorjahr 47,5*)
Wandermarketing, Vogelsberger Extratouren:	6,0	(Vorjahr 7,5)
Anzeigen und Einträge in Broschüren, Webseite etc.:	20,6	(Vorjahr 96,6)
AG Lammwochen/Wildwochen:	4,7	(Vorjahr 5,5)
Anschließerbeteiligung an Infoständen:	10,0	(Vorjahr 13,5)
Road Show**: Beteiligungen	14,5	(Vorjahr 14,8)

### Service und Dienstleistung:

Erlöse Eigenveranstaltung: Führungen	0,9	(Vorjahr 1,3)
Umsätze Handelsware, Prospektversand etc.:	11,7	(Vorjahr 16,2)
Sonstiges	1,1	(Vorjahr 4,6)
<b>Gesamt:</b>	<b>107,9</b>	<b>(Vorjahr 207,5)</b>

\* dem Betrag gegenzurechnen sind Kofinanzierungsmittel von 0,6 TEUR (2012) und 7,5 TEUR (2011), die an den Vogelsbergkreis zurückflossen.

\*\* zusätzlich standen 20,5 TEUR Fördermittel im Jahr 2012 und 21,0 TEUR Fördermittel in 2011 und zur Verfügung

Als Profitcenter wird das Marketing des Vulkanradweges budgetiert. Die Umsätze setzen sich wie folgt zusammen: 5,8 TEUR vertraglich gebundene Betriebe (Anbieterkooperation), 14,0 TEUR Zweckverbände und weitere Kommunen am Vulkanradweg, 12,0 TEUR Hassia als Sponsor, 2,9 TEUR Refinanzierung des Flyers durch Anzeigen und Einträge, 1,1 TEUR erbrachte Koordinations-Dienstleistung für das Projekt BahnRadweg Hessen, 2,8 TEUR Sonstige Einnahmen AG Vulkanradweg.

Die Differenz zu den Umsatzerlösen 2011 entstand insbesondere dadurch, dass der Urlaubskatalog der Region Vogelsberg nicht jährlich aufgelegt wird und somit in 2012 die Umsätze durch Einträge im Katalog fehlen.

Die Region Vogelsberg Touristik GmbH steht mit ihren Aufgaben im Spannungsfeld zwischen Destinationsmanagement als Teil der Regionalentwicklung und Marketingorganisation. Kreisübergreifend werden Mittel der Gesellschafter gebündelt, um gemeinsam die Themen und Produkte der Partner am Markt zu platzieren. Das System des öffentlichen Tourismus in Hessen basiert auf Zusammenarbeitsstrukturen auf vertikaler Ebene (Drei-Ebenen-Modell) und horizontaler Ebene (funktionale Unterstützungspartner). Seit Gründung der Organisation sind die Professionalisierung und der Organisationsgrad in den kommunalen Tourist-Informationen vorangeschritten. Die Schere im Bereich der Professionalisierung zwischen den kleinen, nicht organisierten Kommunen und den größeren Kommunen mit Tourist-Information hat sich dadurch weiter geöffnet. Ein Zusammenschluss kleinerer Kommunen oder die Anbindung kleinerer Kommunen an bereits organisierte größere Kommunen (Bildung von sogenannten Touristischen Arbeitsgemeinschaften -TAGs) gemäß Empfehlung des Hessischen Tourismus Verbandes e.V. und des Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung ist in der Region Vogelsberg nicht geschehen. Insofern wurde das Management-System für die Region nicht durchgängig angelegt, sondern lässt einerseits zu, dass größere Kommunen sich anschließen (Daten selbst pflegen und nutzen),

und gibt der Destination andererseits die Möglichkeit, die Daten kleinerer Kommunen zentral zu pflegen.

Die differierende Tourismuspolitik der an der Region Vogelsberg Touristik GmbH beteiligten Kreise und Kommunen sowie die wenig verbindlichen Zusammenarbeitsstrukturen sind ursächlich dafür, dass die Region hinter ihrem Potential zurückbleibt. Sie belasten auch die Arbeit der Region Vogelsberg Touristik GmbH. Vor diesem Hintergrund befürwortet die Region Vogelsberg Touristik GmbH die Erarbeitung eines tragfähigen Konzeptes in Abstimmung mit allen am Tourismus beteiligten Organisationen. Bereits in 2011 berief der Aufsichtsrat eine Projektarbeitsgruppe, die sich mit der Neuausrichtung des Tourismus und der Tourismusstrukturen befasst hat. Am 22. Februar 2012 wurde in einem Workshop die weitere Vorgehensweise erarbeitet. An diesem Termin nahm neben der Arbeitsgruppe der gesamte Aufsichtsrat teil.

Der Handlungsdruck, die Abwägung und die Ergebnisse wurden den *Gesellschaftern* am 3. April 2012 durch die begleitende Agentur PROJECT M GmbH dargestellt: Empfohlen wurde die Erweiterung der Destination um den Naturraum der Wetterau sowie ein ca. achtzehnmonatiger Prozess zur Erarbeitung eines tragfähigen, abgestimmten und kommunizierten Entwicklungskonzeptes, das Infrastruktur, Produkte, Marketing und Zusammenarbeitsstrukturen einschließt, Schlüsselprojekte definiert und als Maßnahmen- und Umsetzungsplan für eine erfolgreiche Tourismusentwicklung in allen Bereichen aufgebaut werden soll.

In folgenden Aufsichtsratssitzungen wurde deutlich, dass es für eine Erweiterung um den Naturraum Wetterau keine Mehrheit gibt. Für die Erarbeitung des oben genannten Konzeptes beschloss der Aufsichtsrat der Region Vogelsberg Touristik GmbH, dennoch Mittel bereitzustellen und brachte den Beschluss in die *Gesellschafterversammlung* am 20. März 2013 ein, dem gefolgt wurde.

Wegen der Auflösung des Anstellungsvertrages mit der *Geschäftsführerin* auf eigenen Wunsch zum 31. Dezember 2013 beschloss der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 3. Mai 2013, die Erarbeitung des Konzeptes zurückzustellen. Der Vogelsbergkreis stellte in der Sitzung in Aussicht, ein Konzept intern erarbeiten zu lassen und den anderen *Gesellschaftern* als Vorschlag vorzulegen.

## II. Darstellung der Lage

Die Region Vogelsberg Touristik GmbH erwirtschaftete im Jahr 2012 einen Überschuss von 13,4 TEUR und kann bei einem Übertrag auf Folgejahre insgesamt über ein Polster für Personalengpässe und einmalige Projekte von 41,7 TEUR zurückgreifen. Ein Jahresüberschuss ist nicht Ziel des Unternehmens, sondern die effiziente Nutzung der vorhandenen Ressourcen. Insofern wird mit einer Übertragung des Jahresüberschusses auf neue Rechnung gerechnet.

### Kennzahlen der Vermögenslage:

Eigenkapital (TEUR):	185,9	(Vorjahr 172,5)
Anlagevermögen (TEUR):	9,1	(Vorjahr 7,7)
Umlaufvermögen inkl. RAP (TEUR):	213,1	(Vorjahr 206,0)
Bilanzsumme (TEUR):	222,2	(Vorjahr 213,7)
Umsatzerlöse aus in Rechnung gestellten Leistungen (TEUR)	107,9:	(Vorjahr 207,5)
Erträge aus Dienstleistungsverträgen mit kommunalen Gesellschaftern (TEUR)	268,7	(Vorjahr 259,5)
Eigenkapitalquote (%):	83,7	(Vorjahr 80,7)
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (TEUR):	13,4	(Vorjahr -22,2)
Finanzergebnis (TEUR):	2,6	(Vorjahr 3,0)
Personalintensität (%) Personaleinsatz/Gesamtleistung:	36,3	(Vorjahr 31,8)
Abnutzungsgrad (%):	88,1	(Vorjahr 89,2)

Der Überschuss bewirkt die Erhöhung des Eigenkapitals auf der Passivseite der Bilanz. Er ist insbesondere der Tatsache zuzuschreiben, dass die Leistungen mit weniger Personal realisiert wurden als geplant, da auf Grund des Weggangs einer Mitarbeiterin eine Teilzeitstelle zwei Monate unbesetzt blieb. Des Weiteren wurden kalkulierte Ausgabenpositionen des Geschäftsbetriebs nicht voll genutzt, da sparsam gewirtschaftet wurde. Insgesamt wurde mehr umgesetzt als geplant, was sich auf der Einnahmeseite in der Position "Einnahmen aus Anzeigen und Einträgen" und in gleichem Maße auf der Ausgabenseite im Bereich "Marketing" niederschlägt. Die unregelmäßige Auflage des Hauptkataloges ist ursächlich für die Schwankungen der Umsatzerlöse, der Bilanzsumme und der Personalintensität in den Geschäftsjahren.

Auf der Aktivseite wurde das Anlagevermögen durch die Abschreibung in der Wertstellung verringert. Der Kauf eines Messestandes im Oktober 2012 erhöhte insgesamt das Anlagevermögen. Der Bestand an Vorräten erhöhte sich zum Stichtag um 2,5 TEUR und resultiert hauptsächlich aus einer geleisteten Anzahlung an den ADFC für das Medienpaket "Deutschland per Rad entdecken".

Die Zuschüsse aus den Dienstleistungsverträgen erhöhten sich leicht auf 268.702 EUR, da sich die Grundlage gegenüber 2011 veränderte. Zwar sanken die Einwohnerzahlen, jedoch erhöhten sich die Übernachtungszahlen in der amtlichen Statistik, da die Zahlen des Touristikcampings seit 2008 in die amtliche Statistik einfließen. Die "Flüssigen Mittel" zum 31. Dezember 2012 lagen bei 202,5 TEUR (Vorjahr 188,1 TEUR). Es bestanden am Stichtag keine nennenswerten Forderungen. Im Berichtsjahr gab es keine nennenswerten Forderungsausfälle.

Die Rückstellungen beinhalten zum Bilanzstichtag übliche Positionen für Bilanzaufstellung und -prüfung, Beiträge zur Berufsgenossenschaft und Rückstellungen für noch nicht genommenen Urlaub. Letztere Position hat sich gegenüber 2011 erhöht aufgrund des Personalengpasses zum Ende des Jahres.

Insgesamt hat die Gesellschaft eine solide Liquidität durch wenig gebundenes Kapital und Puffer durch übertragene Überschüsse aus dem letzten Geschäftsjahr.

Im Fokus des laufenden Geschäftsjahres steht die Optimierung der Webseiten und Lösungen für mobile Endgeräte.

Durch die bestehenden Dienstleistungsverträge mit den kommunalen Gesellschaftern und den beteiligten Kreisen ist die Organisation bis zum Ende des Jahres 2014 gesichert. Vertraglich abgesichert sind zusätzlich Mittel für das Marketing des Vulkanradweges. Die Verträge mit Zweckverbänden und Kommunen am Vulkanradweg sind bis Ende 2014 befristet. Sie versetzen die Organisation in die Lage, sich in ein kooperatives Marketing für den BahnRadweg Hessen einzubringen, das letztendlich dem Reiseziel Vulkanradweg zugute kommt. Von der Möglichkeit, den Dienstleistungsvertrag mit der Gesellschaft zum 31.12.2014 zu kündigen, haben bis zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes die Kommunen Echzell und Lauterbach Gebrauch gemacht.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind im Geschäftsverlauf dargelegt.

*Ausblick:*

### III. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken

#### Risikobericht und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Dienstleistungsverträge mit den kommunalen Gesellschaftern und Kreisen sichern einen jährlichen Zuschuss zu den Betriebskosten von 268 TEUR bis zum Jahr 2014. Ca. 85% werden für den allgemeinen Geschäftsbetrieb im Rahmen der wirtschaftsfördernden Tätigkeit benötigt. Darin enthalten sind die Personalkosten. 15 % stehen für nicht refinanzierbare, imagefördernde und strategische Marketingmaßnahmen zur Verfügung. Alle weiteren Produkte werden mit den Partnern im Rahmen eines Beteiligungskonzeptes realisiert. Weiterhin sind Mittel für das Marketing des Vulkanradweges/BahnRadweges durch Verträge mit 25 Anbietern am Vulkanradweg, den beiden Zweckverbänden, den Kommunen Altenstadt und Schlitz, der Kur- und Tourismus GmbH Bad Salzschlirf sowie dem Getränkehersteller Hassia als Sponsor abgesichert. Alle Verträge sind zum Ende des Jahres 2014 kündbar bzw. laufen zu diesem Termin aus.

Die Förderung der "Road-Show" mit einem mobilen Werbepaket war bis 2012 befristet. Die Fortführung der Aktion durch den Dienstleister ist vertraglich bis zum Ende des Jahres 2014 abgesichert. Aus dem Paket herausgenommen wurde die Präsenz auf dem Hessestag.

Mit den Destinationen entlang des BahnRadweges Hessen wurde ein gemeinsames Marketing für die Jahre 2012/2013 vereinbart mit Basisprodukten wie Flyer, Webseite und dem Marketingpaket der DZT "Deutschland per Rad entdecken".

Risiken für den Fortbestand der Organisation liegen insbesondere in der Struktur der Gesellschaft, die die Bewältigung zukünftiger Aufgaben im Sinne der Regionalentwicklung behindert. Destinationsplanung und -steuerung erfordern einen klaren Konsens der Gesellschafter und Partner. Die Zusammenarbeit benötigt eine zukunfts- und zielgerichtete Geschäftsgrundlage mit verbindlichen Zielvorgaben, ansonsten besteht die Gefahr der Verstrickung in "Kleinkram" und "Kirchturmdenken". Über Geschäftsverlauf und Risiken wird dem Aufsichtsrat mindestens zwei Mal im Jahr berichtet.

Die fachliche Expertise von Cornelius ObierlPROJECT M GmbH auf Grundlage des Workshops am 2. Februar 2012 schließt mit folgendem Resümee, das die Risiken und den Handlungsdruck verdeutlicht und einen Prozess zur Neuausrichtung vorschlägt:

- Der Handlungsbedarf in der Region Vogelsberg ist auf inhaltlicher und organisatorischer Ebene erheblich und dringend -eine Fortsetzung in den bisherigen Strukturen birgt eine große Gefahr des Scheiterns.
- Eine zukunftsfähige touristische Marktbearbeitung benötigt eine neue "Geschäftsgrundlage" für alle Akteure. Dies betrifft Gebietskulisse, inhaltliche Ausrichtung, Ablauforganisation/Aufgabenteilung sowie Aufbauorganisation/Organisationsstrukturen.
- Für den Prozess zur Neuausrichtung wird eine Dauer von 12 bis 14 Monaten veranschlagt. Eine Arbeitsgruppe soll mit externer Unterstützung eine inhaltliche und organisatorische Umsetzungsplanung erarbeiten.

Entscheidend wird sein, ob die beteiligten Kreise und nachfolgend die beteiligten Kommunen inhaltliche Differenzen überwinden können und auch zukünftig in einer Destination kooperieren wollen. Ein Signal dafür ist die Ausschreibung der Geschäftsführerposition in der bestehenden Organisationsstruktur.

## Sparkasse Oberhessen

Kaiserstr. 155, 61169 Friedberg

Tel.: 06031 / 86-0 - Fax: 06031 / 86-128

E-Mail: [info@sparkasse-oberhessen.de](mailto:info@sparkasse-oberhessen.de)

Internet: [www.sparkasse-oberhessen.de](http://www.sparkasse-oberhessen.de)



### Unternehmenszweck

"Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihrer Träger in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Die Sparkasse hat das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe ihrer Satzung. Die Sparkasse ist grundsätzlich verpflichtet, Existenzgründerinnen und Existenzgründer in ihrem Geschäftsgebiet zu beraten und sie beim Zugang zu Förderkrediten zu betreuen."

Die Sparkasse Oberhessen ist keine Beteiligung gem. der Definition in 1.2. Sie ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Vogelsbergkreis und dem Wetteraukreis als Träger.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Anstalt des öffentlichen Rechts.

### Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

*Beteiligung seit:* 1991 (Fusion KSK Alsfeld mit KSK Lauterbach zur Sparkasse Vogelsbergkreis und 2006 Fusion Sparkasse Vogelsbergkreis mit Sparkasse Wetteraukreis zur Sparkasse Oberhessen)

*Anteile in %:* 26 % Gewährträgerhaftung für Altverbindlichkeiten

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Anstalt des öffentlichen Rechts.

## Organe des Unternehmens

### *Vorstand:*

Sparkassendirektor Günter Sedlak - Vorsitzender  
Sparkassendirektor Reinhold Wintermeyer - stellv. Vorsitzender  
Sparkassendirektor Thomas Falk - Mitglied

### *Verwaltungsrat:*

Joachim Arnold - stellv. Vorsitzender	Annedore Musch
<b>Rudolf Marx</b> -Vorsitzender (bis 09.06.2012)	Elfriede Pfannkuche
<b>Manfred Görig</b> Vorsitzender (ab 10.06.2012)	Guido Rahn
Bettina Giller	Holger F. Bey
Gerold Helfrich	Rainer-Hans Vollmöller
Dr. Jochen Meier	Gerd Wagner
Birgit Horst	Ulrich Rabel
Heike Müll	Dr. Erik Siefert (ab 03.09.2012)

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	Anstalt des öffentlichen Rechts
<i>Gründungsdatum:</i>	01.01.2006 Fusion Sparkasse Wetterau und Sparkasse Vogelsbergkreis zur Sparkasse Oberhessen
<i>Gewährträger:</i>	Wetteraukreis und Vogelsbergkreis
<i>Satzung:</i>	Neufassung vom 01.07.2010
<i>Handelsregister:</i>	Friedberg HR A 1455
<i>Eigenkapital:</i>	253.395.428,68 €
<i>Beteiligungen:</i>	siehe Lagebericht

## Bilanz des Unternehmens

### Aktivseite

### Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012

	EUR	EUR	EUR	31.12.2011 TEUR
<b>1. Barreserve</b>				
a) Kassenbestand		34.629.648,56		24.650
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		31.673.943,91		56.163
			66.303.592,47	80.813
<b>2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind</b>				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>				
a) täglich fällig		179.677.825,64		98.198
b) andere Forderungen		741.642.670,87		688.333
			921.320.496,51	786.531
<b>4. Forderungen an Kunden</b>			3.125.280.753,54	3.077.072
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	1.597.308.816,94 EUR			( 1.565.427 )
Kommunalkredite	379.753.777,62 EUR			( 398.801 )
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00			0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR			( 0 )
ab) von anderen Emittenten	0,00			0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR			( 0 )
		0,00		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	0,00			0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR			( 0 )
bb) von anderen Emittenten		339.852.151,25		440.082
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	320.276.111,78 EUR			( 419.569 )
		339.852.151,25		440.082
c) eigene Schuldverschreibungen		888.260,61		903
Nennbetrag	875.000,00 EUR			( 890 )
			340.740.411,86	440.985
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>			106.720.361,02	115.938
darunter:				
<b>6a. Handelsbestand</b>			0,00	0
<b>7. Beteiligungen</b>			45.271.266,56	50.334
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 EUR			( 0 )
an Finanzdienstleistungsinstituten	2.695.018,95 EUR			( 2.270 )
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>			25.000,00	25
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 EUR			( 0 )
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 EUR			( 0 )
<b>9. Treuhandvermögen</b>			95.737,59	122
darunter:				
Treuhandkredite	95.737,59 EUR			( 122 )
<b>10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>			0,00	0
<b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		174.114,00		183
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			174.114,00	183
<b>12. Sachanlagen</b>			58.284.378,27	62.845
<b>13. Sonstige Vermögensgegenstände</b>			18.188.092,60	20.695
<b>14. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			331.402,05	490
<b>Summe der Aktiva</b>			4.682.735.606,47	4.636.032

	Passivseite			
	EUR	EUR	EUR	31.12.2011 TEUR
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>				
a) täglich fällig		168.314.366,45		162.925
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>905.073.128,87</u>		<u>911.459</u>
			1.073.387.495,32	1.074.384
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.048.890.639,01			1.031.421
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>53.176.724,73</u>			<u>118.279</u>
		1.102.067.363,74		1.149.700
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	1.796.971.144,78			1.677.549
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>169.519.127,96</u>			<u>228.440</u>
		<u>1.966.490.272,74</u>		<u>1.905.988</u>
			3.068.557.636,48	3.055.688
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>				
a) begebene Schuldverschreibungen		48.797.190,56		39.713
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			( 0 )
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>0,00 EUR</u>			<u>( 0 )</u>
			48.797.190,56	39.713
<b>3a. Handelsbestand</b>			0,00	0
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>			95.737,59	122
darunter:				
Treuhandkredite	95.737,59 EUR			( 122 )
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>			5.931.727,51	6.869
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			752.127,86	949
<b>7. Rückstellungen</b>				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		15.542.676,00		15.375
b) Steuerrückstellungen		<u>3.784.404,97</u>		<u>1.047</u>
c) andere Rückstellungen		<u>24.645.435,74</u>		<u>25.900</u>
			43.972.516,71	42.322
<b>8. Sonderposten mit Rücklageanteil</b>			0,00	0
<b>9. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			15.545.745,76	27.272
<b>10. Genussrechtskapital</b>			0,00	96
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			( 96 )
<b>11. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			172.300.000,00	146.200
darunter:				
<b>12. Eigenkapital</b>				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	242.416.447,96			232.160
cb) andere Rücklagen	<u>0,00</u>			<u>0</u>
		242.416.447,96		232.160
d) Bilanzgewinn		<u>10.978.980,72</u>		<u>10.256</u>
			253.395.428,68	242.416
<b>Summe der Passiva</b>			4.682.735.606,47	4.636.032
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>60.749.102,88</u>		<u>49.650</u>
Über weitere, nicht quantifizierbare Eventualverbindlichkeiten wird im Anhang berichtet.				
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			60.749.102,88	49.650
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>146.851.613,32</u>		<u>150.498</u>
			146.851.613,32	150.498

## Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2011 TEUR
<b>1. Zinserträge aus</b>				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	146.126.804,19			148.326
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR			( 7 )
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	18.216.690,08			20.152
		164.343.494,27		168.478
<b>2. Zinsaufwendungen</b>		64.549.099,67		72.595
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	1.334.264,29 EUR			( 1.249 )
			99.794.394,60	95.883
<b>3. Laufende Erträge aus</b>				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		1.557.884,94		4.305
b) Beteiligungen		2.213.615,70		1.881
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		0
			3.771.500,64	6.186
<b>4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>			5.673,44	0
<b>5. Provisionserträge</b>		28.762.941,18		30.079
<b>6. Provisionsaufwendungen</b>		1.539.618,21		1.302
			27.223.322,97	28.777
<b>7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands</b>			0,00	0
darunter: Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,00 EUR			( 0 )
<b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>			2.767.982,22	3.334
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	83.780,71 EUR			( 86 )
aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR			( 0 )
<b>9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil</b>			0,00	0
			133.562.873,87	134.179
<b>10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	39.390.384,65			38.203
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	10.504.129,43			11.339
darunter:				
für Altersversorgung	3.323.313,80 EUR			( 4.230 )
		49.894.514,08		49.542
b) andere Verwaltungsaufwendungen		21.479.319,35		21.689
			71.373.833,43	71.232
<b>11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>			4.853.159,35	4.653
<b>12. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			4.530.767,62	4.778
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	323,31 EUR			( 0 )
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR			( 0 )
<b>13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>		24.403,42		0
<b>14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>		0,00		93.624
			24.403,42	93.624
<b>15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>		0,00		8.551
<b>16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>		2.500.883,60		0
			2.500.883,60	8.551
<b>17. Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>			521.327,13	464
<b>18. Zuführungen zum dem Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			26.100.000,00	120.200
<b>19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>			28.660.266,52	17.925
<b>20. Außerordentliche Erträge</b>		0,00		0
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	0,00 EUR			( 0 )
<b>21. Außerordentliche Aufwendungen</b>		0,00		0
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	0,00 EUR			( 0 )
<b>22. Außerordentliches Ergebnis</b>			0,00	0
<b>23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>		17.524.644,75		7.521
darunter: Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB	0,00 EUR			( 0 )
<b>24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen</b>		156.641,05		148
			17.681.285,80	7.669
<b>25. Jahresüberschuss</b>			10.978.980,72	10.256
<b>26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr</b>			0,00	0
			10.978.980,72	10.256
<b>27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen</b>				
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,00			0
b) aus anderen Rücklagen	0,00			0
			0,00	0
			10.978.980,72	10.256
<b>28. Einstellungen in Gewinnrücklagen</b>				
a) in die Sicherheitsrücklage	0,00			0
b) in andere Rücklagen	0,00			0
			0,00	0
<b>29. Bilanzgewinn</b>			10.978.980,72	10.256

## Ausgewählte Kennzahlen

*Anzahl der Mitarbeiter:*

	2012	2011
<b>Beschäftigte insgesamt / Jahresdurchschnitt</b>	<b>951</b>	<b>955</b>

## Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Bilanzgewinn 10.978.980,72 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	Gewährträgerhaftung 26 % für Altverbindlichkeiten (bis zum 31.12.2015)
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	keine

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

*Begründung:*

Kredit- und geldwirtschaftliche Versorgung im Satzungsgebiet (Vogelsbergkreis und Wetteraukreis), öffentlicher Auftrag.

## Auszug aus dem Lagebericht

*Lage der Gesellschaft:*

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsbewegung in Deutschland ist am Jahresende 2012 unterbrochen worden. Das reale Bruttoinlandsprodukt hat sich, der Meldung des Statistischen Bundesamtes zufolge, im vierten Quartal saison- und kalenderbereinigt um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal verringert. Damit entwickelte sich die Nachfrageabschwächung, die vor mehr als einem Jahr ihren Ausgang genommen hatte, zu einem spürbaren Dämpfer für die deutsche Konjunktur. Ausschlaggebend dafür waren unter anderem die Verlangsamung des globalen Wachstumstempos, rezessive Tendenzen im Euro-Raum sowie erhebliche Unsicherheiten bei der Bewältigung der Schuldenkrisen. Rückläufige Ausfuhren, mangelnde Investitionsbereitschaft der Unternehmen und nur verhaltene Impulse aus dem privaten Konsum hatten ebenso einen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum in Deutschland. Im Gesamtjahresverlauf wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt um nur 0,7 %, im Vergleich zu 3,0 % im Jahr 2011.

An den Finanzmärkten hat sich die Stimmung der Marktteilnehmer verbessert. Ausschlaggebend dafür waren die geldpolitischen Maßnahmen der Notenbanken der großen Währungsräume. Im Euro-Raum wirkte vor allem das, dem Volumen nach potenziell unbegrenzte, Anleihekaufprogramm der EZB positiv auf das Vertrauen der Marktteilnehmer aus. Ungeachtet dessen sind aber in vielen Ländern weiterhin erhebliche strukturelle Reformen erforderlich.

Am Arbeitsmarkt hat die Konjunkturschwäche bislang kaum Spuren hinterlassen. Der Stand der Erwerbstätigen hat sich im Schlussquartal 2012 gegenüber dem Durchschnitt der Sommermonate leicht verbessert. Die Arbeitslosenquote beläuft sich zum Jahreswechsel auf 6,9 %. Die Lohnentwicklung im Jahr 2012 war von der insgesamt guten Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage geprägt. So stiegen die Tarifvergütungen um 2,5 %. Im Schlussquartal 2012 sind die Preise gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt spürbar gestiegen. Binnen Jahresfrist erhöhten sich die Verbraucherpreise im Herbst insgesamt um 2,0 %. Dies liegt in kräftigen Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln begründet. Bei den anderen Waren und den Dienstleistungen (ohne Mieten) tendierten die Preise ebenfalls stärker nach oben. Die Rohölnotierungen verliefen hingegen seitwärts. Die Aufwertung des Euros gegenüber dem Dollar konnte die Preisentwicklung etwas dämpfen.

Die für das Geschäftsgebiet zuständige Industrie- und Handelskammer Gießen-Friedberg beurteilt die konjunkturelle Lage im Geschäftsgebiet als stabil. Die aktuelle Situation wird von einem überwiegenden Teil der Unternehmen positiv gesehen. Die Einschätzung der zukünftigen Lage fällt jedoch negativ aus, da die Unternehmen Auftragsrückgänge aus In- und Ausland erwarten. Als entscheidende Ursache für den nachlassenden Optimismus wird die europäische Staatsschuldenkrise genannt. Aufgrund dieser Unsicherheiten und Risiken ist ein abwartendes Verhalten der Unternehmen zu beobachten.

Die Arbeitslosigkeit im Geschäftsgebiet hat sich zum Jahresende 2012 gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Die Arbeitslosenquote des Vogelsbergkreises beträgt 4,6 %. Im Wetteraukreis liegt der Wert für den Dezember 2012 bei 4,9 %. Damit liegen beide Landkreise unterhalb des Durchschnitts in Hessen.

Die Bevölkerungsentwicklung hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. In den beiden Landkreisen Vogelsberg und Wetterau leben rund 407.000 Einwohner. Die Geschäftsregion ist durch eine kleinstädtische sowie ländlich geprägte Struktur gekennzeichnet. Insgesamt bestehen 44 selbstständige Gemeinden.

Die Kaufkraft im Geschäftsgebiet liegt leicht über dem Bundesdurchschnitt. Allerdings unterscheiden sich die beiden Trägerkreise markant voneinander. Der Wetteraukreis verfügt über eine überdurchschnittliche Kaufkraft, während der Vogelsbergkreis leicht unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

### Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Sparkasse Oberhessen ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende, rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Ihr Geschäftsgebiet erstreckt sich auf den Vogelsbergkreis und auf den Wetteraukreis.

Träger der Sparkasse Oberhessen sind der Vogelsbergkreis und der Wetteraukreis. Sie unterstützen die Sparkasse Oberhessen bei ihren Aufgaben. Darüber hinaus haften die Träger für alle vor dem 19. Juli 2005 eingegangenen Verbindlichkeiten der beiden Vorgängerinstitute Sparkasse Vogelsbergkreis und Sparkasse Wetterau. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt. Für bis

zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Die Sparkasse Oberhessen haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen.

Die Sparkasse Oberhessen ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV), dem Dachverband der Sparkassen-Finanzgruppe, angeschlossen. Der Sparkassen-Finanzgruppe gehören 423 Sparkassen, 8 Landesbank-Konzerne, 10 Landesbausparkassen, 11 öffentliche regionale Erstversicherungsgruppen und zahlreiche weitere Finanzdienstleistungsunternehmen an.

Darüber hinaus ist die Sparkasse Oberhessen dem Stützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen und dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Organisation angeschlossen. Diese Systeme sind als institutssichernde Einrichtungen im Sinne von § 12 Abs. 1 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes anerkannt. Kennzeichnend für solche Sicherungssysteme ist, dass sie die angeschlossenen Institute schützen und insbesondere deren Liquidität und Solvenz gewährleisten.

### Geschäftstätigkeit

Wir fühlen uns unserem öffentlichen Auftrag verpflichtet. Als Wirtschaftsunternehmen kommt die Sparkasse Oberhessen vor allem der Aufgabe nach, die Bevölkerung und die Wirtschaft innerhalb ihres satzungsrechtlichen Geschäftsgebietes kredit- und geldwirtschaftlich zu versorgen. Die Geschäfte werden unter Beachtung des öffentlichen Auftrages nach kaufmännischen und aufsichtsrechtlichen Grundsätzen geführt. Gleichzeitig unterstützt die Sparkasse Oberhessen durch Spenden und im Rahmen von Sponsoringmaßnahmen das Engagement der Menschen vor Ort.

### Statistischer Bericht über die Erfüllung des öffentlichen Auftrags der Sparkasse Oberhessen im Geschäftsjahr 2012 (§ 15 Abs. 2 Satz 2 HSpG i. V. m. § 2 HSpG)

#### I. Mitarbeiter, Geschäftsstellennetz und Förderung gemeinnütziger und kommunaler Belange

##### 1. Mitarbeiter (per 31.12.2012)

Beschäftigte insgesamt	1.055
Davon Auszubildende	71

##### 2. Geschäftsstellennetz (per 31.12.2012)

Geschäftsstellen inkl. Hauptstelle	65
Fahrbare Geschäftsstellen	3
SB-Filialen	12
Geldautomaten	98
Terminals mit Überweisungsfunktion	50

### 3. Spenden und Sponsoring (ohne Stiftungen) im Geschäftsjahr

In Tsd. EUR	Volumen	Anteil in %
Insgesamt	2.613	100,0
Davon Verwendung für:		
Soziales	167	6,4
Kultur	269	10,3
Umwelt	6	0,2
Sport	151	5,8
Sonstiges	20	0,8
Zuführung zur Bürgerstiftung Gut für Oberhessen	500	19,1
Zuführung zur Stiftung der Sparkasse Oberhessen	1.500	57,4

### 4. Stiftung der Sparkasse Oberhessen

1. Stiftungskapital (in Tsd. EUR) am 31.12.2012	5.000	
2. Stiftungsausschüttungen im Geschäftsjahr		
Insgesamt (in Tsd. EUR)	Volumen	Anteil in %
Insgesamt (in Tsd. EUR)	42	100,00
Davon Verwendung für:		
Soziales	14	33,3
Kultur	17	40,5
Umwelt	11	26,2

### 5. Steuerleistung im Geschäftsjahr

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (in Tsd. EUR)	17.525
Sonstige Steuern (in Tsd. EUR)	157

## II. Förderung der Vermögensbildung

### 1. Bilanzwirksame Anlagen

#### a) Kontenanzahl

	31.12.2012
Sparkonten	179.089
Termingeldkonten	320
Konten für täglich fällige Gelder darunter:	244.098
• Geschäftsgirokonten	21.870
• Privatgirokonten	148.978
Summe	423.507

## b) Vermögensbildung

	31.12.2012
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (in Tsd. EUR)	3.068.558
Davon:	
• Spareinlagen	1.102.068
• Andere Verbindlichkeiten	1.966.490
Verbriefte Verbindlichkeiten	48.797
Nachrangige Verbindlichkeiten	15.546
Genussrechte	0

## 2. Bilanzneutrale Anlagen

## a) Anzahl Kundendepots

	31.12.2012
Anzahl Kundendepots	32.104

## b) Kundenwertpapiergeschäft - Bestände

	Bestand am 31.12.2012
Depotbestand (in Tsd. EUR)	824.424

## III. Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs

## 1. Forderungen an Kunden

	31.12.2012
Forderungen an Kunden (in Tsd. EUR)	3.125.281

## 2. Darlehenszusagen und -auszahlungen im Geschäftsjahr

Darlehenszusagen (in Tsd. EUR)	486.820
Darlehensauszahlungen (in Tsd. EUR)	441.059

## IV. Girokonten auf Guthabenbasis

	31.12.2012
Girokonten auf Guthabenbasis (Anzahl)	2.342

## V. Vermittelte Förderkredite

	2012
Volumen (in Tsd. EUR)	68.282

## Geschäftsentwicklung

Jahr	2012	2011	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in %
Bilanzsumme	4.682.736	4.636.032	46.704	1,0
Geschäftsvolumen	4.743.485	4.685.682	57.803	1,2
Forderungen an Kreditinstitute	921.320	786.531	134.789	17,1
Forderungen an Kunden	3.125.281	3.077.072	48.209	1,6
Wertpapiere	447.461	556.924	-109.463	-19,7
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	45.296	50.359	-5.063	-10,1
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	58.458	63.028	-4.570	-7,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.073.387	1.074.384	-997	-0,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.068.558	3.055.688	12.870	0,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	48.797	39.713	9.084	22,9
Sicherheitsrücklage	242.416	232.160	10.256	4,4

## Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme und das Geschäftsvolumen haben sich im Geschäftsjahr 2012 gegenüber dem Geschäftsjahr 2011 leicht erhöht. Auf der Aktivseite erhöhten sich die festverzinslichen Wertpapierpositionen und die Forderungen an Kunden. Durch Ausweitung der Wertpapierleihegeschäfte von verzinslichen Schuldverschreibungen kommt es zu Verschiebungen zwischen den Wertpapierpositionen und den Forderungen gegenüber Kreditinstituten. Die auf der Passivseite ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich im Geschäftsjahr, während der Refinanzierungsbedarf bei Kreditinstituten nahezu unverändert blieb.

## Kreditgeschäft

## Forderungen an Kreditinstitute

Im Geschäftsjahr 2012 wurden die Termingeldanlagen und Schuldscheindarlehen gegenüber Kreditinstituten geringfügig reduziert. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 bestanden Wertpapierleihegeschäfte, deren Volumen fast die Hälfte der ausgewiesenen Gesamtposition entspricht und somit um 157,7 Mio. EUR höher ausfallen gegenüber dem vorangegangenen Bilanzstichtag.

## Kundenkreditgeschäft

Das bilanzielle Kundenkreditvolumen hat sich wie bereits im Vorjahr positiv entwickelt. Die Finanzierungen an Privat- und Geschäftskunden konnten ausgeweitet werden. Der Kreditbedarf der öffentlichen Haushalte verringerte sich gegenüber dem Vorjahr. Der Hauptanteil bei der Kreditvergabe an die privaten Haushalte entfällt auf die klassischen Wohnungsbaufinanzierungen.

Die Schwerpunkte des gewerblichen Kreditgeschäfts liegen in den Bereichen Dienstleistungsgewerbe, Handel und verarbeitendes Gewerbe.

## Wertpapiere

Die Situation an den Finanzmärkten entspannte sich im Jahr 2012 zunehmend. Der eingeschlagene Reformweg vieler Krisenländer konnte die Finanzmärkte weitgehend besänftigen. Dies schlug sich in einem positiven Bewertungsergebnis nieder. Niederstwertabschreibungen der vergangenen Geschäftsjahre konnten 2012 aufgeholt werden. Die Fälligkeiten und Verkäufe der „Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren“ im Geschäftsjahr wurden wieder neu investiert. Zusätzlich wurden weitere Wertpapiere gekauft. Die Neuanlagen erfolgten überwiegend in Pfandbriefen und Anleihen deutscher Bundesländer. Anlageschwerpunkt sind Bankschuldverschreibungen sowie Pfandbriefe in- und ausländischer Kreditinstitute. Weiterhin befinden sich Anleihen von öffentlichen Emittenten und Finanzdienstleistungsinstituten im Bestand. Bei den Investmentfonds kam es zu einer Reduzierung der Bestände durch die Entnahme der freien Liquidität im Jahresverlauf.

Die Restlaufzeiten betragen zwischen einem und neun Jahren, wobei etwas weniger als 55 % der Wertpapiere in den Jahren 2013 bis 2015 und ca. 25 % in den Jahren 2016 und 2017 endfällig werden.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 sind Schuldverschreibungen im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften verliehen, diese werden unter den Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen.

Die von uns gehaltenen Wertpapiere ordnen wir überwiegend der Liquiditätsreserve zu. Im eingeschränkten Umfang halten wir auch Wertpapiere im Anlagebestand. Für diese Wertpapiere besteht unsererseits Dauerbesitzabsicht. Positionen im Handelsbestand bestanden im Geschäftsjahr 2012 nicht.

## Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die wesentlichsten Beteiligungen halten wir weiterhin am Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG für den Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG. Im Geschäftsjahr erfolgte eine Kapitalerhöhung unserer Beteiligung Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG. Weitere Beteiligungen bestehen im geringen Umfang auch an lokalen Unternehmen sowie Funktionsbeteiligungen innerhalb der Sparkassenorganisation. Durch Wertkorrekturen haben sich die Beteiligungen im Geschäftsjahr 2012 reduziert.

Darüber hinaus besitzen wir mit der GIW Gesellschaft für Gewerbe- und Immobilienmanagement Wetterau mbH, Gedern, eine Tochtergesellschaft, deren Aufgabe es ist, für uns Dienstleistungen im Bereich der Immobilienentwicklung, -sanierung und -verwertung zu erbringen.

## Sach- und immaterielle Anlagen

Die bilanzielle Abnahme bei den Sachanlagen steht überwiegend im Zusammenhang mit den planmäßigen Abschreibungen.

In der Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden in geringem Umfang Ersatzinvestitionen im Bereich der EDV und in das Geschäftsstellennetz getätigt.

## Sonstige Vermögensgegenstände

Die Position setzt sich im Wesentlichen aus einem Immobilienportfolio in Form von geschlossenen Immobilienfonds, aus Steuererstattungsansprüchen und weiterer Ausschüttungsansprüche zusammen.

## Refinanzierung

### Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Tagesgeldaufnahme bei Kreditinstituten hat sich gegenüber dem Vorjahr verringert. Die längerfristige Refinanzierung setzt sich aus Sparkassenbriefen und Festgeldaufnahmen zusammen. Diese reduzierten sich um rund 17 % gegenüber dem Bilanzstichtag 31.12.2011. Der Bestand an Weiterleitungsdarlehen bei der Landesbank Hessen-Thüringen hat sich aufgrund der weiter anhaltenden und starken Kundennachfrage wie bereits im Vorjahr abermals erhöht.

### Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Unser traditionelles Kundengeschäft bildet weiterhin den Hauptbestandteil unserer Refinanzierung. Insgesamt sind wir mit der Entwicklung der Spar- und Kundeneinlagen im Kundengeschäft zufrieden. Bei den höher verzinslichen Sichteinlagen konnten die Kundenbestände deutlich gesteigert werden. Ebenfalls leicht positiv entwickelten sich die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten. Rückläufig entwickelte sich die Kundennachfrage aufgrund des historisch niedrigen Zinsniveaus nach längerfristigen Anlagenprodukten wie Sparkassenbriefe und dem Zuwachssparen. Hier wurden fällige Positionen überwiegend in höher verzinsliche Sichteinlagen neu investiert. Die stichtagsbezogene Tagesgeldaufnahme zum vorherigen Bilanzstichtag wurde vollständig zurückgeführt.

## Eigenkapital

Nach der vom Verwaltungsrat noch zu beschließenden Zuführung des Bilanzgewinns wird die Sicherheitsrücklage 253,4 Mio. € betragen. Zum 31. Dezember 2012 setzten sich die weiteren Eigenkapitalbestandteile aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB und den nachrangigen Verbindlichkeiten zusammen.

## Dienstleistungsgeschäft

Das Nachfrageverhalten unserer Kunden nach bilanzneutralen Finanzprodukten verminderte sich im Geschäftsjahr 2012. Daraus resultierte ein Rückgang der Erträge im Wertpapierkommissionsgeschäft. Die Absatzzahlen und Bestände von Investmentfondsanteilen mit unserem Verbundpartner Deka waren im vergangenen Geschäftsjahr ebenfalls rückläufig.

In 2012 war ein Anstieg der Beitragssumme und Vertragszahlen im Bereich der Sachversicherung zu verzeichnen. Ebenfalls sehr positiv entwickelte sich das Geschäftsfeld der Restkreditversicherungen. Die Anzahl der Neuabschlüsse im Bereich der klassischen Lebensversicherungen entwickelte sich hingegen regressiv. Die Gesamterträge im Versicherungsgeschäft haben sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Das Volumen und die Stückzahl

bei der Vermittlung von Bausparverträgen mit unserem Verbundpartner, der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS), konnte in 2012 gesteigert werden. Somit kam es zu einem Anstieg der Provisionserträge im Bauspargeschäft. Eine tendenziell rückläufige Entwicklung zeigte sich im Geschäftsjahr 2012 bei den Absatzzahlen im Bereich der Altersvorsorge-Produkte mit unseren Verbundpartnern Deka, LBS und Sparkassenversicherung. Die Vermittlung von Derivaten und Finanzprodukten in Zusammenarbeit mit der Landesbank Hessen-Thüringen und die damit verbundenen Erträge haben sich im Geschäftsjahr 2012 abermals erhöht.

### **Entwicklung im Vergleich zum Prognosebericht für das Jahr 2012**

Im Geschäftsjahr 2012 haben wir unsere Planwerte in den drei strategisch hervorgehobenen Bereichen unseres kundenbezogenen Kreditgeschäfts, dem privaten Wohnungsbaukredit, den Krediten mit unseren Unternehmenskunden sowie den Kreditvergaben im kommunalen Bereich, übertroffen. Neben unserer konsequenten vertrieblichen Ausrichtung sind als Gründe dieser Entwicklung die positiven Geschäftserwartungen unserer gewerblichen Kunden sowie eine zunehmende Investitionsbereitschaft in Sachwerte zu nennen. Demgegenüber sind unsere Erwartungen zur Geldvermögensbildung nicht im geplanten Umfang eingetreten. Das Volumen der bilanzwirksamen Kundeneinlagen lag leicht unter unseren Planansätzen. Im kundenbezogenen Wertpapiergeschäft wurden unsere Zielwerte deutlich verfehlt. Die anhaltende Schuldenkrise in der EU, das extrem niedrige Zinsniveau und die neuen regulatorischen Anforderungen an die Wertpapierberatung trugen dazu bei, dass unsere Kunden ihre Gelder in kurzfristige bilanzwirksame Anlageformen parkten oder zunehmend in Sachanlagen investierten. Dieser negative Trend wurde durch den sich weiter verschärfenden Preiswettbewerb um die Einlagen privater Anleger verstärkt. Für das Jahr 2012 hatten wir gegenüber 2011 mit einer leichten Verbesserung unseres Zinsüberschusses gerechnet. Diese Prognose wurde im Jahresverlauf übertroffen. Ursächlich hierfür war das weiter rückläufige Zinsniveau und die Kontinuität der Notenbankpolitik, die zu einer deutlichen Entlastung in unserem Zinsaufwand beitrugen. Das Provisionsergebnis verlief 2012 entgegen unseren Planungen rückläufig. Dies lag in erster Linie an deutlich geringeren Umsätzen im kundenbezogenen Wertpapiergeschäft. Auch in der Vermittlung von Finanzprodukten unserer Verbundpartner wurde unser Jahresziel leicht unterschritten. Der Personalaufwand entwickelte sich in 2012 deutlich günstiger als geplant. Hierzu trugen im Wesentlichen zwei Faktoren bei: Zum einen konnten wir in 2012 nicht alle offenen Stellen zeitnah besetzen. Zum anderen wurde nur ein Teil der für Altersteilzeitverträge gebildeten Rückstellungen benötigt. Auch im Sachaufwand gelang es uns, die Planwerte in 2012 deutlich zu unterschreiten. Dies ist vor allem auf ein konsequentes Kostenmanagement, Synergieeffekte aus der Fusion des zentralen IT-Dienstleisters und nicht beanspruchte Dienstleistungen Dritter zurück zu führen. Im Ergebnis haben sich die Verwaltungsaufwendungen entgegen unserer Erwartungen deutlich verringert.

Infolge der zuvor beschriebenen Einflussfaktoren hat sich das Betriebsergebnis vor Bewertung gegenüber der Vorjahresplanung deutlich verbessert.

## Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

	Jahr	2012	2011	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
		in TEUR	in TEUR	in TEUR	in %
Zinsüberschuss und laufende Erträge		103.572	102.069	1.503	1,5
Provisionsüberschuss		27.223	28.777	-1.554	-5,4
Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen		76.227	75.885	342	0,5
Betriebsergebnis vor Bewertung		52.283	53.052	-769	-1,4
Betriebsergebnis nach Bewertung		28.660	17.925	10.735	59,9
Steuern		17.681	7.669	10.012	130,6
Jahresüberschuss		10.979	10.256	723	7,0
Aufwands-Ertrags-Verhältnis		60,7%	60,3%		
Eigenkapital-Rentabilität <sup>1</sup>		7,13%	5,63%		

<sup>1</sup> Ergebnis vor Steuern in % des Eigenkapitals (Sicherheitsrücklage inklusive Bilanzgewinn und Fonds für allgemeine Bankrisiken im Durchschnitt des Geschäftsjahres)

## Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2012 erhöhte sich der **Zinsüberschuss** im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Mio. EUR. Eine Erhöhung der Zinserträge konnte im Aktivposten Forderungen an Kreditinstitute verzeichnet werden. Rückläufig entwickelten sich die Zinserträge aus verzinslichen Wertpapieren in Höhe von insgesamt 1,9 Mio. EUR. Durch das niedrigere Zinsniveau verringerten sich die Zinserträge im Kundengeschäft trotz ansteigender Volumen um 4,8 Mio. EUR. Insgesamt gingen die Zinserträge um 4,1 Mio. EUR zurück. Bedingt durch ein verändertes Kundenverhalten zu kurzfristigen Passivprodukten und einem fallenden Zinsniveau sowie rückläufigen Zinsaufwendungen im Swapgeschäft konnten wir die Zinsaufwendungen insgesamt um 8,0 Mio. EUR reduzieren. Die laufenden Erträge haben sich in Höhe von 2,4 Mio. EUR regressiv entwickelt. Dies ist hauptsächlich auf die Erträge aus den Wertpapier-Spezialfonds zurückzuführen, da die Bestände Ende 2011 stark abgebaut wurden.

Der **Provisionsüberschuss** ist im Geschäftsjahr 2012 um 1,6 Mio. EUR gesunken. Es kam zu einer deutlichen Abschwächung im Wertpapier-Kommissionsgeschäft und Vermittlungsgeschäft von Investmentfondsanteilen. Die Erträge im sonstigen Dienstleistungs- und Vermittlungsgeschäft blieben nahezu unverändert.

Innerhalb der **Verwaltungsaufwendungen** haben sich die Personalaufwendungen im Geschäftsjahr 2012 leicht erhöht. Die Lohn- und Gehaltszahlungen erhöhten sich aufgrund der Tarifierhöhung gemäß Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Rückläufig entwickelten sich die Personalaufwendungen für die Rückstellungen bei den Pensionsanwartschaften. Der Sachaufwand nahm geringfügig ab. Die DV-Aufwendungen und Kosten für die Nutzung von Geschäftsräumen stiegen gegenüber dem Vorjahr an. Kosteneinsparungen konnten in den Bereichen Werbung und bei den sonstigen Sachaufwendungen erreicht werden. Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen erhöhten sich im Geschäftsjahr 2012 leicht.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung entwickelte sich auf einen Wert leicht unterhalb des Vorjahres.

Die Aufwendungen und Erträge aus dem Bewertungsergebnis wurden gemäß § 340c Abs. 2 HGB und § 33 RechKredV bzw. § 340f HGB saldiert. Es wurden Vorsorgereserven nach §

340f HGB dotiert. Die Aufwendungen für Bewertungskorrekturen auf Forderungen gegenüber Kunden und Beteiligungen haben sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Das Bewertungsergebnis Wertpapier entwickelte sich deutlich positiv aufgrund der positiven Grundstimmung an den Finanz- und Kapitalmärkten. Die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB konnte gegenüber dem Jahr 2011 deutlich aufgestockt werden. Die Steuerzahlungen haben im Geschäftsjahr 2012 aufgrund des höheren Gesamtergebnisses und der steuerlichen Außenprüfung durch die Finanzverwaltung zugenommen. Bedingt durch leicht gestiegene Aufwendungen und geringere Erträge erhöhte sich das Aufwands-Ertrags-Verhältnis von 60,3 % in 2011 auf 60,7 % in 2012.

### Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse Oberhessen war im vergangenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin gemäß § 11 des Kreditwesengesetzes aufgestellte Liquiditätsverordnung wurde stets eingehalten. Die errechnete Liquiditätskennzahl, die mindestens 1 betragen muss, lag im Jahresdurchschnitt bei 1,84 und zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 bei 1,59 (Vorjahr: 1,95). Die Zahlungsfähigkeit kann im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln sowie die vorhandenen Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten der Sparkasse Oberhessen als gewährleistet angesehen werden.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden ausreichende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Das Angebot, im Rahmen des ESZB-Verfahrens Refinanzierungen in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen (Hauptrefinanzierungsgeschäfte), wurde im Geschäftsjahr 2012 nicht genutzt. Für mögliche Inanspruchnahmen der von der Zentralbank eingeräumten Refinanzierungsangebote hat die Sparkasse Oberhessen Wertpapiere im Rahmen des Pfandpoolverfahrens verpfändet. Darüber hinaus stellt uns die Landesbank Hessen-Thüringen auf unserem laufenden Konto eine Liquiditätskreditlinie zur Verfügung.

### Vermögenslage

Das Verhältnis des haftenden Eigenkapitals gemäß § 10 KWG überschreitet - bezogen auf die Summe der gewichteten Risikopositionen und der operationellen Risiken gemäß Solvabilitätsverordnung per 31. Dezember 2012 - mit 16,69 % (Vorjahr: 15,99 %) deutlich den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestwert von 8 %. Die Berechnung der Gesamtkennziffer erfolgt nach dem Kreditrisikostandardansatz. Die operationellen Risiken werden mit Hilfe des Basisindikatoransatzes ermittelt. Damit bietet die Eigenkapitalquote neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen auch Spielraum für eine zukünftige Geschäftsausweitung.

### Gesamtbeurteilung

Insgesamt beurteilen wir die wirtschaftliche Lage unserer Sparkasse als zufriedenstellend.

## Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

### Personalbereich

Zum 31. Dezember 2012 hatten wir 1055 Beschäftigte in unserem Haus. Diese Anzahl setzt sich aus 866 aktiv bankspezifisch Beschäftigten, 73 Auszubildenden, 11 Sonstigen (2 Praktikanten und 9 Hausmeister), 17 Raumpflegerinnen und aus 88 ruhenden Arbeitsverhältnissen zusammen.

Von den genannten Beschäftigten hatten zum Jahresende 2012 insgesamt 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Altersteilzeitvertrag mit der Sparkasse geschlossen, im Rahmen des Blockmodells waren hiervon bereits 26 Beschäftigte in der Freizeitphase.

Dies ist eine Stichtagsbetrachtung zum 31. Dezember 2012 und weicht zu den Mitarbeiterzahlen im Bilanzanhang, in dem ein Durchschnittsbestand ausgewiesen wird, ab.

### Qualifikationsstruktur

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Leistungsfähigkeit unserer Mitarbeiter und damit in die Ertragskraft unseres Institutes. Wir fördern unsere Mitarbeiter durch individuelle Weiterbildungsmaßnahmen. Dadurch unterstützen wir auch die Persönlichkeitsentwicklung unserer Mitarbeiter und öffnen neue Chancen. Denn der Erfolg unserer Sparkasse wird maßgeblich durch unsere Mitarbeiter erbracht.

Die Beschäftigten der Sparkasse Oberhessen weisen hinsichtlich der Sparkassen-Bildungsabschlüsse mit einem Anteil von 56,2 % (Vorjahr 56,6 %) im Sparkassenvergleich (SGVHT) ein überdurchschnittliches Bildungsprofil auf. Eine positive Entwicklung ist bei dem Anteil der Hochschulabschlüsse mit einem Wert von 7,2 % (Vorjahr 6,2 %) zu erkennen. Dieser entspricht in etwa dem Wert des Sparkassenvergleiches (SGVHT).

	Sparkasse Oberhessen	SGVHT
Hochschulabschluss	7,2%	7,3%
Sparkassen-/Bankkaufmann	25,1%	26,6%
Sparkassen-Bildungsabschlüsse	56,2%	54,4%
Sonstige	11,5%	11,6%

### Altersstruktur

	Sparkasse Oberhessen	SGVHT
unter 20 Jahre	0,0%	0,3%
20 bis 29 Jahre	10,3%	14,3%
30 bis 39 Jahre	16,5%	20,3%
40 bis 49 Jahre	35,7%	35,2%
50 bis 54 Jahre	15,5%	14,3%
55 bis 59 Jahre	19,0%	13,4%
ab 60 Jahre	3,0%	2,2%

## Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres mit Auswirkungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die zu einer anderen Darstellung der Lage geführt hätten, sind bis zur Aufstellung des Lageberichts nicht eingetreten.

## Risikosteuerung

### Risikomanagementziele

Die betriebswirtschaftlich sinnvolle Anlage des eigenen Vermögens und das Erreichen der strategischen Unternehmensziele ist mit der Übernahme von Risiken verknüpft. Für uns als Universalkreditinstitut geht damit die kontrollierte Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken einher. Der professionelle und bewusste Umgang mit Risiken ist somit ein bedeutendes Aufgabenfeld und eine wichtige Voraussetzung für die Sicherheit der Kundeneinlagen.

Vor diesem Hintergrund haben wir geeignete Prozesse und Systeme zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der Geschäftsrisiken implementiert. Im Rahmen eines aktiven Risikomanagements und unter Erfüllung der Anforderungen des Kreditwesengesetzes (KWG) und der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) werden diese von uns regelmäßig überprüft und laufend weiterentwickelt.

Unser Risikomanagement basiert auf der Grundlage der vom Vorstand vorgegebenen Geschäftsstrategie und der darauf aufbauenden Risikostrategie. Eingegangene Risiken müssen getragen werden können, gegebenenfalls werden risikobegrenzende Maßnahmen getroffen. Grundsätzlich räumen wir bei der Abwägung von Chancen und Risiken den Risikoaspekten die höhere Priorität ein.

Die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen zum Risikomanagement werden eingehalten.

Die Sparkasse Oberhessen hat sich als Nicht-Handelsbuchinstitut im Sinne des KWG eingeordnet. Wir führen weiterhin keine Transaktionen im Eigenhandel durch, um kurzfristige Handelserfolge zu erzielen.

### Risikomanagementprozess

Als grundlegende Voraussetzung für ein erfolgreiches Risikomanagement haben wir einen Regelkreis zur Risikosteuerung etabliert, nach dem die Risiken

- identifiziert, definiert und klassifiziert,
- gemessen und quantifiziert,
- überwacht, reportet und begrenzt sowie
- gesteuert

werden.

Die Risikoidentifikation erfolgt mindestens einmal jährlich im Rahmen der Risikoinventur. Die Ergebnisse dienen auch zur Ermittlung der für uns wesentlichen Risiken, die wir wie folgt festgelegt haben:

- Marktpreisrisiken,
- Adressenrisiken,
- Operationelle Risiken und
- Liquiditätsrisiken.

### Organisation des Risikomanagements

Die Verantwortung für das Risikomanagement liegt beim *Gesamtvorstand* der Sparkasse Oberhessen, der die risikopolitische Ausrichtung vorgibt. Er wird dabei durch folgende Arbeitskreise unterstützt:

- Im Arbeitskreis *Eigengeschäft* werden die Ertrags- und Risikolage der Marktpreisrisikoportfolien behandelt und Handlungsempfehlungen ausgesprochen.
- Im Arbeitskreis *Aktivgeschäft* werden Steuerungsfragen zu den Adressenrisiken erörtert.

Der Fachbereich Risiko-Controlling ist für eine angemessene und regelmäßige Erfassung, Quantifizierung und Steuerung aller Risiken, die Überwachung der Risikolimits und der Risikotragfähigkeit, das Risikoreporting, das Risikohandbuch und die konzeptionelle Weiterentwicklung des Risikomanagements der Sparkasse Oberhessen verantwortlich. Neben mathematisch-statistischen Verfahren und Szenarien zur Berechnung erwarteter Risiken und den Stressfall setzen wir auch außergewöhnliche oder plausibel mögliche Ereignisse (aE-Stresstests) ein. Der Fachbereich Risiko-Controlling berichtet dem Vorstand monatlich über die Entwicklung der einzelnen Risiken und der Risikotragfähigkeit.

Die interne Revision führt in diesem Bereich regelmäßig Prüfungen durch und begleitet die laufenden Projekte zur Weiterentwicklung des Risikomanagement- und controllingprozesses.

Durch die entsprechende Ausgestaltung der Aufbau- und Ablauforganisation ist die aufsichtsrechtlich geforderte Funktionstrennung von Markt- und Marktfolgebereichen der Sparkasse Oberhessen sichergestellt. Die Sparkasse Oberhessen hat eine umfassende Kompetenzordnung für die Genehmigung von Geschäften implementiert. Sofern Geschäfte in neuen Produkten oder Märkten getätigt werden sollen, wird zuvor ein *Neue-Produkte-Märkte-Prozess* durchgeführt, in dem Chancen/Risiken, die Machbarkeit und die technischen Voraussetzungen bereichsübergreifend geklärt werden.

### Risikomanagementmethoden

Wir verstehen unter dem Begriff „Risiko“ die mögliche negative Abweichung der tatsächlichen Erfolgsentwicklung von der geplanten Erwartung bzw. die Möglichkeit von negativen künftigen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Sparkasse Oberhessen. Zur Abschirmung und Begrenzung der relevanten Risiken haben wir ein *Risikotragfähigkeitskonzept* entwickelt. Dabei werden auch Empfehlungen aus dem Unternehmenssicherungskonzept des SGVHT berücksichtigt. Die Darstellung der *Gesamtrisikolage* bzw. *Risikotragfähigkeit* erfolgt auf Grundlage handelsrechtlicher Vorschriften unter Berücksichtigung der aufsichtsrechtlichen und in der *Geschäftsstrategie* definierten Solvabilitätskennzif-

fern. Zur Ermittlung des Risikodeckungspotenzials gehen neben dem erwarteten Ergebnis des laufenden Jahres Teile der Vorsorgereserven nach § 340f bzw. § 340g HGB ein. Zur Risikobegrenzung und -steuerung wird eine GuV-orientierte Verlustobergrenze abgeleitet, die zur Bestimmung von Risikolimiten für die festgelegten, wesentlichen Risiken herangezogen wird. Im Rahmen der monatlichen Risikotragfähigkeitsanalyse werden die Risiko- und Verlustpotenziale über alle Risiken hinweg zusammengefasst und dem festgelegten, verwendbaren Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt. Im Rahmen der laufenden Überwachung achten wir nicht nur darauf, dass die eingegangenen Risiken unter gegebenen Marktbedingungen sondern auch in Stresssituationen getragen werden können.

### Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko wird als die Gefahr negativer Abweichungen von einem Referenzwert beschrieben, welcher sich durch Änderungen der Markttrisikofaktoren, wie z. B. Zinsen und Spreads, ergibt.

Bei der Ermittlung der Zinsspannenrisiken wird auf Szenarioanalysen zurückgegriffen. Grundlage sind dabei individuell festgelegte Annahmen bezüglich der Veränderung des Zinsniveaus sowie unterschiedliche Geschäftsstrukturplanungen. Die Zinsspannenrisiken werden über ein handelsrechtliches Risikolimit begrenzt. Für die Wertpapierbestände besteht zusätzlich ein Limit für das zinsinduzierte Abschreibungsrisiko.

Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos, das neben dem Kundengeschäft auch die zinsbezogenen Eigenanlagen der Sparkasse umfasst, erfolgt wertorientiert auf Basis eines semi-passiven Managementansatzes. Das heißt, dass von der gewählten Benchmark nur im Rahmen eng gefasster Value-at-Risk- und Abweichungslimite abgewichen werden darf. Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken setzen wir gegebenenfalls neben bilanziellen Instrumenten auch Payer- und Receiver-Swaps ein.

Per Dezember 2012 beträgt der Zinsrisikokoeffizient bei einer Zinserhöhung von 200 Basispunkten - 25,4 %. Nach Zuführung des Bilanzgewinns 2012 und der Aufstockung des Fonds für allgemeine Bankrisiken zu den haftenden Eigenmitteln wird der Koeffizient voraussichtlich bei - 23,2 % liegen. Damit ist die Sparkasse Oberhessen aufsichtsrechtlich zwar als Kreditinstitut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko klassifiziert, allerdings liegen wir bei dem von der Bankenaufsicht zusätzlich betrachtete Prüfkriterium (Mindest-Eigenkapital-Anforderungen nach SolvV zzgl. Barwertverlust nach Zinsschock kleiner 95% der Eigenmittel nach § 10 Abs. 2 KWG) im deutlich positiven Bereich.

Spreadrisiken werden für die jeweiligen Wertpapierarten mit Hilfe von potenziellen Spreadveränderungen unter Zugrundelegung historischer Zeitreihen ermittelt. Die daraus resultierenden negativen Kursveränderungen werden mit einem handelsrechtlichen Limit für Spreadrisiken begrenzt.

Aufgrund der Finanzkrise im Euroraum wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Eigenanlagen von Emittenten aus den Ländern Spanien und Italien verstärkt überwacht. Die Ergebnisse aus der Beobachtung von Spreadentwicklungen, Ratingverläufen und Kursentwicklungen wurden dem Vorstand laufend berichtet. Handlungsempfehlungen hinsichtlich des Bestandes wurden im Hinblick auf die klaren Unterstützungssignale der EZB und in der Folge deutlich verbesserte Situation nicht abgegeben. Neuinvestitionen hingegen wurden limitiert.

## Adressenausfallrisiken

Unter dem Begriff Adressenrisiko wird der teilweise oder vollständige Ausfall einer Zahlung oder die Verschlechterung der Bonität eines Vertragspartners verstanden, die mit einem Wertverlust des Finanzgeschäftes verbunden ist.

Durch angemessene Rahmenbedingungen begrenzen wir die Risiken im Kreditgeschäft, insbesondere durch einzelgeschäfts- und portfoliobezogene Limite, die beispielsweise an die Bonität (z. B. Ratingnote), das Kreditvolumen oder die Besicherung gebunden sind. Zusätzlich wird zur Steuerung der Adressenrisiken auf Portfolioebene das DSGVO-Programm Credit Portfolio View (CPV) verwendet.

Sowohl im gewerblichen als auch im übrigen risikorelevanten Kreditgeschäft verwenden wir ein Frühwarnsystem, das von der S-Finanzgruppe entwickelt wurde. Auf Basis frühzeitig erkannter Risiken werden zielgerichtete Maßnahmen zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation des Kreditnehmers eingeleitet.

Das Kundenkreditportfolio mit einem Volumen von 4,0 Mrd. EUR weist unverändert eine stabile Ratingstruktur auf. Größtenteils realisieren wir Kreditgeschäft mit Kunden im Geschäftsgebiet, die über sehr gute - gute Ratings verfügen. In der folgenden Darstellung wurden die intern verwendeten DSGVO-Rating- und Scoringwerte den Ratingskalen der im Eigengeschäft herangezogenen Rating-Agenturen Standard & Poor's und Moody's gegenübergestellt.

DSGV-Rating	S&P	Moody's	Anteil
1	AAA bis A-	Aaa bis A3	39,6 %
2-5	BBB+ bis BBB-	Baa1 bis Baa3	28,7 %
6-10	BB+ bis B+	Ba1 bis B1	24,9 %
11-13	B	B2	4,2 %
14-16	B- bis C	B3 bis C	2,5 %

Das Kreditportfolio der Sparkasse Oberhessen ist breit diversifiziert. Wesentliche Risikokonzentrationen auf einzelne Kreditnehmer oder Branchen bestehen keine. Im Rahmen der laufenden Kreditüberwachung werden Engagements mit potenziellen Ausfallrisiken frühzeitig identifiziert. Neu erkannte und bestehende Risikoengagements werden umgehend in ein Prognosesystem zur Forderungsbewertung überführt, mehrmals jährlich bewertet und durch Bildung von Einzelwertberichtigungen abgeschirmt.

Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft werden unabhängig vom Kundengeschäft betrachtet und über ein separates Limitsystem überwacht.

Anhand der nachfolgenden Strukturübersicht ist zu erkennen, dass sich das Eigengeschäft in Höhe von 1,45 Mrd. EUR (Nominalwerte) fast ausschließlich auf Anlagen im Investmentgrade konzentriert. Investments im Non-Investmentgrade wurden nicht aktiv getätigt; diese sind ausschließlich durch Downgrades der Ratingagenturen entstanden.

S&P	Moody's	Anteil
AAA bis A-	Aaa bis A3	85,4 %
BBB+ bis BBB-	Baa1 bis Baa3	14,3 %
BB+ bis B+	Ba1 bis B1	0,1 %
B	B2	0,0 %
B- bis C	B3 bis C	0,2 %

Unmittelbare Ausfallgefahren bestanden nach unserer Einschätzung nicht. Sofern es zu Bonitätsverschlechterungen aufgrund von Downgrades kam oder Frühwarnindikatoren wie z.B. die Entwicklung von Credit Spreads ansprangen, und gleichzeitig die diesbezüglich definierten Grenzwerte über- bzw. unterschritten, wurden die entsprechenden Emittenten in intensiv überwacht. Weitergehender Handlungsbedarf ergab sich daraus nicht.

### Liquiditätsrisiken

Unter Liquiditätsrisiken verstehen wir die Gefahr, dass die Sparkasse ihre laufenden und künftigen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr erfüllen kann. Unser Liquiditätsrisikomanagement erfolgt hauptsächlich über die quantitativen Anforderungen der Verordnung über die Liquidität der Institute (LiqV) und einer laufend aktualisierten Liquiditätsübersicht, in der die Zahlungsströme entsprechend ihrer Fristigkeit eingestellt werden. Anhand der täglichen Disposition erfolgt eine Überwachung der Zahlungsströme bei der Landesbank Hessen-Thüringen und der Deutschen Bundesbank. Die Liquidität der Sparkasse war zu jeder Zeit gewährleistet. Die Sparkasse hat als Frühwarnindikation Schwellenwerte definiert, die die Liquiditätskennziffer nicht unterschreiten darf. Die Sparkasse hat einen Maßnahmenkatalog etabliert, damit gegebenenfalls rechtzeitig gegengesteuert werden kann. Im Berichtszeitraum lag die Liquiditätskennzahl stets deutlich über den aufsichtsrechtlich geforderten und intern definierten Mindestwerten. Auch auf Basis verschiedener Stressszenarien (z. B. erheblicher Abfluss von Kundengeldern) sind wir jederzeit in der Lage unseren Verbindlichkeiten nachzukommen. Kurzfristigen Liquiditätsbedarf kann die Sparkasse über den Geldmarkt decken.

### Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse entstehen.

Die Identifikation und Bewertung möglicher operationellen Risiken nehmen wir jährlich innerhalb strukturierter Workshops mit Fach- und Führungskräften der unterschiedlichen Geschäftsbereiche vor. Dabei werden denkbare Ereignisse konzipiert und Eintrittshäufigkeiten sowie potenzielle Schadenshöhen geschätzt. In diesem Rahmen bewerten wir auch mögliche Reputationsrisiken. Des Weiteren berücksichtigen wir zusätzliche Risiken aus einer Überschreitung der, in der jährlichen Geschäftsplanung veranschlagten, Sachkosten im Rahmen eines Worst-Case-Szenarios. Unterstützend greifen wir hierfür auch auf den Datenpool für Schadensfälle des DSGVO zu. Eingetretene operationelle Risiken werden in einer Schadensfalldatenbank geführt. Die Schäden aus operationellen Risiken lagen im abgelaufenen Geschäftsjahr auf sehr niedrigem Niveau.

### Sonstige Risiken

Die Geschäftsplanung der Sparkasse Oberhessen basiert auch auf konkreten Annahmen und Überlegungen zum künftigen Erfolg im Vertrieb unserer Produkte und Dienstleistungen. Dennoch ist es möglich, dass wir die gesetzten Ziele aufgrund ungünstiger Verläufe im Markt- und Wettbewerbsumfeld nicht erreichen. Dieses Risiko bewerten wir als Vertriebs- und Absatzrisiko über ein Worst-Case-Szenario und bilden eine Abzugsposition im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung.

## Resümee

Mit Blick auf ihren geschäftspolitischen Schwerpunkt bestimmen insbesondere die Risiken aus dem Kreditgeschäft mit der mittelständischen Wirtschaft und Zinsänderungsrisiken die Risikolage der Sparkasse. Daneben sind Bonitäts- und Kursrisiken im Eigengeschäft von hoher Bedeutung. Insgesamt sind derzeit keine Risiken erkennbar, die auf die Sparkasse bestandsgefährdend wirken, beziehungsweise unmittelbaren Handlungsbedarf erfordern. Die im Rahmen der Risikostrategie festgelegte Verlustobergrenze wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit eingehalten. Das bereitgestellte Risikodeckungspotenzial war ausreichend bemessen.

Das Risikomanagementsystem der Sparkasse Oberhessen ist umfassend etabliert und funktioniert stabil. Die Methoden zur Risikobewertung haben wir weiter verbessert. Insbesondere im Adressenrisikobereich hat der SGVHT neue Verfahren zur Verfügung gestellt. Vor diesem Hintergrund werden wir die Verlustobergrenze und die Risikolimits in überschaubarem Maß anpassen. Das Risikodeckungspotenzial sehen wir weiterhin als ausreichend an, um auch in Zukunft die eingegangenen Risiken vollständig abdecken zu können. Für die aus der aktuellen Geschäftsstrategie und der Geschäftsplanung abgeleitete Entwicklung für das kommende Geschäftsjahr sehen wir derzeit keine signifikante Erhöhung von Einzelrisiken.

Die Sparkasse Oberhessen ist Mitglied der S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und wird, wie alle Institute dieser Gruppe, anhand ihrer betriebswirtschaftlichen Kennziffern und ihrer Risikotragfähigkeit beobachtet. Der Sparkasse Oberhessen wurde daraus keine erhöhte Risikolage zurückgespiegelt. Wir gehen auch im kommenden Geschäftsjahr von einer unverändert stabilen Risikoposition aus.

## *Ausblick:*

### Ausblick 2013 und Prognosebericht

Im zunehmenden Maße bestimmen exogene Faktoren die künftige Geschäftsentwicklung der Sparkasse Oberhessen. Weltpolitische Lage und Konjunkturverlauf beeinflussen die Zinsentwicklung und die Liquiditätsversorgung an den Geld- und Kapitalmärkten sowie das inländische Angebots- und Nachfrageverhalten.

Für die Jahre 2013 und 2014 erwarten wir einen sich weiter verschärfenden Preiswettbewerb, steigende aufsichtsrechtliche Anforderungen und temporär aufflackernde Belastungen der Geld- und Kapitalmärkte. Das Angebotsverhalten der Privat- und Großbanken wird durch eine zunehmende Fokussierung auf das Geschäft mit Privatkunden sowie mittelständischen Unternehmen geprägt sein. Eine andauernde Niedrigzinsphase könnte zu möglichen Fehlanreizen führen (zunehmende Risikoneigung einzelner Akteure, Gefahr von Preisblasen an Immobilien- und Aktienmärkten). Insofern sehen wir auch für die kommenden Jahre ein Marktumfeld, das eine risikoorientierte Geschäftspolitik erfordert.

Unsere Planungen orientieren sich an den Prognosen der Wirtschaftsexperten (insbesondere der Deutschen Bundesbank) und den zu erwartenden Markt- und Wettbewerbsbedingungen.

Die Deutsche Bundesbank rechnet mit steigenden Wachstumsraten für das Bruttoinlandsprodukt. Voraussetzung hierfür ist, dass die Weltwirtschaft ihre Wachstumsdelle über-

windet und dass größere negative Überraschungen im Euro-Raum ausbleiben. So könnten für die Jahre 2013 und 2014 Jahresverlaufsdaten von 1,1 % beziehungsweise 2,1 % folgen. Bezüglich der Verbraucherpreise erwartet die Deutsche Bundesbank, dass sich der Anstieg der Verbraucherpreise auf 1,5 % im Jahr 2013 ermäßigen wird, um dann wieder leicht auf 1,6 % anzuziehen.

Für den Arbeitsmarkt sieht die Bundesbank für die Jahre 2013 und 2014 kaum Veränderungen. Konjunkturelle Schwankungen werden voraussichtlich durch Verzicht auf Überstunden, die Räumung von Arbeitszeitguthaben, die Verkürzung regulärer Arbeitszeiten und notfalls auch der Rückgriff auf Kurzarbeit aufgefangen. Im Jahresdurchschnitt 2013 könnte sich die Arbeitslosenquote auf 7,2 % belaufen. Mit einer sich verbessernden Konjunkturlage sollte sich die Arbeitslosenquote dann im Jahr 2014 auf 7,0 % reduzieren.

Die folgenden Analysen beruhen auf unseren Erwartungen. Die tatsächlichen Verhältnisse können von diesen abweichen. Wie bereits dargestellt, verfügen wir über Instrumente und Prozesse um die Abweichungen von unseren Erwartungen zu erkennen, zu analysieren und gegebenenfalls steuernd zu handeln.

Als Wachstumfelder im kundenbezogenen Kreditgeschäft haben wir das Geschäft mit unseren gewerblichen, privaten und kommunalnahen Kunden definiert. Zur Stärkung unserer Marktanteile und Steigerung der Ertragspotenziale sehen wir in unserer strategischen Ausrichtung ein kontinuierliches Wachstum vor. Dabei berücksichtigen wir ein angemessenes Chance-Risiko-Verhältnis sowie unsere satzungsmäßigen Auftragsziele. Gleichzeitig richten wir unseren Fokus auf die adäquate Bepreisung der geschäftstypischen Risiken und die nachhaltige Begrenzung des Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft. Für das Geschäftsjahr 2013 gehen wir aufgrund der konjunkturellen Rahmenbedingungen von einem leicht unter dem Jahr 2012 realisierten Wachstum aus.

Demgegenüber planen wir mit einem größeren Zuwachs im kundenbezogenen Passivgeschäft als im Geschäftsjahr 2012. In der Geldvermögensbildung unserer Kunden soll das Volumen leicht wachsen.

Für unsere Eigenanlagen rechnen wir mit einem leichten Bestandsabbau im Jahr 2013. Dies resultiert aus einer nur teilweise beabsichtigten Wiederanlage fälliger Positionen.

Die Verwaltungsaufwendungen werden im Jahr 2013 voraussichtlich ansteigen. Dies ist vorrangig auf die Erhöhung der Personalkosten zurück zu führen. Neben den im Jahr 2013 anstehenden Tarifsteigerungen liegt dies in unserem Bestreben begründet, im Jahr 2013 eine deutlich höhere Anzahl neuer Auszubildender einzustellen.

Die Entwicklung im Zinsüberschuss unterliegt im Jahr 2013 in erster Linie externer Einflussfaktoren (Geldpolitik der EZB, Marktschwankungen an den Geld- und Kapitalmärkten). In unserem Planszenario gehen wir von einem Fortbestehen des aktuellen Niedrigzinsniveaus aus. In Folge dessen und in Erwartung eines sich verschärfenden Wettbewerbs insbesondere im kurzfristigen Einlagengeschäft rechnen wir im Jahresverlauf mit einem Rückgang der Margen im Passivgeschäft. Hinzu kommt, dass der positive Effekt aus der Zinssenkung der letzten Jahre mittlerweile aufgebraucht ist. Das anhaltend niedrige Zinsniveau führt neben dem Margenrückgang dazu, dass Zinsprolongationen und Neugeschäftsabschlüsse im Aktivgeschäft zu niedrigeren Zinssätzen abgeschlossen werden können und sich die höher verzinslichen Altbestände kontinuierlich reduzieren. Hieraus ergibt sich ein deutlicher Rückgang im Zinsüberschuss für das Jahr 2013. Da die Verunsicherungen aus der Schuldensituation einzelner EU-Staaten und die Volatilitäten an den Geld- und

Kapitalmärkten unverändert bestehen, ist diese Schätzung mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Für das Provisionsergebnis erwarten wir für das Jahr 2013 einen leichten Anstieg.

Aufgrund der Neuausrichtung unserer Beratungsprozesse sehen wir Potenziale, in der konsequenten Umsetzung einer bedarfsgerechten Beratung im kundenbezogenen Wertpapiergeschäft gegenüber dem Jahr 2012 höhere Erträge zu erzielen.

Unter Würdigung aller vorgenannten Faktoren erwarten wir im Geschäftsjahr 2013 einen Rückgang des Betriebsergebnisses vor Bewertung.

Für unser Bewertungsergebnis 2013 sehen wir die Risikovorsorge aus dem kundenbezogenen Kreditgeschäft als wesentliche Einflussgröße an. In Folge der konjunkturellen Prognosen erwarten wir hier eine leichte Erhöhung der Risikovorsorge. Allerdings kann das Bewertungsergebnis im Jahr 2013 in starkem Maß durch exogene Faktoren, wie eine Verschärfung der Finanzmarkt- und Euro-Krise, zunehmende politische Unsicherheiten oder negative Konsequenzen der Staatsverschuldung beeinträchtigt werden.

Sofern unsere Annahmen und Prognosen eintreten, rechnen wir im Jahr 2013 mit einem Rückgang im Jahresüberschuss.

Für das Geschäftsjahr 2014 gehen wir von einem kontinuierlichen Verlauf der Geschäftsentwicklung aus.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung könnte negative Impulse auf die Geschäftsentwicklung haben. Bei einer weiteren Verschärfung der Staatsschuldenkrise wären erhebliche Abwärtsrisiken vorhanden. Hinzu kommt, dass sich die Wirtschaftsdynamik in einer Reihe von Schwellenländern, die in den vergangenen Jahren überdurchschnittliche Wachstumsraten aufwiesen, stärker abflachen könnte. Hiervon wäre Deutschland aufgrund seiner Exportabhängigkeit in besonderem Maße betroffen. Hinsichtlich der Preisstabilität dominieren die Risiken, die von den Rohölnotierungen und Wechselkursen ausgehen.

Diese makroökonomischen Entwicklungen hätten direkte Auswirkungen, insbesondere auf die Unternehmensergebnisse und den Arbeitsmarkt. Bei einem negativen Konjunkturverlauf könnte eine Zunahme der Insolvenzen zu Wertberichtigungen und Ausfällen im Kreditgeschäft führen. Eine Verbesserung der Konjunktur eröffnet wiederum die wirtschaftlichen Chancen unserer Kreditnehmer, mit positiven Auswirkungen auf die Bonitätsstruktur unseres Kreditportfolios.

Ein weiteres Risiko sehen wir bei einer wieder einsetzenden Verflachung der Zinsstrukturkurve und der damit verbundenen Reduzierung der Beiträge aus der Fristentransformation. Risiken würden zudem aus einem kurzfristigen Anstieg des Zinsniveaus resultieren. Andererseits ergeben sich aus dem Fortbestand der verhältnismäßig steilen Zinsstrukturkurve Chancen, weiterhin Transformationserträge zu generieren. Auch der Wettbewerb auf dem Bankenmarkt und der damit verbundene Druck auf Margen und Provisionserlöse kann ein Risikofaktor für die Ertragslage darstellen. Kritisch beurteilen wir das Angebotsverhalten verschiedener Banken, die zum Teil staatliche Hilfen in Anspruch genommen haben und mit aggressiven Preisangeboten im Privatkundenmarkt agieren. Eine Verschärfung der Schuldenkrise einzelner Staaten kann im Wege einer Verunsicherung der Akteure an den Geld- und Kapitalmärkten negativen Einfluss auf die Bewertung der eigenen Wertpapierbestände nehmen und ein Risiko für die Ertragsentwicklung bedeuten. Bei einer Erholung der Geld- und Kapitalmärkte besteht hingegen die Chance, Erträge im Wertpapiergeschäft zu gene-

rieren. Im Aufwandsbereich sind als Risikofaktoren die steigenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen mit entsprechendem Personalbedarf, sowie steigende Kosten für Gebäude, Energie und Datenverarbeitung zu nennen. Aktuelle gesetzliche Eingriffe im Sinne eines verbesserten Verbraucherschutzes können ebenso zu Mehrbelastungen führen.

Mit unserer strategischen Positionierung begegnen wir den sich abzeichnenden Herausforderungen. Als führendes Kreditinstitut unserer Region bieten wir unseren Kunden stets ein bedarfsorientiertes Produktangebot, kompetente Beratungsleistungen und maßgeschneiderte Lösungen in allen Finanzfragen. Ferner ist es unser Ziel, Markt- und Ertragspotenziale noch gezielter auszuschöpfen. Im Jahr 2013 werden wir weiter an der kontinuierlichen Entwicklung unseres Vertriebs Erfolges arbeiten. Ein für den künftigen Unternehmenserfolg wesentliches Thema wird die Verbesserung unserer Beratungs- und Dienstleistungsqualität sein und damit einhergehend die Steigerung der Zufriedenheit unserer Kunden.

Wir orientieren uns an den Grundsatzzielen der Sparkassen-Finanzgruppe und werden unsere strategische Ausrichtung kontinuierlich an die veränderten Anforderungen der Finanzdienstleistungsmärkte anpassen und fortschreiben. Zudem wollen wir unsere Eigenkapitalbasis in den kommenden Jahren deutlich ausbauen. Mit der Verbesserung unserer Kosten- und Prozesseffizienz wollen wir auch in 2013 und den kommenden Jahren einen wichtigen Beitrag für unsere Rentabilitätspolitik leisten. Wir sehen uns für die künftigen Herausforderungen im Finanzdienstleistungsmarkt gut gerüstet. Wir werden so unseren Kunden als verlässlicher und kompetenter Partner zur Seite stehen und aktiv zur wirtschaftlichen Entwicklung unserer Region beitragen.

**Sonstige Beteiligungen**  
**Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinen**  
(Stand zum 31.12.2012)

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
AG Deutsche Sportämter	Landrat	Mitglied	1995	55,00	Jugendamt
AG Hessischer Sportämter	Frau Scherer	Mitglied	2000	0,00	Jugendamt
Agentur für Arbeit	Landrat	Mitglied Verwaltungsausschuss (stellv. Mitglied Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen)			Landrat
Arbeitskreis Jugendzahn- pflege	Frau Meudt + Herr Dr. Reygers	Mitglied Mitglied	1992	0,00	Gesundheitsamt
Arbeitskreis Leitbildprozess Verein Mitte Hessen	Landrat	Mitglied			Landrat
AZN - Ausbildungszentrum für Naturschutz - Förder- verein Kirtorf e.V.	Kreisbeigeordneter Diening	Mitglied Vorstand	1996	1.023,00 <u>Zuwendung</u> 18.977,00	Amt für Schulen und Liegenschaf- ten
B 24 - Beratungsstelle für Schüler und junge Arbeitslose	Frau Lucas	fachliche Zusammenarbeit	1996	<u>Zuschuss VBK:</u> 10.000,00	Jugendamt
Bildungszentrum für Elektro- technik e.V.	Landrat bzw. Vertreter Landrat KA	Mitglied	1970	307,00	Amt für Wirt- schaftsförderung und Revision
Bundesverband deutscher Pressesprecher e.V.	Herr Ruhl	Mitglied	2009	130,00	Pressestelle/ Kommunikation
CIP-Anwendergemeinschaft Hessen	Herr Braun	Mitglied (z.Z. nicht aktiv)	2001	0,00	Amt für Finanzen und Kassenwesen

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
Deutscher Verband für Facility Management e.V.	Herr Schwärzel	Korrespondierendes Mitglied	2005	250,00	Amt für Schulen und Liegenschaften
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	wird i.d.R. auf HLT del.	-	1985	466,00	Amt für soziale Sicherung
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.	Frau Scherer	Mitglied (Mitgliedschaft ist Voraussetzung für Tätigkeit der Beistände)		1.640,00	Jugendamt
Deutsches Jugendherbergswerk LV Hessen e.V.	NN	Mitglied		511,00	Jugendamt
Deutsches Rotes Kreuz, Ortsverband Lauterbach	Herr Dr. Reygers	als Kreisarzt	2008	0,00	Gesundheitsamt
Deutsches Seminar für Tourismus Berlin	Landrat	Mitglied Kuratorium	2000	0,00	Landrat
Deutsche Vulkanologische Gesellschaft e.V.	Landrat Herr Greb	Mitglied Mitglied Vorstand Fachsektion Vulkan Vogelsberg	2008	60,00	Amt für Wirtschaftsförderung und Revision
DRK Kreisverband Alsfeld	Landrat	stellv. Vorsitzender			Landrat
Fachverband der Kommalkassenverwalter e.V.	Herr Braun	stellv. Landesvorsitzender	1970	50,00	Amt für Finanzen und Kassenwesen
Geschichts- und Museumsverein Alsfeld e.V.	Landrat	Mitglied kraft Amtes	1951	25,00 + Zuschuss 125,00	Haupt- und Rechtsamt
Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.	Landrat	Mitglied	2010	2.500,00	Amt für Wirtschaftsförderung und Revision

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
GVV - Kommunalversicherung	Landrat	Regionalbeiratsmitglied		Vers.-Beiträge nach Vers.-Schutz	Landrat
Hess. AG für Gesundheits- erziehung Marburg e.V.	Frau Meudt	Mitglied	1973	512,00	Gesundheitsamt
Hess. Akademie für Forschung und Planung im ländlichen Raum e.V.	Landrat	Mitglied Beirat	1990	511,29	Amt für Wirt- schaftsförderung und Revision
Hess. Akademie für musisch kulturelle Bildung	Landrat	Aufsichtsratsmitglied			Landrat
Hess. und Deutscher Land- kreistag	verschiedene Vertreter in verschiedenen Gremi- en	-		49.495,00 <u>Sonderzulage:</u> 5.601,00	Haupt- und Rechtsamt
Hess. Museumsverband Kassel	Landrat	Mitglied	1954	76,00	Haupt- und Rechtsamt
Hess. Verwaltungsschulver- band	Vertretung durch HLT	Mitglied	1980	7.999,47	Haupt- und Rechtsamt
Hess. Volkshochschulverband e.V.	Frau Schenker	Mitglied	2003	2.970,18	Amt für Volks- hochschule
Hilfe für das verlassene Kind e.V.	Landrat	Beiratsmitglied			Landrat
HLT - Bezirksversammlung Süd	Landrat	Vorsitzender			Landrat
HLT - Finanzausschuss	Landrat	Mitglied			Landrat
HLT - Präsidium	Landrat	Mitglied			Landrat
HLT- Rechts- und Europaaus- schuss	Landrat	Mitglied			Landrat
HLT - Sozialausschuss	Landrat	Mitglied			Landrat

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
Hohhausmuseum Lauterbach e.V.	Landrat - Vertretung durch Kbg Meyer	Mitglied Vorstand kraft Amtes	1951	30,00 <u>Zuschuss:</u> 120,00	Amt für Finanzen und Kassenwesen
Ingenieurkammer Hessen	Herr Keil ab 2013 Herr Schmidt	Mitglied	2009	104,00	Amt für Schulen und Liegenschaften
Institut der Rechnungsprüfer	Herr Götttert ab 2013 Herr Dr. Köhler-Hälbig	Mitglied	2010	50,00	Amt für Wirtschaftsförderung und Revision
Jugendhilfe Land e.V. Groß-Felda	Landrat	Mitglied	1952	<u>Zuschuss:</u> 1.000,00	Jugendamt
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement	Frau Wiese	Mitglied Verbandsversammlung	1993	2.885,71	Haupt- und Rechtsamt
Kommunaler Arbeitgeberverband Hessen	Landrat	Vertreter kraft Amtes		4.191,00	Haupt- und Rechtsamt
Kreisfeuerwehrverband	Landrat	Mitglied	1973	<u>Zuwendung:</u> 8.200,00	Haupt- und Rechtsamt
Kulturförderkreis Mittelhessen e.V.	Landrat	Mitglied	1992	25,60	Amt für Finanzen und Kassenwesen
Laborgemeinschaft Giessener Ärzte	Frau Meudt	Mitglied	1982	einmalige Einlage 2.000,00 DM	Gesundheitsamt
Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung Hessen e.V.	Herr Herget	Mitglied	2002	20,00	Amt für soziale Sicherung
Landesverband des Wasser- und Bodenverbandes in Hessen	kein Vertreter	Mitglied (ab 2003 Ruhen der Mitgliedschaft)	1951/53	0,00	Amt für Bauen und Umwelt

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
Landeswohlfahrtsverband	Landrat	Mitglied Verbandsversammlung, Haushaltsausschuss			Landrat
Lebenshilfe für körperlich und geistig behinderte Menschen Vogelsbergkreis e.V.	nach Bedarf	Mitglied	1982	25,00 <u>Zuschuss:</u> 78,13	Amt für soziale Sicherung
Marketing-Projekt der hess. Volkshochschulen (über hvv)	Frau Schenker	Mitglied	2003	587,04	Amt für Volkshochschule
Migrationsrecht.net	Sammelmitgliedschaft bis 10 MA Ausländerbehörde	Mitglied	2006	257,04	Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
MRE-Netz Mittelhessen	Herr Dr. Reygers	Vorstandsmitglied	2011	0,00	Gesundheitsamt
Naturlandstiftung Vogelsberg e.V.	Kreistagsabgeordneter	Mitglied Vorstand	1985	250,00	Amt für Bauen und Umwelt
Netzwerk Migration Vogelsberg	Herr Schrimpf, Frau Geisel	Vertreter	2005	0,00	Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Oberhessen Gas	Landrat	Beiratsmitglied			Landrat
Präsidium der Regionalversammlung Mittelhessen	Herr Künz (stellv. Vorsitzender) Herr Kopp (Mitglied)	Mitglied	1983	6.543,72	Amt für Wirtschaftsförderung und Revision
Regionalmanagement Mittelhessen GmbH	Landrat	Aufsichtsratsmitglied	2006/ 2012	20.000,00	Amt für Wirtschaftsförderung und Revision
Schutzgemeinschaft Vogelsberg	Landrat	Mitglied	1990	130,00	Amt für Bauen und Umwelt

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	Landrat	Mitglied Verbandsvorstand			Landrat
Stiftung Heilanstalt für Kranke	Frau Meudt	beratendes Mitglied		0,00	Gesundheitsamt
Unfallkasse Hessen	Landrat			75.587,81	Haupt- und Rechtsamt
Verband Deutscher Naturparke	Landrat	Vorsitzender AG Hess. Naturparke			Landrat
Verein Bonifatius-Route e.V.	Herr Greb	Mitglied des Vorstandes	2003	200,00	Amt für Wirtschaftsförderung und Revision
Verein Klimabündnis e.V.	kein Vertreter	Mitglied	1993	740,94	Amt für Bauen und Umwelt
Verein Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V.	Landrat	Vorstandsmitglied	2010	180,00	Amt für den ländlichen Raum und Daseinsfürsorge
Verein Rotes Höhenvieh e.V.	Landrat	Mitglied	1987	35,00	Amt für den ländlichen Raum und Daseinsfürsorge
Verein zur Förderung der Jugend- und Drogenberatungsstelle e.V.	Herr Lehmann	Vorstandsmitglied	1987	52,00	Amt für soziale Sicherung
Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.	Herr Bastian		1998	386,00	Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
Verkehrsgesellschaft Oberhessen	Landrat	Aufsichtsratsmitglied			Landrat
Weiterbildungsdatenbank Vogelsberg (über VB Consult)	Frau Schenker	Mitglied	2003	138,52	Amt für Volkshochschule
Weiterbildung Hessen e.V.	Frau Schenker	Mitglied	2008	575,00	Amt für Volkshochschule

Die Informationen basieren auf Angaben der jeweiligen Gesellschaften, Eigenbetriebe, Verbände und Vereine und betreffen das Haushaltsjahr 2012.

Änderungen wurden von uns nur im Rahmen der redaktionellen Anpassung bzw. nach Rücksprache vorgenommen.

Keine Gewähr für den Übertrag der Daten - rechtsverbindlich ist der Jahresbericht/-Abschluss der Beteiligung und nicht die Darstellung im Beteiligungsbericht.

© Kreisausschuss des Vogelsbergkreises 2013

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung und Quellenangabe unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen und die Einspeisung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Kreisausschuss des Vogelsbergkreises

Goldhelg 20

36341 Lauterbach

Telefon: 06641 / 977-0

Telefax: 06641 / 977-336

Homepage: [www.vogelsbergkreis.de](http://www.vogelsbergkreis.de)